

STUDIEN ZUR GESCHICHTE UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

14

Erika Thurner

DER „GOLDENE WESTEN“?

Arbeitszuwanderung nach Vorarlberg seit 1945



VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

Erika Thurner

Der „Goldene Westen“?
Arbeitszuwanderung
nach Vorarlberg seit 1945

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit der
Johann-August-Malin-Gesellschaft

Gedruckt mit Unterstützung des Landes Vorarlberg und
des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Meiner Mutter

Irmgard Thurner (1921-1989)

gewidmet

ERIKA THURNER, geb. 1952 in Bregenz. Geschichte- und Psychologie-Studium in Wien und Salzburg. Seit 1991 Dozentin für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte. Gastprofessuren und Lehraufträge an den Universitäten Salzburg, Wien, Linz, Klagenfurt und Innsbruck. 1986 mit dem Kulturförderungspreis der Stadt Salzburg, 1991 mit dem Ludwig-Jedlicka-Gedächtnispreis und 1993 mit dem Käthe-Leichter-Preis ausgezeichnet.

STUDIEN ZUR GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

14

Erika Thurner

Der „Goldene Westen“?

Arbeitszuwanderung nach Vorarlberg seit 1945

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

Titel nach einer Bildvorlage von Nikolaus Walter

© Vorarlberger Autoren Gesellschaft, Bregenz 1997

Alle Rechte vorbehalten

Produktion: Dr. Werner Bundschuh

Bildredaktion: Mag. Meinrad Pichler

Reihengestaltung: Luger-Grafik, Dornbirn

Umschlag und Grafik: Thomas Kessler

Layout: Dr. Harald Walser

Druck: J. N. Teutsch, Bregenz

Printed in Austria

ISBN 3-900754-21-7

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	7
Teil A: Inhaltliche Kurzdarstellung und Vergleich in- und ausländischer Zuwanderergruppen	12
1. Bewußtsein und (Wirtschafts-)Politik	12
1.1. Vorarlberg-Spezifika	12
1.2. Charakterisierung der Untersuchungsregion	16
1.3. Kurzer Abriß der Vorarlberger Wirtschaftsentwicklung im Spannungsfeld gesamtösterreichischer Trends	18
1.3.1. Exkurs: Geschlechterarrangements in Wirtschaft und Gesellschaft	22
2. Vergleich der Zuwanderergruppen: Parallelen, Ähnlichkeiten und Unterschiede bei Zuwanderung, Integration(s-Problemen) und „Rechts“-Stellung	25
2.1. Herkunft und Motive	25
2.2. Bildungsniveau	26
2.3. Anwerbungsmodi und Rekrutierungsmuster	26
2.4. Zeitliche Perspektive	30
2.5. Integrationshürde: Sprache	30
2.6. Integrationsfaktor „Heirat/Einheirat“	34
2.7. Diskriminierungsmaßstab; Wohnen	36
2.8. Ausgrenzungs- und Integrationsfelder Freizeit - Kultur - Sport	39 42
2.9. Aktions- und Integrationsfeld: Arbeitsplatz/Betrieb	43
2.10. Rechtsstellung: StaatsbürgerInnen und AusländerInnen	46
Anmerkungen/Teil A	49
Teil B: Ein „Streifzug“ durch drei Dezennien: GastarbeiterInnenbehandlung und -politik	54
1. Wirtschaftsentwicklung, Zuwanderung, Rezession und AusländerInnen-Abbau	54
1.1. Die Wachstumsphase bis 1973	54
1.2. Konjunkturschwankungen/Stabilisierungsphase(n)	60
1.3. Politische Krisenintervention, Regelungsmechanismen und Status quo	68

2. Die Wahrnehmung der GastarbeiterInnen und ihre gesellschaftliche Funktion: Zwischen Ausschluß und Integration	78
2.1. Verteilung, Konzentration und demographische Entwicklungstendenzen	78
2.2. Unterschichtung oder: Distanz und Duldung	82
2.3. (Versuchte) Integrationsmaßnahmen und Folgen	86
2.3.1. Informationskampagne: „KultUrSprünge“	90
2.4. Exkurs: Ethnische Separierung, Re-Ethnisierung – oder: Multi-Ethnizität ein Phänomen der späten 80er Jahre?	94
3. Reaktionen auf Ausgrenzung und Benachteiligung: Vom Familiennachzug zur dauerhaften Einwanderung	103
3.1. Ausgrenzung als „Einstanderlebnis“	103
3.2. Familie als Schutzraum und Zweckgemeinschaft	104
3.3. Gleiches Recht auf Familie? Oder: Aufsplitterung von Moral und Ethik	106
3.3.1. Exkurs: Vorurteilsproduktion und tatsächliche Kriminalität	108
3.4. Testobjekt: Kind	110
4. Wege (und Ziel?) zur rechtlichen Angleichung: Wechsel der Staatsbürgerschaft	113
4.1. Vorbemerkung	113
4.2. Vom Nachkriegsboom zum Einbürgerungsstopp	113
4.3. Vorarlberger „Spezialitäten“	118
4.4. Die 90er Jahre – eine Trendwende?	126
5. Die Zweite Generation: Integrationsfelder und Integrationschancen	132
5.1. Einschätzungen – Vorstellungen	132
5.2. Integration über Sport – konkret: Fußball	133
5.2.1. Gesellschaftsanalytische Erkenntnisse vom „Fußballfeld“	138
5.2.2. „Damen“-Fußball	140
5.3. Weitere Freizeit- und Integrationsfelder: Konsum – Mode – Kultur	142
5.4. Gedämpfter Optimismus – Schubkraft der Verhältnisse	146
Resümee	148
Nachgestellt	152
Anmerkungen/Teil B	155
Bibliographie und Quellen	165
Namens- und Ortsregister	174

„Auf der anderen Seite fordert der Fremde, indem er ausdrücklich, sichtbar, ostentativ den Ort der Differenz besetzt, ebenso seine eigene Identität wie die der Gruppe heraus, eine Herausforderung, die wenige unter uns fähig sind, anzunehmen.“

Julia Kristeva, Fremde sind wir uns selbst.

„Es war nicht einmal der Klassenunterschied, der sie isolierte. In diesem Einwanderungsland mit rasanten Aufstiegen und spektakulären Zusammenbrüchen waren die Grenzen zwischen den Klassen weniger ausgeprägt als zwischen den Rassen.“

Albert Camus, Der erste Mensch.

*„Wer sich nicht selbst das Visum gibt, bleibt immer gefangen.
Nur wer sich selbst das Visum gibt, wird frei.“*

Ilse Aichinger, Die größere Hoffnung.

VORBEMERKUNG

Inhalt dieses Buches ist die Arbeitsmigration – in ihren Ursachen, Wirkungen und Folgen, sowohl für die Aufnahmegesellschaft als auch für die zuwandernden Menschen. Eingebettet in die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, wird dieses weltweite Phänomen am Beispiel des westlichsten österreichischen Bundeslandes untersucht. Im Zentrum der Überlegungen stehen die Begleiterscheinungen und Folgen für alle Betroffenen. Die Schwierigkeiten und Erschwernisse, mit denen die Fremden konfrontiert sind, Ablehnungen und innergesellschaftliche Grenzen, an die sie stoßen. Es geht aber auch um Herausforderungen, die durch (neue) Fremde an Einheimische und bereits Heimisch-Gewordene gestellt werden, um Probleme, die Fremde in die Gesellschaft hineinragen, Parallel dazu werden Formen der Integration thematisiert: Aus Einsicht oder Notwendigkeit gesetzte Maßnahmen, zwangsläufig oder zufällig funktionierende Mechanismen, mögliche Zukunftskonzepte und Integrationsfelder. Dabei richtet sich der forschende Blick auf in- und ausländische „Fremde“ im Zeitraum zwischen Zweitem Weltkrieg und Gegenwart.

Viele Gründe sprechen für Vorarlberg als Untersuchungsregion:

- Vorarlberg ist seit über einhundert Jahren ein traditionelles Arbeits-Zuwanderungsland und – entgegen den eigenen gesellschaftspolitischen Absichten – ein Einwanderungsland. So hat das „Ländle“ in den letzten hundert Jahren große Integrationskraft bewiesen. Denen, die geblieben sind, wurden allerdings hohe Anpassungsleistungen abgefordert.
- Parallel dazu steht Vorarlberg als Paradebeispiel für eine ethnisch-regional geschlossene Gesellschaft: Eine starke, zumeist prosperierende Privatwirtschaft konnte immer wieder auf mobile, flexible Arbeitskräfte zurückgreifen. Mit fremder Arbeitskraft wurde billig operiert und manipuliert.
- Seit mehr als drei Jahrzehnten ist Vorarlberg eines der österreichischen Gastarbeiter-Zentren. Das Land vor dem Arlberg hat – neben Wien – die relativ höchsten Gastarbeiteranteile und damit auch die relativ größten türkischen und ex-jugoslawischen Bevölkerungsgruppen.
- Vorarlberg hat in der „Gastarbeiterfrage“ die Bundesregelungen stark mitgeprägt. Nicht nur in Vorarlberg, aber auch hier wurde das ursprünglich beabsichtigte Rotationsprinzip partiell von der Wirtschaft selbst ausgehöhlt. Das Land hat aber auch immer wieder „Sonderregelungen“ gefordert. So hat es beispielsweise auch noch dann Neuanwerbungen und Zuzüge durchgesetzt, als österreichweit der Abbau von Gastarbeitern bereits auf vollen Touren lief. Teile der Vorarlberger Gesellschaft ignorierten (europäische) Entwicklungstendenzen. Befürchtungen und Ängste – wie die vor der viel zitierten „Überfremdung“ – wurden dem Profitdenken untergeordnet. Das führte dazu, daß die türkische und ex-jugoslawische Bevölkerung über eine kalkulierte, zwangsläufig zu akzeptierende Größe weit hinauswuchs. Dies, obwohl mehrmals mit restriktiven Maßnahmen gegen den zu starken Familiennachzug eine „Notbremse“ gezogen wurde.
- In Vorarlberg hat sich zudem aufgrund spezifischer regionaler, wirtschafts- und gesellschaftsdynamischer Prozesse eine besondere Gastarbeiterpopulation herausgebildet. So ließ der (bewußte) Rückgriff auf die „pflegeleichteren“, willfährigeren TürkInnen dieses Bevölkerungssegment stärker anwachsen. Die Begleiterscheinungen dieser Entwicklung bereiten dem Land heute vermeintliche oder tatsächliche Probleme: Das sind zum einen die – auch im Verhältnis

zu den Jugoslawen – hohen Geburtenraten, das ist zum anderen die Herausbildung von relativ starken fundamentalistischen (assimilationsunwilligen) Gruppierungen.

- Das Land mußte sich einigen Realitäten stellen und zumindest im Schul- und Ausbildungsbereich integrative Schritte setzen. Daneben entwickelten sich auf freiwilliger Basis „ausländerfreundliche“ Aktivitäten. So wurde über zwei Jahre lang mit einem breit gestreuten, vom Land finanzierten Kulturprogramm Integrationsarbeit geleistet. Das 1991 ins Leben gerufene anspruchsvolle Projekt der „KultUrsprünge“ fuhr allerdings nur auf gesellschaftsrelevanten „Nebengleisen“, fehlten doch bei den in Gang gebrachten multikulturellen Diskursen die wichtigsten Diskussionspartner, nämlich jene, die gesellschaftspolitische Entscheidungen treffen. Zudem ist das Projekt per Jahresende 1993 – ersatzlos – eingestellt worden.
- Noch ein Charakteristikum hat die Auswahl von Vorarlberg als Untersuchungsregion mitbestimmt. Das Land bietet aus seiner Geschichte der Arbeitsmigration heraus ein Modell an, das zusätzliche Erklärungskraft besitzt und das bisher von der Wissenschaft kaum beachtet und genutzt wurde. Zwischen 1951 und 1966 migrierten insgesamt 32.500 Menschen aus anderen Bundesländern dauerhaft nach Vorarlberg. Benötigt als billige Arbeitskräfte, waren diese „Innerösterreicher“ mit ähnlichen Problemen wie die ausländischen Gastarbeiter konfrontiert. Die Vorarlberger Gesellschaft reagierte auch auf sie mit Abwertung und Ausgrenzung.

Im Vergleich inländische/ausländische GastarbeiterInnen werden die Mechanismen dieser hierarchischen Gesellschaft deutlich: An der Intensität und Dauerhaftigkeit von Integrationshürden lassen sich sowohl Geschlossenheit und Durchlässigkeit von Milieus, als auch gesellschaftliche Einstiegsfelder und Aufstiegsmuster zeigen. Aus dem Vergleich heraus wird die Relativität des Begriffes „des Fremden/der Fremden“ klar – ein Begriff, der immer wieder neu definiert, erweitert oder eingeschränkt werden kann. Und schließlich können durch den Vergleich der zwei unterschiedlichen Migrationsgruppen Ursachen und Wirkungszusammenhänge von Fremdenfeindlichkeit präziser und differenzierter erfaßt werden.

Ein Erlärungsmuster zeichnet sich ab: Die Ablehnung des Fremden bedeutet nicht zwangsläufig Ablehnung des „Fremdländischen“, erfährt dort allerdings eine Verschärfung und Zuspitzung. Ablehnung und Aus-

grenzung sind generell mit Minderbewertung und mit sozialen Komponenten verknüpft. Die Bewertung und Minderbewertung von Menschen hängt von deren sozioökonomischer Stellung (Schwäche) ab, sowie von der Bewertung ihrer Herkunft, ihrer Herkunftsländer und -regionen.

Teil A gibt eine „inhaltliche Kurzdarstellung“ der Gesellschaftsentwicklung Vorarlbergs nach 1945. Anschließend werden Zuwanderungsprobleme am Beispiel der zwei/drei Gruppen aufgezeigt: an ArbeitsmigrantInnen aus „Innerösterreich“, aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei.

Teil B beschränkt sich im wesentlichen auf die Entwicklung ab den 60er Jahren und dabei auf die „traditionellen“ Gastarbeitergruppen aus Ex-Jugoslawien und aus der Türkei. Nur am Rande wird auf die drittstärkste ausländische Bevölkerungsgruppe in Vorarlberg eingegangen: Am Beispiel der „privilegierten Deutschen“ läßt sich die gegenüber Ausländern oder Fremdgruppen existierende Bewertungshierarchie gut aufzeigen.

Bei den GastarbeiterInnen bilden Diskriminierungsmechanismen aufgrund gesetzlicher und arbeitsrechtlicher Maßnahmen einen Schwerpunkt. Als bedeutungsvoll wurde es aber erachtet, jene abgelegeneren Gesellschaftsräume mit auszuleuchten, in denen systematisch Ausgrenzungen – und damit Abwertung und Verfestigungen von (gegenseitigen) Vorurteilen – passieren. Genauso wichtig war es aber auch, jene Alltags- und Freizeitbereiche zu erschließen, wo Integration, mitunter gar nicht beabsichtigt, am nachhaltigsten stattfindet. Trotz der Ambivalenzen und Problembeladenheit, die diese Integrationsmechanismen begleiten, liegen hier Ansätze für weitere Integrationsmodelle und -möglichkeiten.

In den letzten Jahren hat eine tatsächlich geschlechtsneutrale – bzw. auf Frauen besonders aufmerksam machende – Schreibweise auch in die Wissenschaft Eingang gefunden. In den Sozialwissenschaften bzw. in von Minderheitenbewußtsein besonders durchdrungenen Wissenschaftsrichtungen hat sich die Schreibform mit großem „I“ fast schon durchgesetzt. Das kann aber auch Probleme mit sich bringen. Handeln wir zum Beispiel unser Thema in den 60er Jahren unter der Bezeichnung „GastarbeiterInnenproblematik“ ab, so verzerren wir – durch den Hinweis auf Männer und Frauen – die Fakten. Die Gastarbeiterzuwanderung war in den ersten Jahren, vor allem auch in Vorarlberg, eine nahezu reine Männerangelegenheit. Wir benötigen somit mehrere

Schreibweisen, um die richtigen Relationen ins Bild zu rücken. Mindestens vier (fünf) Formen erscheinen zweckmäßig: GastarbeiterInnen (Gastarbeiter/innen), um ein ungefähr ausgewogenes Verhältnis auszudrücken, Gastarbeiter(innen), um auf einen geringe(re)n Anteil von Frauen aufmerksam zu machen, sowie die jeweils geschlechtsgebundenen Formen: Gastarbeiter – Gastarbeiterinnen. Manchmal wurde bei einer Anhäufung von entsprechenden Begriffen nur die männliche Form verwendet, um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten. Dieses korrekte Aufmerksam-Machen auf die konkreten „Objekte der Geschichte“ – auf Männer und Frauen – erfordert einigen Aufwand und gedankliche Anstrengungen – beim Schreiben und Lesen. Diesen Anstrengungen, diesen Denk- und Bewußtseinsprozessen, wird sich in Zukunft kaum jemand entziehen können.

Das Buchmanuskript beruht auf einem von der Integrationsabteilung des Bundesministerium für Inneres geförderten Projektes. Dafür sei der zuständigen Ministerialrätin, Heide-Marie Fenzl, an dieser Stelle herzlich gedankt. Dank ergeht auch an meine Projektmitarbeiterin, Sylvia Greiderer, für Materialsammlung und Recherchen. Im Kollektiv bedanken möchte ich mich bei all jenen, die durch Interviews, Auskünfte und anderweitige Unterstützung einen Beitrag zum Zustandekommen dieses Buches geleistet haben. Besonderen Dank schulde ich den Kollegen von der Vorarlberger Autoren Gesellschaft – für ihr Interesse und vor allem für die unkomplizierte, rasche Realisierung!

Salzburg, im November 1997

TEIL A Inhaltliche Kurzdarstellung und Vergleich in- und ausländischer Zuwanderergruppen

1. Bewußtsein und (Wirtschafts-)Politik

1.1. Vorarlberg-Spezifika

„Türken-Invasion gestoppt! Die Notbremse hat gegriffen.“ Diese Erfolgsmeldung stammt nicht aus den Zeiten der Wiener Türkenbelagerungen. Sie wurde etwa dreihundert Jahre später im „türkisch-übervölkerten“ Vorarlberg verbreitet.(1) Die Landesregierung des westlichsten österreichischen Bundeslandes konnte 1986/87 Maßnahmen gegen weitere Familienzusammenführungen durchsetzen. Aus der Perspektive der Maßnahmen-Betreiber(innen) waren dies ganz entscheidende Schritte, um den Anteil bestimmter in Vorarlberg lebender AusländerInnen nicht weiter anwachsen zu lassen. Tatsächlich war die Zahl der AusländerInnen (GastarbeiterInnen) von 39.500 im Jahre 1974 auf 34.000 im Jahre 1987 abgesunken (darunter 15.000 TürkInnen), zumal die seit Jahren – vor allem in der Textilindustrie – anhaltende Rezession eine Verringerung der ausländischen Beschäftigten „erforderte“.

„Vorarlberg ist anders“ – diese Behauptung taucht in allen gesellschaftlichen Bereichen immer wieder auf. Damit wird vereinfacht, (fast) nichts erklärt, sondern vielmehr verklärt; die Behauptung einer Vorarlberger Abstammungsgemeinschaft, „das Alemannentum“, die immer wieder belebt wurde und die wesentliche Mentalitätsunterschiede zu den übrigen ÖsterreicherInnen (beziehungsweise gegenüber allen Fremden) plausibel machen soll; sei es die Verklärung des gemeinsamen Bodensee-Kulturräumes, der die besondere „Freiheitsliebe der Vorarlberger“, ihre Annäherung und stärkere Identifizierung mit der Schweiz und mit Deutschland – bei paralleler Distanz und Reserviertheit gegenüber dem übrigen Österreich, das heißt vor allem gegenüber Wien – erklären soll.

Von seiten der engagierten Wissenschaft wurden diese sozialpsychologischen Phänomene schon lange als das eingestuft, was sie sind: Mythen und Klischees, die reale Gegebenheiten widerspiegeln, welche gleichzeitig als probate Mittel eingesetzt werden, und zwar zur Herausbildung eines ethnischen Vorarlberg-Bewußtseins, zur Abgrenzung gegenüber dem/den Fremden und damit als probate Mittel zur vertikalen Spaltung (zum Auseinanderdividieren, Entsolidarisieren) der Bevölkerung/von Bevölkerungssegmenten.(2)

Anders ist Vorarlberg tatsächlich in bezug auf seine politisch-gesellschaftliche Entwicklung. Trotz seiner Wirtschaftsstruktur, seinem traditionell hohen Anteil von Beschäftigten in Industrie und Gewerbe (1910/1990: plus/minus 50 Prozent), kamen die Sozialdemokraten nie über schwache Positionen hinaus (als Arbeiterbewegung und Partei, in Gewerkschaft und Arbeiterkammer). Vorarlberg war und ist das Land mit der geringsten gewerkschaftlichen Organisationsdichte.(3)

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen gesamtösterreichischen Entwicklung – der Rückläufigkeit von Organisationsbindungen und der Kritik am Verbändestaat – kann Vorarlberg als „modern“ in seiner Vorreiterrolle der „Verwestlichung“ Österreichs gesehen werden.(4) Verlängert nach hinten, in die Vergangenheit, ist diese Einschätzung dennoch ergänzungsbedürftig, und zwar um die diese historische Entwicklung bedingenden Faktoren: Dem idealen Zusammenspiel von klerikal-konservativer Politik mit einem liberal-paternalistischen Unternehmertum und den manipulativen Kräften einer ethnisch-regionalen Bewußtseinsbildung.

Vorarlberg zählt seit mehr als hundert Jahren – neben Wien – zu den höchstindustrialisierten Regionen Österreichs, weist eine überdurchschnittlich hohe Urbanisierungs- und Industriequote auf. Der Wohlstand des Landes gründet in der „Ausbeutung“ von ArbeitsmigrantInnen.(5) Betrachten wir die bis in die Gegenwart herein herrschenden Arbeitsverhältnisse und das Niedriglohnniveau in der Vorarlberger (Textil-)Industrie, drängt sich der Begriff der Ausbeutung geradezu auf (losgelöst von jedweder marxistischen Gesellschaftsanalyse), schon in Anbetracht der parallelen Ausgrenzung und Diskriminierung der WohlstandsmehrerInnen. Aus den späten siebziger Jahren liegt uns eine Betriebsreportage aus einem der führenden Betriebe vor. Der Journalist Hans Peter Martin hatte bei der damals größten österreichischen Textilfirma – F.M. Hämmerle, Dornbirn – vor Ort „recherchiert“ und

seine „Fabrikler“-Erlebnisse aus Tag- und Nachtschicht veröffentlicht.(6)

Zur Ausreizung der vollen Kapazität und Prosperität bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung stabiler Gesellschaftsverhältnisse bedurfte es – besonders für den von Pooleffekten gezeichneten krisenanfälligen textilen Leitsektor – (teilweise) mobiler Arbeitskräfte, die als Konjunkturpuffer einsetzbar waren/sind.(7) Die tendenziell erzielte „rationale demographische Zusammensetzung“ der Vorarlberger Gesellschaft, weitgehend basierend auf einer ethnischen Arbeitsteilung (8), sicherte die Zu-, Ab- und Rückwanderung (Abschiebung) von Arbeitskräften (samt Familien). Dies sicherte parallel dazu eine defensive, gefügige Arbeiter/nehmer/schaft, die sich in eine Kern- und Randarbeiterschaft teilen ließ. Und dies sicherte schließlich dem Land auch in Krisenzeiten niedrigste Arbeitslosenraten (zum Beispiel 1975 nur 1,5 Prozent, österreichischer Durchschnitt zirka 5 Prozent).(9)

Vorarlberg ist eine der wichtigsten Zuwanderungsregionen seit mehr als 100 Jahren. Vor allem bei den seit den sechziger Jahren aus Ex-Jugoslawien und der Türkei „hereingeholten“ GastarbeiterInnen hat Vorarlberg Spitzenwerte (teilweise das Doppelte von anderen „starken“ Regionen) zu verzeichnen. Dabei – oder deshalb – war Vorarlberg in seiner Abgrenzung gegenüber den Zuwanderern besonders schroff. Aus der Abgrenzung gegenüber den Fremden formte sich ein maßgeblicher Identitätsanteil der Einheimischen, übersteigert im Phänomen des Alemannen-Bewußtseins. Alle Zuwanderergruppen (mit Ausnahme von privilegierten, zum Beispiel den Bundesdeutschen), die es im Laufe der letzten 100 Jahre aufgrund ökonomisch-politischer Vereinbarungen und/oder Entwicklungen in den Westen Österreichs „verschlagen“ hat, mußten den Status von diskriminierten Randgruppen durchlaufen. Die Befreiung der Eingewanderten aus dem gesellschaftlichen Abseits funktionierte (fast) ausschließlich über das Nachrücken neuer Zuwanderergruppen. Integration und Akzeptanz gelangen – wenn überhaupt – erst der zweiten, zumeist aber erst der dritten Generation. Konkret handelt es sich um jene Zeitspanne, die für einzelne aus der Familie/Gruppe erforderlich ist, um einen sozialen und beruflichen Aufstieg zu schaffen.(10)

Trotz der „alemannischen Abwehr“ gegenüber allen „AusländerInnen“ – damit sind auch die österreichischen ZuwandererInnen gemeint – bewies/beweist das Land dennoch große Integrationskraft. So haben

nur zirka 20 Prozent aus den jeweiligen Zuwanderungsgruppen das „Ländle“ wieder verlassen. Seit Ende der achtziger Jahre gab es verstärkte Integrationsmaßnahmen zugunsten der jugoslawischen und türkischen Zuwanderungsbevölkerung. Das Land initiierte und förderte mit den „KultUrSprüngen“ ab 1991 ein dreijähriges Schwerpunktprogramm, das sich die bewußtseinsbildende Pflege der fremden und heimischen Kultur zur Aufgabe gemacht hatte („Heimatspflege“ für eine offene Gesellschaft). Die offiziellen Bemühungen gingen schließlich soweit, daß sich der damalige Vorarlberger Landeshauptmann Martin Purtscher bei einem großen Zuwandererfest im September 1993 bei den in den letzten 100 Jahren eingewanderten Vorarlbergern für die erlittene Unbill entschuldigte.(11)

Vorarlberg somit als Paradigma der gelungen Integration von (Arbeits)MigrantInnen? Ja – auch. Am Beispiel von – und gerade von – Vorarlberg können wir deutlich sehen, daß es im wesentlichen politisch-ökonomische Entscheidungen sind, die die Möglichkeiten zur Integration bestimmen beziehungsweise begrenzen. Rationale Wirtschaftskonzepte geben den Ausschlag – je nach Bedarf mit humanistisch-liberalen oder mit xenophoben, ethnisch-regionalen Argumenten bedeckt. Neuere Regionaltendenzen beziehungsweise eurozentristische Bestrebungen haben zudem neue Schwerpunkte gesetzt.

Eine pessimistische Prognose? Nur für jene, die das Primat der Wirtschaft in der Politik ignorieren, also jene Tatsache, daß Wirtschaftsentscheidungen beziehungsweise wirtschaftliche Strukturen die Politik – und damit die Gesellschaftsentwicklung – entscheidend bestimmen. Das sind Fakten, die es in zukünftigen Analysen und Gesellschaftskonzepten – und somit auch in Integrationskonzepten – (noch mehr) zu berücksichtigen gilt. Die Beschränkung auf den kulturellen Bereich reicht keinesfalls aus. Aufklärungs- und Bewußtseinsarbeit sowie begleitende Solidaritätsaktionen sind maximal „politisches Kleingeld“. Sie können Impulse setzen und Schaden (Auswüchse der politischen Kultur) begrenzen. In den letzten Jahren erhalten humanistisch-solidarische Argumente gegen Fremden- und Ausländerfeindlichkeit Konkurrenz beziehungsweise Verstärkung durch Freizeit- und Modeströmungen (Stichwörter: Ethno-Look, kosmopolitischer Hedonismus, „worldwide community of mtv“ et cetera).(12)

1.2. Charakterisierung der Untersuchungsregion

Vorarlberg

Vorarlberg zählt seit der Mitte des letzten Jahrhunderts zu den bedeutendsten Industrieregionen Österreichs. Parallel dazu entwickelte es sich zum klassischen Arbeitszuwanderungsland. Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert stell(t)en die Zuwanderer (Männer und Frauen) aus anderen österreichischen Regionen wie auch aus anderen Staaten einen Anteil von etwa 10 bis 20 Prozent der Gesamtbevölkerung.(13)

Seit dem Auftakt zur Industrialisierung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts lassen sich (mindestens) sechs große Wellen der Arbeitszuwanderung festmachen:

- ItalienerInnen aus dem Trentino (nach 1870 bis 1914) für den Einsatz in der Textilindustrie, bei Verkehrsbauten (besonders im Bahnbau) und im Baugewerbe.(14)
- Deutschsprachige Zuwanderer aus den Kronländern der (ehemaligen) Habsburger Monarchie in den beiden Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende: Handwerker, Beamte, Post- und Bahnbedienstete; nach dem Ersten Weltkrieg: Bauarbeiter für die Kraftwerksprojekte.
- Steirerinnen und Kärntnerinnen in den dreißiger Jahren – vorrangig in der Textilindustrie (Männer im Baugewerbe).
- Südtiroler Umsiedler (15) nach dem Hitler-Mussolini-Abkommen 1939; Hauptarbeitsbereich: Textilindustrie.
- Fremd- und Zwangsarbeiter (1939-1945), besonders Polen, Franzosen, Jugoslawen, Ukrainerinnen; Einsatzbereiche: Kraftwerksbauten (Hochgebirgsstauseen), Textilindustrie, Landwirtschaft.
- InnerösterreicherInnen: SteirerInnen und KärntnerInnen (NiederösterreicherInnen, BurgenländerInnen) in den fünfziger und sechziger Jahren: Baugewerbe, Textilindustrie, Gastgewerbe; vereinzelt im Sport.
- „GastarbeiterInnen“ aus Ex-Jugoslawien und der Türkei ab den sechziger Jahren: Textil- und Metallindustrie, Baugewerbe, Fremdenverkehr. (Davor Versuche mit Tunesiern, Griechen, Italienern, Spaniern, Südkoreanern und Engländern.)

Im flächenmäßig kleinsten (bevölkerungsmäßig zweitkleinsten) österreichischen Bundesland (ohne Wien) mit nur Mittel- und Kleinstädten

Satzungen

der Landsmannschaft der Oberösterreicher und Salzburger in Vorarlberg.

Satz 1.

Die Landsmannschaft führt den Namen „Landsmannschaft der Oberösterreicher und Salzburger in Vorarlberg“ mit dem Sitze in Bregenz.

Satz 2.

Die Landsmannschaft bezweckt die Pflege des geselligen Verkehrs, der heimatlischen Bräuche und Sitten, Fühlungnahme mit der Heimat, gemeinsamen Bezug von Lebensmitteln aus der Heimat in Zeiten wirtschaftlicher Not und Unterstützung hilfsbedürftiger (nachweisbar unschuldig in Not geratener) Landsleute nach vorhandenen Mitteln.

Dieser Zweck soll erreicht werden durch regelmäßige (mindestens monatlich einmalige) Zusammenkünfte geselliger Natur, bei unbedingtem Verbot politischer Betätigung.

Satz 3.

Zur Förderung des im Satz 2 angegebenen Zweckes können über Verlangen von mindestens 20 Mitgliedern eines größeren Ortes und dessen nächster Umgebung Ortsgruppen gegründet werden.

Die Errichtung dieser Ortsgruppen obliegt der Hauptleitung.

Satz 4.

Die zur Errichtung dieses Zweckes erforderlichen Geldmittel werden durch Beiträge der Mitglieder, Einkünfte von Veranstaltungen und Spenden aufgebracht.

Satz 5.

Die Landsmannschaft besteht aus wirklichen und unterstützenden Mitgliedern. Wirkliche Mitglieder

Als eine der ersten Landsmannschaften wurde die der „Oberösterreicher und Salzburger“ 1927 in Bregenz gegründet.

(Quelle: Hans Kallinger)

(die größten Städte: Dornbirn zirka 40.000, Bregenz zirka 25.000 EinwohnerInnen) und einer Industrie-Topographie, die die Industriestandorte über die Vorarlberger Täler/Kleingemeinden verstreut, gab und gibt es keine (groß-/städtischen) Industrie- und ArbeiterInnen-Zentren – somit auch keine Migrantenzentren. Wir finden maximal „proletarische Inseln“, die sich aus einer inhomogenen, defensiven Arbeiterbevölkerung rekrutieren. Diese Arbeiterschaft hat teilweise ländliche Rückbindungen, etwa durch Verwandtschaftsbeziehungen oder bäuerlichen Nebenerwerb beziehungsweise durch die Dorfgemeinschaft (Vereine). Außerdem finden wir hier das Nebeneinander von unterschiedlichen ArbeiterInnen-Ghettos, strukturiert durch differente soziale und/oder geographische Herkunftsmilieus.

1.3. Kurzer Abriss der Vorarlberger Wirtschaftsentwicklung nach 1945 im Spannungsfeld gesamtösterreichischer Trends

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg dominiert/e der Industriesektor mit über 30 Prozent. Die Wirtschaft war durch einen stetigen Produktionsrückgang im Agrarsektor sowie vom späten Aufstieg der Informations- und Dienstleistungssektoren (trotz bedeutender Fremdenverkehrsregionen) gekennzeichnet. Abgesehen von einigen wichtigen Großbetrieben, wies Vorarlberg eine Mittel- und Kleinbetriebe-Struktur auf. Die Industrie war bis Mitte der siebziger Jahre von der Textilindustrie dominiert; über 50 Prozent der Netto-Industrie-Produktion wurden von der Textilindustrie erwirtschaftet. Danach vollzog sich ein Wandel. Herrschte bis gegen Ende der achtziger Jahre noch nahezu ein Gleichgewicht zwischen der Textilindustrie einerseits und der Metall-, Maschinen- und Elektroindustrie andererseits, so erfuhr der Produktionsanteil der Textilindustrie mittlerweile eine Reduktion auf etwa die Hälfte der anderen Leitsektoren.(16)

Ein wichtiges Merkmal war und ist die dominante Niedriglohn-Industrie mit einem Überangebot an unqualifizierten Arbeitsplätzen und hier wiederum mit einem partiellen Überhang an Frauenarbeitsplätzen, auch „verborgen“ als Heimarbeit. So wies zum Beispiel die österreichische Industrie 1975 einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenanteil

von 29,5 Prozent auf, in Vorarlberg betrug er nur zehn Prozent. Auch bei den angelernten und besonders qualifizierten angelernten ArbeiterInnen lag Vorarlberg unter dem österreichischen Durchschnitt. Nicht nur in der Textilindustrie, auch in den anderen Branchen lag in Vorarlberg das Qualifikationsniveau weit unter dem österreichischen Durchschnitt.(17)

Österreichweit konnte 1946 erst eine 30- bis 35-prozentige Ausnützung der industriellen Kapazität erreicht werden. Als Gründe dafür sind zu benennen: Demontagen, Zerstörungen sowie notwendige Umstrukturierungen von Rüstungs- zu Friedensprodukten. Davor blieb Vorarlberg in größerem Ausmaß verschont. Das Konzept des Wiederaufbaues (Marshall-Plan) favorisierte generell die Investitionsgüterindustrie auf Kosten der Konsumgüterindustrie.(18) Ein Teil der Vorarlberger Betriebe, die auch in der NS-Zeit „Bombengeschäfte“ gemacht hatten, wurden umstrukturiert beziehungsweise mußten vielfach nur – minimalst – umgerüstet werden.

Während der Start der Industrieproduktion in vielen Regionen Österreichs – besonders im Osten – Schwierigkeiten bereitete, begann Vorarlberg relativ unbeschadet (weiter) zu produzieren. Die Vorarlberger „Wirtschaftsführer“ und die gesamte Wirtschaft erholten sich rasch von den Folgen der Nazi-Herrschaft. Die Industriestruktur hatte durch den Krieg sogar eine bemerkenswerte Veränderung – ja Verbesserung – erfahren, denn die ab 1943 begonnene Standortverlagerung deutscher Mittel- und Kleinbetriebe der metallverarbeitenden sowie der Elektro- und Bekleidungsindustrie nach Vorarlberg wurde nach Kriegsende nur teilweise rückgängig gemacht. In kein anderes österreichisches Bundesland hatten deutsche Betriebsverlegungen während der NS-Zeit in ähnlichem Ausmaß stattgefunden. Der Vorarlberger Historiker Harald Walser charakterisiert diese Veränderungen als „neue Industrialisierungswelle“.(19)

Eine Folge davon war die relative Verkleinerung des Textilssektors, der aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg dominant blieb und einen steilen Wiederaufstieg erfuhr. So konnten bereits 1946 Ausstellungsaktivitäten anlaufen, zunächst noch als „Musterschauen im kleinen Rahmen“, bis 1949 die „Dornbirner Export- und Mustermesse“ ihren regulären Betrieb aufnahm. Dabei wurde von Pressechef Bruno Amann folgende Erklärung abgegeben:

„Die weder von Kriegsschäden noch von Demontagen betroffene Wirtschaft ist seit 1947 in raschem Aufstiege, der keine Arbeitslosigkeit entstehen ließ. Die Baumwollindustrie ist wieder voll beschäftigt, die Wollindustrie folgt in einigem Abstände vor der exportgehemmten Klöppelindustrie. Die Bauindustrie ist der Nachfrage nicht mehr gewachsen, die übrigen Sektoren weisen eine gute Beschäftigung nach.“ (20)

Der schnelle Aufschwung des produzierenden Sektors führte zu entsprechender Nachfrage nach Arbeitskräften und zu starken Zuwanderungsbewegungen. Ab 1948 wurden zusätzliche (weibliche) Arbeitskräfte in anderen österreichischen Bundesländern angeworben. Bevorzugte Rekrutierungsregionen waren die Steiermark und Kärnten. (21)

Sieht man von kurzfristigen beziehungsweise schwächeren Konjunkturreinbrüchen Anfang der fünfziger Jahre ab, so verzeichnet die österreichische Wirtschaft eine relativ stabile Aufwärtsentwicklung bis zu den Erdölkrisen 1974/75 und 1979/80. (22) In der (Vorarlberger) Textilindustrie sind die Phasen zwischen 1951 bis 1953 allerdings bereits als ernsthaftere Konjunkturreinbrüche einzustufen, in denen sich die Symptome späterer Krisenszenarien deutlich abzeichnen. So zum Beispiel eine relativ hohe Krisenanfälligkeit durch Abhängigkeit von außereuropäischen Rohstoffländern sowie von Weltmarktentwicklungen und Modetrends.

Den Auftakt zum „Fremdarbeiterimport“ setzte die boomende Textilindustrie in den sechziger Jahren. Der Vorarlberger Arbeitsmarkt wurde durch höhere Löhne im benachbarten Ausland „ausgetrocknet“. So ist Vorarlberg wesentlich an den ersten Kontingentierungsvereinbarungen beteiligt und übernimmt vom 1967 festgelegten Kontingent den relativen Löwenanteil (rund zehn Prozent Ausländeranteil in Vorarlberg; Bundesdurchschnitt: drei Prozent). Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer steigt in den Folgejahren kontinuierlich an und erreicht 1973 einen Höchststand mit 24.513 Personen (= 23,6 Prozent im September 1973, der österreichische Durchschnitt lag damals bei zirka acht Prozent). Fast jeder vierte Beschäftigte war ein(e) Ausländer(in); in einigen Industriebetrieben lag – und liegt heute noch – der Ausländeranteil über der 50-Prozent-Marke (in den Nachtschichten ist der Anteil noch viel höher). Mit dem permanenten Verlust von Industrie Arbeitsplätzen verschiebt sich dort diese Relation sogar noch zugunsten der

Ausländer/innen. Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre sind im Textilsektor über 60 Prozent der Beschäftigten Ausländer.(23)

Parallel dazu hörte Ende der sechziger Jahre die Zuwanderung aus anderen österreichischen Regionen auf. Ein Teil der innerösterreichischen Migranten war in andere Grenzländer weitermigriert oder arbeitete als Grenzgänger (zirka 20 Prozent), ein Teil war in die Heimatregionen zurückgekehrt (zirka 20 Prozent). Die anderen blieben, konnten eine Stufe höher steigen und ihren Platz am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie an die nachrückenden „richtigen Ausländern“ weitergeben.(24)

In den siebziger Jahren bedingen nicht nur äußere Faktoren (etwa die Erdölkrise) oder innere Entwicklungen (zum Beispiel geburtenstarke Jahrgänge; Wirksamwerden von sozialrechtlichen Besserstellungen der ArbeitnehmerInnen wie Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsregelungen) Produktionsrückgänge in der Textilindustrie und dadurch den Abbau von (ausländischen) Arbeitskräften, sondern die Einbrüche sind auch gekennzeichnet vom „Vorarlberger Weg“. Dieser lange erfolgreich praktizierte Weg, sich durch niedrige Lohnkosten trotz geringer Modernisierungsinvestitionen die internationale Konkurrenzfähigkeit zu sichern, wurde unsicherer. Konnte zwar zunächst durch den Import von „Dritte-Welt-Bedingungen“ die Auslagerung von Betrieben abgewendet werden, so haben innovationshemmende familiäre Managementstrukturen bei zahlreichen Vorarlberger Unternehmen die Mobilität des Kapitals eingedämmt. Ergebnis dieser Immobilität sind die ab Mitte der siebziger Jahre zum Teil hoffnungslose Konkurrenzsituation gegenüber Billiglohnländern sowie die Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Bodenseeraum-Regionen (Deutschland, Schweiz). Man kann geradezu von einer „historischen Verspätung“ sprechen.(25) Ab den achtziger Jahren verschärfte sich diese Situation noch.

Die Folge waren und sind Produktionsrückgang, Kündigungen, Stilllegungen von (Zweig)-Betrieben sowie eine Zuspitzung der Grenzgänger-Problematik.(26) Ab 1973 kommt es zum sukzessiven Abbau von ausländischen ArbeiterInnen: von 23 Prozent (1973) auf 12,9 Prozent (1984), einschließlich der erzwungenen Rückkehr arbeitsloser AusländerInnen in ihre Herkunftsländer.(27) Diese Entwicklung setzt sich im wesentlichen bis in die Gegenwart herauf fort. Allerdings wurden durch Rückkehr-„Unwilligkeit“ von GastarbeiterInnen samt Familien (zweite, dritte Generation), durch den Krieg in Ex-Jugoslawien sowie durch das

Aufenthaltsgesetz von 1992 und das Ausländer-Volksbegehren die Probleme verlagert und neu dimensioniert; sie wurden teilweise aus dem engen Verhandlungsbereich von Sozialpartnern und dem von Bundes- und Landespolitiker(inne)n herausgehoben.(28)

1.3.1. Exkurs: Geschlechterarrangements in Wirtschaft und Gesellschaft

Die ersten Nachkriegsmonate und -jahre in Österreich sind gekennzeichnet von einem relativ kurzfristigen Arbeitskräftemangel, der ab 1947/48 bereits in einen Arbeitsplatzmangel übergeht. Mit der Rückkehr der Männer aus Krieg und Kriegsgefangenschaft (teilweise aus NS-Verfolgungstätten und aus Exilländern) und schließlich „Rückkehr“ von bereits Entnazifizierten in bestimmte Berufssparten, wurden Frauen „freigesetzt“, in ihre „angestammten“ Bereiche zurückgedrängt (in als „typisch weiblich“ definierte Berufe, in den Haushalt). Diese sozioökonomischen Maßnahmen wurden von den Gesellschaftskonzepten der Nachkriegszeit ideologisch untermauert: Reetablierung der Familienideologie; Stigmatisierung berufstätiger Mütter und Hausfrauen.(29)

Wirtschaftsstruktur und sozioökonomische Verhältnisse in Österreich stützten sich traditionell auf einen relativ hohen Anteil an Frauenerwerbsarbeit (Frauenanteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten: +/- 40 Prozent). Während bestimmte Regionen mit weniger Dominanz der Grundstoffindustrie einen Mangel an Frauen-Industrie-Arbeitsplätzen aufwiesen, kann/konnte Vorarlberg einen Überschuss anbieten.(30)

Im „katholisch-konservativen“ Vorarlberg griff die neue/alte Ideologie besonders; so sollten die „einheimischen“ oder bereits zu „einheimisch gewordenen“ Frauen vor der Verderblichkeit der Fabrikarbeit (beziehungsweise generell von Berufstätigkeit) ferngehalten werden. Eine konservative Familienideologie und die fehlenden Einrichtungen zur Ganztags-Kinderbetreuung (31) verhinderten eine Ausweitung der Frauenerwerbsarbeit. Noch Ende der fünfziger Jahre wurden die „einheimischen berufstätigen Mütter“ vielfach als „Rabenmütter“ diffamiert. Die „fremden weiblichen Arbeitskräfte“ – zunächst Inner-ÖsterreicherInnen – trifft die doppelte (mehrfache) Verachtung und Ausgrenzung:

- Als „Nicht-VorarlbergerInnen“ – als „Zuazüagler“ oder „Usländr“ aus dem politisch-ideologisch negativ-besetzten (Süd-)Osten: Die negativen „Gefühle“, die es im privatwirtschaftlich strukturierten Vorarlberg gegenüber der verstaatlichten Industrie gab und gibt, wurden auch auf die von dort stammenden Menschen – hier auf die SteirerInnen – übertragen.
- Als konjunkturelle Manövriermasse, die die schlechte und schlecht-bezahlte (verrohende) Fabriksarbeit macht.
- Als Frauen, die ganztags (Schicht-) arbeiten und Kinder und Heim vernachlässigen.

Ab den fünfziger Jahren wird die Arbeitskraft – auch der verheirateten – Frauen und Mütter für die österreichische Wirtschaft immer bedeutungsvoller. Ihre Erwerbstätigkeit erhöht das Familieneinkommen und damit die Absatzmöglichkeit für Konsumprodukte.⁽³²⁾ Für die österreichischen Frauen verbreitert sich der Arbeitsmarkt vor allem auch ab den siebziger Jahren mit der Bildungsreform. Freie Stellen mit „weiblichen Abfalltätigkeiten“ können teilweise nicht mehr besetzt werden. Bis in die sechziger Jahre waren es vorwiegend InnerösterreicherInnen, die neben Industriearbeitsplätzen die nicht zu besetzenden unattraktiven, schlecht entlohnten Posten übernahmen.

Ab Ende der sechziger Jahre, vor allem aber in den Siebzigern, wird der Anteil an österreichischen (ungelehrten) Industriearbeiterinnen geringer. Mit dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung und der Erhöhung des Lebensstandards kommt die langsam wirksam werdende Verbreiterung des Bildungsniveaus auch regional, sozial und vom Geschlecht benachteiligten Bevölkerungsgruppen zugute. Von den damit verknüpften beruflichen Besserstellungen profitieren auch (weibliche) Vorarlberger beziehungsweise die bereits „einheimisch“ gewordene Nachkommenschaft. So erhalten ab Ende der sechziger Jahre – und dann vor allem in den siebziger Jahren – jugoslawische und türkische Gastarbeiterinnen die Chance auf Arbeitsplätze in Österreich/Vorarlberg. Teilweise erfolgt dies über die Möglichkeit der Familiennachholung, teilweise werden Frauen allein, unabhängig von Männern und Familien, in den Herkunftsländern angeworben.

Im letzten Jahrzehnt hat sich durch die Zuwanderung von Gastarbeiterinnen beispielsweise am Dienstleistungssektor „Raumpflege“ eine Umkehr und Verschiebung der Geschlechterverhältnisse – allerdings im Wirkungsfeld des ethnischen Arbeitsmarktes – ergeben. Es

werden nicht nur inländische Frauen durch ausländische Frauen ersetzt, auch ausländische Männer lösen inländische Frauen ab. Vor allem in Wien ist zu beobachten: Nicht nur Gastarbeiterinnen, sondern auch jugoslawische und türkische Männer übernehmen eine bisher meist von Österreicherinnen ausgeübte „weibliche Domäne“, die des Hausmeisters.(33)

Bereits in den sechziger Jahren erleben wir den „Austausch“ von einheimischen Frauen gegen ausländische Männer in der Textilindustrie – vor allem zur Umgehung des Nachtarbeitsverbots für Frauen. In der (Textil)Industrie konnten durch die verstärkte Beschäftigung von männlichen Ausländern die bisherigen Zwei-Schicht-Betriebe auf Drei-Schicht-Betriebe (plus Nachtschicht) ausgeweitet werden. (34)

Trotz der voranschreitenden Emanzipation und Gleichstellung von Frauen in Gesellschaft und Beruf und der entsprechenden Reduktion von Frauen (aber auch Männern), die „zu allem“ und zu jeder Arbeit bereit sind, bedarf es nach wie vor eines nicht unbeträchtlichen Potentials an ungelerten Arbeitskräften.

2. Vergleich der Zuwanderergruppen:

Parallelen, Ähnlichkeiten und Unterschiede bei Zuwanderung, Integration(s-Problemen) und „Rechts“- Stellung

2.1. Herkunft und Motive

Zu den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen und Interessen von Entsende- beziehungsweise Aufnahmeländern (-regionen) empfiehlt sich – neben der Auseinandersetzung mit den allgemeinen Theorien zur (europäischen) Arbeitsmigration und Ausländerpolitik – die Beschäftigung sowohl mit „Theorien des peripheren Kapitalismus“, der „Unterentwicklung der innereuropäischen Provinz“, als auch der „Unterentwicklung außereuropäischer Großregionen“.(35)

Bei allen Gruppen handelt/e es sich vorwiegend um ländliche „Überschußbevölkerung“ mit (extrem) niedrigem Bildungsniveau. Die Heimatregionen, meist rückständige periphere Krisenregionen, boten den MigrantInnen schlechte Bildungsmöglichkeiten und verminderte Lebenschancen. Sowohl bei den Herkunftsgebieten der österreichischen als auch der ausländischen Zuwanderer handelt/e es sich um Agrarregionen, teilweise in Grenznähe, mit unterentwickelten beziehungsweise fehlenden anderen Wirtschaftssektoren. Ein Teil der erwerbsfähigen (jüngeren) Bevölkerung war aufgrund des extremen (weiblichen) Arbeitsplatzmangel zum Nah- und Fernpendeln gezwungen – für ÖsterreicherInnen: teilweise als Saisoniers, vor allem im Fremdenverkehr und in der Bauwirtschaft.

In den österreichischen Abwanderungsregionen (hauptsächlich Steiermark und Kärnten) stieg ab Ende der sechziger Jahre das Lohnniveau, zudem kam es zu einer Verbreiterung des Arbeitsplatzangebotes.

In Kärnten vergrößerte sich das Angebot für Frauen vor allem im Fremdenverkehr. In der Steiermark stabilisierte sich der Arbeitsmarkt (teilweise Nahwanderung in die Verstaatlichte Industrie in der Obersteiermark; Aufstockung von Frauenarbeitsplätzen im Angestelltenbereich; teilweise Gründung und Verlagerung von/beziehungsweise hin zu anderen Industriezweigen durch Ausweitung der Konsum- und Genussmittelindustrien). Darüber hinaus wurden einige Textilproduktionsstätten von Vorarlberger Firmen in die benachteiligten steirischen/burgenländischen Regionen verlagert. Interessantes Detail: Ein Drittel der Kärntner Zuwanderer stammte aus slowenischsprachigen Gebieten und war damit eine periphere Bevölkerungsgruppe, die sowohl in der Heimat- und Abwanderungsregion als auch in der Zuwanderungsgesellschaft einem erhöhten Anpassungsdruck ausgesetzt war.(36)

In den ex-jugoslawischen – und vor allem – in den türkischen Abwanderungsgebieten herrschten ähnliche, wie oben für Österreich beschriebene Zustände, allerdings waren dort Ausmaß von Unterentwicklung und Benachteiligungen stärker, etwa durch verspätete Industrialisierung und beginnende Mechanisierung in der Landwirtschaft (Jugoslawien: Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Zeitraum 1948 bis 1971: von 67,2 Prozent auf 36,4 Prozent) und rapides Bevölkerungswachstum.

In den Ziel- beziehungsweise Durchgangsregionen Vorarlberg, Schweiz, Deutschland (teilweise im Status von GrenzgängerInnen von Vorarlberg aus) wurden folgende Arbeitsplätze offeriert:

- für InnerösterreicherInnen: Baugewerbe (Männer), Gastgewerbe und Einzelhandel/Gewerbe, Industriebetriebe, öffentlicher Dienst (Post, Bahn – vor allem für Männer)
- für ausländische MigrantInnen: Baugewerbe, (Textil-)Industrie, Metallindustrie, Reinigungsberufe, Gastgewerbe.

Das Arbeitsplatzangebot für österreichische und ausländische Zuwanderer zeigt leichte Unterschiede zugunsten der Österreicher/innen. Während die Erstarbeitsplätze der jugoslawischen und türkischen Zuwanderer fast ausschließlich am untersten Level sind, beinhaltete das Angebot für Innerösterreicher/innen neben unqualifizierten, schlechten Arbeitsplätzen, schlecht bezahlte – aber höher bewertete – Posten/Angestelltenarbeitsplätze im Handel und im öffentlichen Dienst (Post, Bahn). Damals war ein Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft viel begehrter, „Staatsdiener“ wurden gern belächelt.

Staatsbürgerschaft, deutsche Sprachkenntnisse und etwas höhere Schulbildung – verknüpft mit geringeren Vorurteils- und Ablehnungskriterien – bildeten Unterscheidungs- und Eignungsmerkmale.

2.2. Bildungsniveau

Für fast alle Tätigkeiten reicht/e die niedrigste Schulausbildung aus; für unqualifizierte „Hilfsarbeit“ wird und wurde kein Schulabschluß verlangt. Bei den Gastarbeitern war die Regelung entsprechend großzügiger. Während beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland eine Mindestschulzeit von fünf Jahren forderte, nahm Österreich auch türkische Analphabeten, die unter den kollektivvertraglichen Mindestvereinbarungen entlohnt wurden.

Von Anwerbe- und Auswahlkommissionen wurden zwar „Eignungstests“ durchgeführt; zumeist handelte es sich aber primär um die Feststellung der körperlichen Verfassung beziehungsweise des Gesundheitszustands von InteressentInnen. In der Türkei bedienten sich die österreichischen Anwerber der bundesdeutschen Selektionseinrichtungen.

Bei den späteren Zuwanderern (vor allem „Jugoslawinnen“) gibt es auch höher Gebildete mit besseren Berufsqualifikationen, die durch die Migration einen Abstieg machen. Dieses Muster gab es auch bei einem Teil der Kärntner und Steirer, die von Lehrberufen mit Abschlüssen in der Heimatregion in eine Hilfsarbeitertätigkeit im „Goldenen Westen“ wechselten.

2.3. Anwerbungsmodi und Rekrutierungsmuster

Die Rekrutierung der Arbeitskräfte erfolgte über Zeitungsinserate, Arbeitsämter und Anwerbekommissionen von Anwerbe- und Abgabebändern, durch direkte Anwerbung in den Heimatdörfern durch Firmenbeauftragte (spezielle Fachleute) und Mundpropaganda. Die Zeit

des rechtlichen Vakuums oder Provisoriums – bis zum Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975 – wurde von Zuwanderern „privat genutzt“: zur Nachholung von Verwandten und Bekannten, durch Einreise mit Touristenvisum. Dieser „ungeordnete“ Zuzug in den sechziger und siebziger Jahren fand Unterstützung bei Vertretern der Wirtschaft, die ihrerseits auf Erhöhung und Überschreitung der Kontingente drängten. Im Falle „besonderer“ Arbeitskräfte beziehungsweise besonders dringender Nachfragen (zum Beispiel bei Bundesdeutschen für gehobene Berufe) konnten auch privilegierte Regelungen erfolgen, inklusive Bevorzugung bei der Wohnungsbeschaffung, unter Umständen sogar mit Bezahlung von Übersiedlungskosten aus dem Arbeitslosenfonds und der Arbeitsmarktförderung.(37)

Mit der Anwerbung von InnerösterreicherInnen in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurde an eine (bereits bewährte) Tradition aus der Zwischenkriegszeit angeknüpft. Schon damals – in den zwanziger und dreißiger Jahren – waren Arbeitskräfte (vorwiegend Mädchen und junge Frauen) ins hochindustrialisierte Vorarlberg zugewandert. Ein (Groß-)Teil war damals im „Ländle“ geblieben. Für einen Teil der NachkriegsmigrantInnen bestand somit bei ihrem Zuzug nach Vorarlberg ein soziales Netz über Verwandtschafts- oder Bekanntschaftsbeziehungen. Mit dem vermehrten Zuzug hat sich das System der Verwandten- und Bekanntennachholung durchgesetzt, neben anderen Rekrutierungsmodellen. (1973 wurden beispielsweise 56 Prozent der Wiener Arbeitsmigranten über Bekannte und Verwandte angeworben. Hierzu liegen leider keine Vorarlberger Angaben vor).(38)

Dieses Modell des Verwandten-Nachzugs hat sich sowohl für die Zuwanderer als auch für die Anwerberegion und Anwerbebetriebe bewährt. Für die Zuwanderer lagen und liegen darin vor allem soziale und psychische Effekte. Mit den Verwandten und Freunden wird „ein Stück Heimat“ in die Fremde transferiert. Für UnternehmerInnen/Zuwanderungsregion können darin „handfeste“ Vorteile liegen: Neuzuwanderer werden durch die eigene Gruppe (Verwandte, Bekannte, Familie) für die Leistungsgesellschaft diszipliniert; soziale Kontrolle und Druck von seiten der Frühzuwanderer (erwartetes Wohlverhalten aus Dankbarkeit für Nachholung und Arbeitsplatzbeschaffung) wirken parallel als Disziplinierungsmaßnahmen zur fortgesetzten Herausbildung einer „pflegeleichten“ Arbeiter-/Arbeitnehmerschaft.



Im Jahre 1955 paradierte anlässlich der Eröffnung der Bregenzer Festspiele erstmals eine Kompanie der B-Gendarmerie. Die Mitglieder stammten durchwegs aus Oberösterreich und bildeten in den Folgejahren den Stamm der Vorarlberger Bundesheer-Garnison.

(Foto: Ferdinand Lugmayr)



Zum Jubiläum des 60jährigen Bestehens ihrer Organisation trafen sich viele Mitglieder der „Landsmannschaft der Steirer in Vorarlberg“ beim steirischen Gedenkstein im Dornbirner Rathauspark. Der Verein zählt heute an die 1000 Mitglieder.

(Foto: Gemeindeblatt Dornbirn)

Eventuelle Vorteile für die Zuwanderer und vice versa Nachteile für Zuwanderungsgesellschaft und -Betriebe, die sich daraus ergaben, waren etwa: die Gruppensolidarität und damit ein Kollektiv mit Durchsetzungsvermögen. So warnte beispielsweise der Arbeitskreis der Sozialpartner vor allem Kleinbetriebe davor, ganze Familien samt ihrer Bekanntschaft anzuwerben.(39) Gruppen- beziehungsweise Großfamilienzuwanderung kann das Interesse am gemeinsamen Verbleib in der Zuwanderungsregion erhöhen (zum Beispiel Resistenz der ansässig gewordenen Türkenfamilien gegenüber Integrations-/Assimilationsangeboten) und somit die Ghettobildung verstärken.

Anwerbe- und Nachholmodi hatten/haben Einfluß auf die geo- und soziographische Zusammensetzung der Zuwandererbevölkerung. Zum Beispiel wurden in Vorarlberg in den sechziger Jahren türkische Zuwanderer aktiv und haben aus ihren Heimatgemeinden Arbeiter(innen) nachgeholt. Dabei handelte es sich um konservative Gruppen, die sich dadurch in einigen Betrieben auch „Machtpositionen“ sichern konnten. Zudem kam es dadurch zu politischen Gruppenbildungen in den Zuwanderungsgebieten. Das hatte Einfluß auf das geringe Interesse dieser Arbeiter für die Gewerkschaft und Arbeiterbewegung. Diese Entwicklung stärkte besonders die neofaschistischen „Grauen Wölfe“ vor allem in der Anfangsphase der Zuwanderung. Gab es auch später eine größere Ausdifferenzierung, so dominier(t)en doch die „Rechten“ innerhalb der türkischen Zuwanderergesellschaft.(40) Deren Aktivitäten, sowie der Familiennachzug und die Familiengrößen von TürkInnen, haben – nach dem „Hoch“ in den achtziger Jahren – das Interesse der Gastgesellschaft an den „bescheideneren“ türkischen Gastarbeitern wieder etwas gedämpft.

In den letzten Jahren hatten zudem politische Entwicklungen in anderen Ländern – so zum Beispiel der Krieg in Ex-Jugoslawien – Einfluß auf die Veränderung der Vorarlberger Zuwanderungsgesellschaft. Vor allem bosnische Flüchtlinge wurden (zumindest vorübergehend?) Teil der Gastarbeitergesellschaft.

2.4. Zeitliche Perspektive

Die Mehrheit der innerösterreichischen wie der ausländischen Arbeitsmigranten plant/e keinen ständigen Aufenthalt im Zuwanderungsland. Hierbei deckten sich die Interessen mit den Anwerbern, die auf das Rotationsprinzip setzten. Bei Saisonarbeitern und Saisonarbeiterinnen (aus der ersten Gruppe) waren Rückbindung an sowie Rückkehr in die Heimat selbstverständlicher, mitunter erfolgt/e aber auch eine nicht geplante, fließende Integration in die neue Heimat.(41) Generell ließ sich die beabsichtigte Rückkehr – nach relativ kurzen Arbeitsaufenthalten in der „Fremde“ – von den wenigsten realisieren. Bei beiden Gruppen veränderten die zu geringen Löhne und Gehälter die zeitlichen Perspektiven und Planungen. Das Prolongieren der Aufenthalte machte die Heimkehr für die Mehrheit – ob Österreicher oder Ausländer – unmöglich, trotz Diskriminierungen im Arbeits- und Lebenszusammenhang. (Stichwörter; Entfremdung, Entwurzelung, Heimatlosigkeit.) Mit der Familiennachholung beziehungsweise mit Eheschließungen im Zuwanderungsland veränderten sich zudem die Zukunftsperspektiven.

Unterschiedlich sind die Geschlechterproportionen und dadurch auch die Entwicklungsverläufe. Während die innerösterreichische Migration Frauen und Männer umfaßte, der Frauenanteil – vor allem in den ersten Jahren – sogar überwog (42), war die Gastarbeitermigration bis Mitte der siebziger Jahre eine männliche Angelegenheit. Die Frauen reisten ihren Männern im Durchschnitt drei Jahre später nach und – je nach Lebensbedingungen und gesetzlichen Zugeständnissen – wurden die Kinder teilweise nachgeholt.(43) Frauen sind aber auch allein zugewandert; bei türkischen Migranten(familien) wurden manchmal die Frauen vorgeschickt. Unter Umständen erhielten Frauen leichteren Zugang zu Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen.

2.5. Integrationshürde: Sprache

Trotz der Sonderentwicklung Vorarlbergs und des (partiell) geringeren Eingebundenseins in den übergeordneten Bezugsraum Österreich hat-

ten der österreichische Deutschnationalismus und die historisch gewachsene Diskriminierung der anderssprachigen Bevölkerung auch in Vorarlberg eine ausgeprägte Tradition. Gegenüber den nicht-deutschsprachigen Zuwanderern fungierte die deutsche Sprache als Abgrenzungsmittel. Im Prozeß der Zuwanderung deutschsprachiger ArbeitsmigrantInnen hat sich die Trennlinie von der deutschen Sprache hin zur Vorarlberger Mundart verschoben – besonders gegenüber den InnerösterreicherInnen. Die sogenannte „landsmannschaftliche Herkunft“ (= Abstammung, Beherrschung der alemanischen Mundart, et cetera) wurde zum Kriterium für Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zum „Vorarlberger Volk“. Die Innerösterreicher trennte die zumeist noch nach Jahren und Jahrzehnten hörbar fremde Herkunft davor, „echte VorarlbergerInnen“ werden zu können.(44)

Das Verhältnis zur Sprache – zu Hochsprache und zur alemannischen Mundart – war in Vorarlberg tatsächlich ein spezifisches. Natürlich wurde und wird auch in diesem Bundesland kein homogenes Idiom gesprochen. Vielmehr gab und gibt es auch hier regionale und lokale Sprachfärbungen. Parallel dazu existier(t)en diverse Soziolekte (zum Beispiel Oberschichtensprachen) zur gesellschaftlichen Distinktion.(45) Die anderswo übliche Abgrenzung „nach unten“ durch die perfekte(re) Beherrschung der Hochsprache kam in Vorarlberg nur begrenzt zur Anwendung.

In Vorarlberg wurde in allen Schichten und in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen Dialekt gesprochen. Abgesehen von den feinen Unterschieden, diente das Alemannische immer auch als gemeinsames Identitäts- und Abgrenzungsmittel. Über die gemeinsame Mundart konnten/können zum Beispiel in der Arbeitswelt – vor allem in Kleinbetrieben – die Hierarchien (zumindest oberflächlich) überdeckt werden. Das in Vorarlberg zudem übliche – „gleichberechtigte“ – Dutzen verstärkt den Eindruck des „Im-selben-Boot-Sitzens“.(46) Der sprachliche Umgang ist mit ein Erklärungsfaktor für die gemäßigttere Ausbildung von Klassengegensätzen beziehungsweise für die von den Betroffenen nicht oder kaum wahrgenommenen Klassenunterschiede.

Die damalige Vorarlberger Landtagsabgeordnete Johanna Langer (SPÖ) migrierte im Jahre 1965 gemeinsam mit ihrem Mann aus der Steiermark nach Vorarlberg. Ihre Erfahrungen zur eigenen Integration beantwortet sie entlang dem Thema Sprache:

Frage: „Hatten Sie Integrationsprobleme? Wurden Sie als Fremde behandelt oder haben Sie sich in Vorarlberg fremd gefühlt?“

J.L.: „Eigentlich nicht. Die sprachliche Anpassung war für mich schon durch meine Arbeit in der (SPÖ-)Frauenorganisation notwendig, weil man es dort doch eher mit einfachen Frauen zu tun hatte. – Und überhaupt ist der Vorarlberger so, der redet nur im Dialekt, der kann ja fast gar nicht die Hochsprache und sogar wenn er Hochdeutsch redet, merkt man noch den Dialekt. Außerdem waren in der Partei ohnehin viel Steirer, die mich dann als ihre Abgeordnete gesehen haben. Ich kann schon sagen, daß ich hier eine zweite Heimat gefunden habe. Aber ich werde meine Herkunft nie verleugnen. Meinem Mann ist das schwerer gefallen, auch mit der Sprache, obwohl er ja in seinem Beruf (Beamter im Arbeitsamt Feldkirch, ET.) auch viel mit Menschen zu tun hatte.“(47)

Mit der regionalsprachlichen Anpassung hatte ein Großteil der InnerösterreicherInnen zu kämpfen. In vielen Familien wurde erst – wenn überhaupt – in der zweiten Generation Vorarlberger Mundart gesprochen.

In den letzten Jahren sind Veränderungen im Verhältnis Hochsprache/Dialekt wahrnehmbar. Sie resultieren aus der forcierten Herausbildung einer Bildungs- und Mediengesellschaft und/oder aus dem ansteigenden Interesse von LandesbürgerInnen auch außerhalb ihres Bundeslandes in gehobene Berufspeditionen zu gelangen, ohne deswegen für immer aus Vorarlberg abzuwandern.

Die regionale Mundart ist eng mit dem Landesbewußtsein verknüpft. Trotz der noch immer überdurchschnittlich stark ausgeprägten Landesidentität der VorarlbergerInnen, deutet sich auch im westlichsten Bundesland in den letzten Jahren/Jahrzehnten eine leichte Verschiebung in Richtung stärkerer nationaler Identität an. Diese Entwicklung äußert sich auch sprachlich. Entgegen den Beteuerungen von seiten der Obrigkeit, das Alemannische zu fördern, wird auch in Vorarlberg der Dialekt mehr und mehr zu einer Sprachform der Unterschichten.(48)

Generell ist ein Sprachgefälle in den Gastarbeiterfamilien (Türken und Jugoslawen) zu beobachten: Während Kinder und Jugendliche der zweiten und dritten Generation Deutsch beziehungsweise die Vorarl-

berger Mundart perfekt beherrschen, die Männer – auch der ersten Generation – eine gute Sprachkompetenz besitzen, verfügt ein Großteil der seit ein oder zwei Jahrzehnten in Vorarlberg/Österreich lebenden Frauen nur über rudimentäre Sprachkenntnisse. Das Geschlechterverhältnis in den Familien und der nicht nur für Hausfrauen gegebene, sondern auch bei einer Vielzahl von „typischen niedrigen Frauenberufen“ vorhandene spärliche Zugang zur deutschsprachigen Öffentlichkeit bilden wichtige Gründe. Ein weiteres Gefälle besteht von JugoslawInnen zu TürkInnen; erstzugewanderte Türkinnen besitzen zumeist die geringste Sprachkompetenz.

Das mit dem Dialekt verknüpfte Alemannentum als Abgrenzungsfaktor beziehungsweise Integrationsfaktor wird durch diese Entwicklungen obsolet. Neue Bruchlinien, die sich – nicht nur, aber vor allem gegenüber den TürkInnen – anbieten, lassen sich über die Religionszugehörigkeit festmachen: Katholizismus contra Islam. Bereits Anfang der neunziger Jahre gab es nur noch sechs Vorarlberger Gemeinden, in denen keine Moslems lebten.(49) Doch die auch in Vorarlberg existierende Auffächerung der Islamisten in eine Vielzahl von religiös-politischen und weltanschaulichen Gruppierungen verkomplizieren allerdings eine klare Trennung in zwei „religiöse“ Welten.(50)

2.6. Integrationsfaktor „Heirat/Einheirat“

Dieser „Königsweg zur (vollen) Integration“ (51) war für „InnerösterreicherInnen“ in einem hohen/höheren, für ausländische GastarbeiterInnen nur in beschränkte(re)m Ausmaß gegeben. Über Heirat und Einheirat wurde das Bleiben ermöglicht beziehungsweise erleichtert. Eine Heirat konnte die Diskriminierung minimieren, einen sozialen und beruflichen Aufstieg ermöglichen. In vielen Fällen wurden Diskriminierung und Nicht-Akzeptanz durch Verwandtschaft und Umgebung über die Eheschließung hinaus fortgesetzt und auch der einheimische Ehepartner beziehungsweise die Ehepartnerin wurde gesellschaftlich zurückgestuft. Der zweiten/dritten Generation – den Kindern und Enkelkindern – kann bei umfassender landessprachlicher Kenntnis und Pflege bereits die Akzeptanz als „volle VorarlbergerInnen“ gelingen.

Dies könnte allerdings eine nicht nur sprachliche Auseinanderentwicklung in den Familien zur Folge haben.(52)

Über das Heiratsverhalten der Innerösterreicher gibt es keine Statistik. Es ist davon auszugehen, daß Eheschließungen untereinander beziehungsweise mit Nichtvorarlberger/inne/n eindeutig überwogen. Die für das Projekt kontaktierten 15 Interviewpartner/innen beziehungsweise Familien stellen zwar keinen repräsentativen Querschnitt dar, dennoch kann eine Einschätzung davon abgeleitet werden.(53) Von den fünfzehn innerösterreichischen Interviewpartner/inne/n haben nur drei „echte Vorarlberger“ geheiratet. Bei den anderen handelte es sich um ebenfalls Zugezogene beziehungsweise um Kinder von Zugezogenen aus unterschiedlichen Herkunftsländern/-regionen (Deutschland, Ostösterreich, Südtirol, Sizilien). Alle mußten sich mit Ehepartnern aus einer niedrigen Sozialschicht begnügen.

Zum Heiratsverhalten von türkischen und jugoslawischen Zuwanderern haben wir umfassendere statistische Werte; für die ersten Jahre allerdings nur für Gesamt-Österreich. So fanden zum Beispiel im Zeitraum zwischen 1970 und 1982 immerhin 510 Verehelichungen von jugoslawischen Frauen mit österreichischen Männern statt; dagegen nur sechs Eheschließungen zwischen türkischen Frauen und Österreichern.(54) Zu den Unterschieden zwischen den beiden Gastarbeitergruppen sind zum einen Zuwanderungszeitraum, Zuwanderungsmuster (Einzel-/Familienzuwanderung) sowie das geschlosseneres Sozialsystem der Türken zu beachten. In den letzten Jahren wählten jährlich zwischen 30 und 40 JugoslawInnen beziehungsweise TürkInnen eine/n Vorarlberger Ehepartner/in. Das Verhältnis JugoslawInnen zu TürkInnen war/ist etwa 5:1. Bei den JugoslawInnen sind die Frauen in der Mehrheit, die einen „Einheimischen“ heiraten; dagegen heiraten türkische Frauen viel seltener einen „Einheimischen“.(55)

Wollen wir allerdings die Integrationschancen für Zuwanderer am Komplex Einheirat und Partnerschaft ermitteln, so bildet das Faktum „Staatsbürgerschaft“ (beziehungsweise Einheirat von Fremden in Vorarlberger Familien) eine zu dürre Angabe. Aussagekräftiger sind etwa Kenntnisse des Ehe- und Verwandtschaftsmilieus oder die Analyse der Altersrelationen zwischen Ehepartnern. Diese Indikatoren sagen mehr aus über die zumeist begrenzten, schlechten Heirats- und Beziehungschancen beziehungsweise über den – auch nach und durch die Ehe-

schließung verfestigten – niedrigen Sozialstatus von Ausländern in Österreich/Vorarlberg.

2.7. Diskriminierungsmaßstab: Wohnen

Der Sektor Wohnen beinhaltet ein weites Feld von Diskriminierungsarten und damit Erklärungsansätze. Die Zuwanderer beider Gruppen waren mit sehr ähnlichen, nämlich extrem schlechten Verhältnissen konfrontiert: Massenunterkünfte oder desolate Zimmer – aber auch Ställe, Hütten, Baracken, Keller- und Garagenräume – wurden zu überhöhten Preisen zur Verfügung gestellt. In der Anfangsphase der Gastarbeiterzuwanderung wurden Betten in den Massenquartieren teilweise in Tag- und Nachtschicht vergeben. Daß es in diesen Wohnungen und Unterkünften an sanitären Einrichtungen fehlt/e, darüber sehen/sahen die Vermieter großzügig hinweg. (Mehr Sensibilität ist dann gegeben, wenn es darum geht, die „eigenartigen Gerüche der Fremden“ festzustellen. Nicht erst den Jugoslawen und Türken, bereits Steirern und Kärntnern wurde ihre tatsächlich oder vermeintlich größere Vorliebe für Knoblauch zum Vorwurf gemacht.)

Zunehmend wurden Abbruchhäuser – in schlechten Wohngegenden – zu Gastarbeiterdomizilen und damit zu günstigen Spekulationsobjekten für Besitzer oder Immobilienmakler. Vorarlberg lag in den siebziger und achtziger Jahren mit seinen Industriearbeitslöhnen an letzter beziehungsweise vorletzter Stelle, dagegen belegte es bei den Mieten einen Spitzenplatz. Dieser Mißstand – das Ausmaß dieser beengten und zudem noch teuren Substandardunterkünfte – ist im Zuge des neuen Aufenthaltsgesetzes erstmals öffentlich diskutiert, allerdings nicht beseitigt worden. Die Konsequenzen richteten sich maximal gegen die Betroffenen (zu geringer Wohnraum als Abschiebungsgrund)! Ins Bild gerückt wurden die unwürdigen Wohnverhältnisse auch indirekt im Zusammenhang mit den in den letzten Jahren auch in Vorarlberg stattgefundenen Brandanschlägen auf Ausländerwohnhäuser und „Ausländerquartiere“. (56) Selten stören diese Elendsquartiere das Auge der sonst so aktiven Altstadterhalter oder Stadtbild- und Landschaftsschützer.

Daß Zuwanderer und Lohnarbeiter in unwürdige Lebensverhältnisse gezwungen werden, ist nicht neu. Dieser Umstand hat Tradition; ebenso das Faktum, daß die sicht- und wahrnehmbaren Auswüchse dieser Mißverhältnisse als Ausdruck der minderwertigen Kultur der Fremden eingestuft und sogar gegen sie verwendet werden. Sittenbilder aus dem vorigen Jahrhundert über die „verkommenen“ Lohnarbeiter überschneiden sich im wesentlichen mit der heutigen Kritik an den Gastarbeiter-Ghettos. Dabei gibt es genügend Untersuchungen über den Zusammenhang von Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen und den psychophysischen Entwicklungsmerkmalen und Deformationen beim Menschen, bis hin zum äußeren Erscheinungsbild, der Körpergröße und den Körperformen, die dann teilweise als „fremdrassische“ Merkmale wiedererkannt werden.

Daneben existier/t/en als Unterkünfte eine bestimmte Anzahl von Mädchen- und Burschenwohnheimen (teilweise unter kirchlicher Obhut) oder Ausländerwohnheime. Im wesentlichen handelte es sich um Schlafstätten ohne Lebens- und Wohnbereich. Sie gestatteten maximal ein reduziertes, provisorisches Wohnen; hinzu kamen die die Lebensqualität noch zusätzlich vermindernenden strikten Verhaltensregeln oder Schikanen.

Größere Betriebe verfügen und verfügten über eine begrenzte Anzahl von Firmenwohnungen. Zuerkennung und Wohnrecht waren und sind mit Abhängigkeiten verknüpft. Die Bedingungen waren vielfach schlechter als beispielsweise jene in Werkswohnungen der verstaatlichten Betriebe (mit der Pensionierung erfolgt/e auch die Kündigung der Wohnung!). Für Ausländer war der Zugang wegen des Diskriminierungsgefälles zwischen In- und Ausländern schwerer.

Besondere Unterkunftsregelungen existierten vor allem für die im Handel und Gewerbe beschäftigten innerösterreichischen Zuwanderer, hier bevorzugt für junge Mädchen und Frauen. Mit der Teilgehaltszahlung „freie Kost und Logis“ wurden den Arbeitnehmer/innen Unterkünfte mit teilweise starker Einbindung in den Wohn- und Lebenszusammenhang des Arbeitgebers/der Arbeitgeberfamilie zur Verfügung gestellt. Dies konnte die Diskriminierung vermindern und die Integration fördern. Im wesentlichen bedeutete es aber die Potenzierung von Abhängigkeiten: soziale Kontrolle, (politische) Beeinflussung, Ausweitung der Arbeitsleistung auf den Privathaushalt et cetera.

Diese Unterbringungsvariante kam (fast) nur Inländer/innen zugute, auf jeden Fall kaum Ausländer/innen aus der ersten Zuwanderungs-generation. An diesem Wohnmodell ist die gesellschaftliche Einstufung der Zuwanderer ablesbar, beziehungsweise werden daran sowohl Stufen der Fremden-Diskriminierung als auch Formen von Fremdenangst deutlich.

Etwas mehr als die Hälfte der GastarbeiterInnen wohnten 1970/71 in privaten Unterkünften. Aber nur sechs Prozent verfügten über eine Mietwohnung, die anderen lebten in Untermietzimmern und ähnlichen Räumlichkeiten. Erst ab 1987 konnten AusländerInnen (mit mehr als zehnjährigem Aufenthalt in Österreich) einen Wohnungszuschuß beantragen. Heute, so erfahren wir aus dem neuesten „Integrationsbericht“ der Vorarlberger Landesregierung, werden bei der Vergabe von geförderten Mietwohnungen „in einzelnen Gemeinden auch Gastarbeiter berücksichtigt“. Daß Vorarlberg in einer aktuellen Statistik (1989/1993) zu den Wohnverhältnissen der GastarbeiterInnen (sehr) gut abschneidet, hängt mit der – im Vergleich zu Wien oder zu anderen Städten/Regionen – generell besseren Beschaffenheit und Ausstattung von Wohnungen, beziehungsweise der geringen Existenz von Substandardwohnungen, zusammen.

Von einem Teil der Zuwanderer wird und wurde ein Eigenheim-Erwerb angestrebt, um dem Mietwucher im Hochpreisland Vorarlberg auszuweichen. Der Eigenheim-Besitz – er ist sicher nur von einem kleinen Teil zu realisieren – fungiert als Integrationsscharnier. Am Faktor Eigenheim öffnen sich gesellschaftliche Bruchlinien: Eigenheimbesitzende Zuwanderer fühlen sich früher als Vorarlberger und (sofern sie Österreicher sind) dem „rechten“, zumeist dem ÖVP-Lager zugehörig. Dagegen ist der nichteigenheimbesitzende – österreichische – Arbeiter der typische SPÖ-Wähler. Die Mitteilung, daß auch die Zuwanderer in Vorarlberg sehr rasch zu Grund und Boden kamen, manche sogar „da und dort nach Väterart eine kleine Landwirtschaft führen...“, gehört wohl eher in das Reich der historischen „Alemannen“-Legenden.(57)

2.8. Ausgrenzungs- und Integrationsfelder: Freizeit – Kultur – Sport

Auch im Bereich der Freizeitmöglichkeiten war die Situation für die Zuwanderer – in der Anfangsphase – sehr einengend. Hier wie dort bildeten die Bahnhöfe die Treffpunkte und Aufenthaltsorte für fehlende Freizeiträume. Während SteirerInnen und KärntnerInnen beim Besuch von Gaststätten mit abgestufter Ablehnung konfrontiert waren, traf die Ausländer fast ausnahmslos ein generelles Zutrittsverbot. Beide Gruppen waren in den Anfangsjahren aus fast allen Gesellschaftsräumen ausgeschlossen, beziehungsweise wurden maximal geduldet, vielfach abwertend behandelt.

Im ersten Nachkriegsjahrzehnt spielte der Fremdenverkehr noch keine, beziehungsweise erst in einigen Regionen eine bedeutende Rolle. Viele Gastgewerbe-Betriebe waren – oder glaubten – auf die Einheimischen als Stammpublikum angewiesen zu sein. Mit der Zulassung der „Fremden“ riskierten sie das Ausbleiben ihrer Stammkundschaft. Zudem galten die „Fremden“ – InnerösterreicherInnen wie Gastarbeiter(innen) – als „Habenichtse“. Wegen der Hungerlöhne, die sie teilweise verdienten, wurden sie als Kunden mit geringer Kaufkraft eingeschätzt. Dafür lohnte es nicht, das Ausbleiben der einheimischen Gäste zu riskieren.

Mit dem partiellen Nachrücken von Kärntnern und Steirern in bessere Berufspositionen – mit Hilfe der „fremdländischen“ Zuwanderung – konnten sie der gesellschaftlichen Abwertung im Alltag und Freizeitbereich nach und nach entkommen. So wurden auch die „Lokalverbote“ gegenüber Kärntnern und Steirern immer weniger. Dagegen gibt es bis heute Zutrittsverbote für GastarbeiterInnen in diversen Lokalen und Freizeiträumen.

Bei Kärntnern und Steirern wurden zudem sehr rasch eigene Landsmannschaften aktiv (Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre). Sie übernahmen für ihre Mitglieder soziale Aufgaben, vermittelten „Rückenstärkung“ im gemeinsamen Auftreten gegen Alltagsdiskriminierungen und zogen ein eigenes Netz von Vereinen auf, um die Defizite im Freizeitbereich abzufangen und auszugleichen. Integrationshilfe über Eigenorganisationen bedeutete auch bei den Kärntnern und Steirern zunächst „selbstgewählte Isolierung“.

Eigenorganisationen tragen zwar zur Integration bei, durch sie werden aber gerade auch Unterschiede verfestigt, konserviert – und damit können sie in die entgegengesetzte Richtung wirken. Für einen Teil der Kärntner oder Steirer waren diese Organisationen – mit ihrer teils rückwärtsgewandten Heimatpflege – von vornherein zu konservativ.(58) Ein Großteil der InnerösterreicherInnen hat sich – stattdessen oder auch in Parallelität – der Sozialdemokratie und ihren Organisationen angeschlossen. Dies, obwohl eine Mehrheit in der Heimat einem anderen Herkunftsmilieu und anderen politischen Lagern zuzurechnen war. Dies hat die Sozialdemokratie in Vorarlberg, die sich traditionell aus einem hohen Anteil von Zuwanderern zusammensetzte, entsprechend geprägt.

Die GastarbeiterInnen mußten dagegen die ersten Jahre ohne Freizeitorganisationen und Freizeiträume auskommen. Erst Anfang der siebziger Jahre etablierten sich diverse Einrichtungen, zunächst und vor allem für (männliche) Ausländer: Es handelte sich im weitesten Sinn um Integrationseinrichtungen, die die Kommunikation und den Alltag erleichterten (Beratungsstellen der Arbeiterkammer, kirchliche Stellen, mediale „Produkte“ wie fünfminütige ORF-Rundfunksendungen und muttersprachliche Zeitungen).

Die für die Landsmannschaften festgestellte statische volksculturelle Funktion gilt in gleicher Hinsicht für die Vereine und Clubs von Jugoslawen oder Türken. Nicht nur durch die Ausgrenzung und Absonderung im Wohnbereich wurde zur Ghettobildung beigetragen, sondern gerade auch durch die Eigenorganisationen. Bei den Ausländern hat es einige Jahre gedauert, bis sie zu entsprechenden Einrichtungen kamen. Es fehlte an Räumlichkeiten, Geld und Genehmigungen. Vorreiter und führend wurden, gerade bei den Türken, „rechtslastige“ Gruppen mit politischen Kontakten zu – und mit finanzieller Förderung durch – Heimatorganisationen.(59)

Später kam es zu einer größeren Ausdifferenzierung. Neben der Herausbildung unterschiedlicher konservativer (fundamentalistischer) türkischer Vereine, finden wir heute auch eine Anzahl gemäßigter und liberaler Gruppen. So ist beispielsweise eine große Gruppe den laizistischen Aleviten zuzurechnen. Quantitativ dominieren aber eindeutig die „Rechten“. (60)

Abgesehen von den gegebenen politischen Ausrichtungen und den Frauen ausgrenzenden Strukturen, wurden bei einem Gros dieser Orga-

nisationen und Vereine – infolge mangelnder Alternativen – die daran interessierten Gastarbeiter auf ihre Herkunftskulturen und deren Traditionshaushalt festgeschrieben. Die begrenzten kulturellen Möglichkeiten verfestigten die Bilder und Vorurteile über die Gastarbeiter als eine auf Separierung, Ethnizität und Nationalität bauende Gruppe. Konflikte zwischen Serben und Kroaten gab es bereits in den sechziger Jahren!

Die durch Vereine geförderte Festlegung auf die Herkunftskultur konnte somit zur Konservierung beziehungsweise zur Retraditionalisierung von Lebensweisen führen. Eigenkulturelle Aktivitäten, gepaart mit den (extrem) schlechten – zum Teil ghettoartigen – Lebensbedingungen, verhinderten für viele GastarbeiterInnen eine (frühere) Anpassung an beziehungsweise ein Schritthalten mit modernen westlichen Verhältnissen. JugoslawInnen – auch der ersten Generation – zeigten partiell größere „Verwestlichungstendenzen“, je nach ökonomischen Möglichkeiten oder Begrenzungen.

Am „unpolitischsten“ und als tatsächliche Freizeit- und Integrationsfelder wirkten dagegen Sportvereine, vor allem Fußballvereine. Bei den Gastarbeitern dominierten die separierten, „eigenen Vereine“ und Ligen. Erst allmählich, vor allem über die Jugend, erfolgte die Integration in die Vorarlberger Vereine. Auch hier sehen wir Parallelen zwischen Innerösterreichern und Gastarbeitern. Ab den fünfziger/sechziger Jahren wurden Fußballspieler aus Ost-/Südostösterreich für westliche Bundes- und Regionalliga-Mannschaften „erworben“ beziehungsweise wurden in Vorarlberg arbeitende Innerösterreicher aktiv. Das Netzwerk „Fußball“ bot (teilweise) bessere beziehungsweise spezifische Integrationsmöglichkeiten.

Auch hier sehen wir wiederum die Geschlechtertrennlinie: Mädchen und Frauen konnten an diesen Integrationsmechanismen viel geringer partizipieren. Für sie blieb und bleibt fast nur der gesellschaftliche Ein- und Aufstieg über eine bessere Schul- und/oder Berufsausbildung.

Daneben öffnet heute – unabhängig vom Geschlecht – die Konsumfähigkeit Türen zur Gesellschaft. Dies ist ein relativ neuer Entwicklungsstrang. Besonders für junge Leute kann der Besitz modischer Konsum- und Freizeitartikel die Zutritts-(Eintritts-)Chancen zu einem bestimmten gesellschaftlichen Milieu erhöhen. Für die meisten Gastarbeiter-Jugendlichen mit ihrer begrenzten Kaufkraft sind auch hier sehr enge Grenzen gesetzt.(61)

2.9. Aktions-und Integrationsfeld: Arbeitsplatz/Betrieb

Eine Gesellschaft/Wirtschaft, die auf Arbeitsmigration aufbaut, hat das Moment der Arbeitskräfte-Konkurrenz von vornherein eingeplant: Austausch von einheimischen, zu teuren oder organisationsbewußten ArbeiterInnen gegen Zuwanderer/Fremde, die, wenn möglich, im Rotationsprinzip immer wieder gegen (noch) billigere, junge, unverbrauchte (ahnungslos und dankbare) Arbeitskräfte ausgetauscht werden können.

In der Privatwirtschaft hat das bestens funktioniert, dagegen waren in der Verstaatlichten Industrie diesem „Treiben“ Schranken gesetzt. Blicken wir auf die Vorarlberger Textilbetriebe, so sehen wir an der Personalstruktur diesen Mechanismus belegt: Ab Mitte/Ende der sechziger Jahre rücken Innerösterreicher auf die Meister- und Vorarbeiterposten nach, die „normalen“ Arbeitsplätze werden fast ausschließlich mit Ausländern, später auch mit Ausländerinnen, nachbesetzt; im Nachtschicht-Betrieb sind Österreicher nur noch vereinzelt anzutreffen. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre sind beispielsweise bei F.M. Hämmerle in Dornbirn fast alle Meister Steirer und Kärntner. 1986 beschäftigte die Firma 2.150 Mitarbeiter, davon 59 Prozent Arbeiter und 41 Prozent Angestellte, 58 Prozent Österreicher und 42 Prozent Ausländer, 63 Prozent Männer und 37 Prozent Frauen. Daß es sich bei den Angestellten fast ausschließlich um ÖsterreicherInnen handelte – oder, falls um AusländerInnen, dann nicht um „GastarbeiterInnen“ –, muß nicht eigens hervorgehoben werden.(62)

In Rezessionszeiten – mit dem systematischen Abbau von Ausländern – kam es auf minderwertigen Arbeitsplätzen nur begrenzt zu einem Rücktausch InländerInnen statt AusländerInnen. Mit dem Einsatz von GastarbeiterInnen hatten sich duale Arbeitsmärkte etabliert mit GastarbeiterInnen als Stammebelegschaften. Die heimischen ArbeitnehmerInnen waren in besser bezahlte Sparten oder ins Ausland (Grenzgänger) abgewandert; eine kleine Gruppe von InländerInnen wurde in Krisen allerdings auch arbeitslos.

Trotz des anhaltenden Rückgangs der Gesamtbeschäftigtenzahlen nahm die Ausländerbeschäftigung sogar noch in den „schwierigen achtziger Jahren“ zu. Damals schloß ein Teil der großen Textilindustriellen die Firmentore für immer, nachdem sie teilweise in den Jahren zuvor noch kräftig durch Bund und Land mit Subventionen – zwecks Arbeits-

platzerhaltung – unterstützt worden waren. Ältere Arbeitnehmer (Inländer und Ausländer, Männer und Frauen), die den Anforderungen der Akkordarbeit nicht mehr gerecht werden konnten, blieben „auf der Strecke“. Sie wurden – wie es heute so schönfärbend heißt – „freigesetzt“ und gegen leistungsfähigere, junge AusländerInnen ausgetauscht.(63)

Österreichische ArbeiterInnen wurden in zahlreichen Betrieben durch Chefs, Meister und VorarbeiterInnen mittels der gefügigeren ausländischen Arbeitskräfte (oder ganz einfach durch die Möglichkeit ihres Austauschs) unter Druck gesetzt. So verwundern die Umfrage-Ergebnisse kaum, daß von 100 Österreichern, die an ihrem Arbeitsplatz unmittelbar mit Ausländern zu tun hatten, nur zehn ihre ausländischen KollegInnen auch in der Freizeit trafen.(64)

Ein Teil der Arbeiterschaft erlebt die Ausländer unmittelbar als Konkurrenten beziehungsweise wird durch die mögliche Konkurrenz in Schach gehalten. ArbeiterInnen am Fließband haben in geringerem Ausmaß Angst vor dem „kulturellen Anderssein“ der Ausländer, vielmehr richtet sich ihre Angst auf Nähe und Ähnlichkeiten im Lebenszusammenhang: zum Beispiel auf das gleich gute – oder gar bessere, weil für den Betrieb billigere – Funktionieren des/der Fremden im Arbeitsprozeß.

Die vor allem aus der Beschäftigung mit dem Antisemitismus gewonnene Erkenntnis, daß durch das „Kennenlernen des Fremden“ Ängste und damit auch Vorurteile und Ablehnungen reduziert werden können, ist eines jener großen Hoffnungsfelder, auf das Vertreter von Anti-Diskriminierungsstrategien setzen. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die vielen „Ausländer-Multi-Kulti-Feste“! Doch dieser psychosoziale Mechanismus greift hier nicht (oder kaum), kann unter Umständen wegen der Realitätsmächtigkeit gar nicht greifen. Er kann nicht wirksam werden, solange billige AusländerInnen auch weiterhin als Druckmittel gegen die einheimische Arbeiterschaft eingesetzt werden. (Das Abstellen oder die Reduktion dieses Drucks durch UnternehmerInnen ist in Anbetracht neuer, billiger EU-AusländerInnen kaum zu erwarten.)

Im Zusammenhang mit dem „Kennenlernen des Fremden“ durch direkte Kontakte und Freundschaften ist zu bedenken, daß Ängste und Vorurteile nicht unbedingt (ersatzlos) abgebaut werden, sondern sich sogar vertiefen, verlagern und/oder neu positionieren können. Dies gilt

auch für engere Beziehungen, Partnerschaften und Ehen zwischen InländerInnen und AusländerInnen.

Die Erfahrungen und das Ausspielen von Inländern gegen Ausländer am Arbeitsmarkt hat die auf Internationalität bauende Arbeiterbewegung – und in ihrem Schlepptau die Gewerkschaften – schon immer vor Probleme gestellt. Taktik und eingeschlagener Kurs des Gewerkschaftsbundes (ÖGB) haben sich in den Jahrzehnten kaum verändert. Gefordert beziehungsweise durchgesetzt wurden Maßnahmen gegen den Einsatz von ArbeitsmigrantInnen als Lohndrücker und Konkurrenten für die „eigene“, von Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit und Kurzarbeit betroffene oder bedrohte ArbeiterInnenschaft mit den Instrumentarien Inländerschutzgesetz/Ausländerbeschäftigungsgesetz.

Abgesehen von den individuellen ausländerfeindlichen (oder vorurteilsbehafteten) Einstellungen von Gewerkschaftsvertretern – sie sind sicher den österreichischen Durchschnittswerten angepaßt –, gibt die Haltung der Gewerkschaft/en in geringem Ausmaß Auskünfte über deren Ausländerfeindlichkeit. Die Haltung der Gewerkschaft zur Ausländerbeschäftigung liefert vielmehr einen Eindruck von den Stärkeverhältnissen in der Gesellschaft, vom geringen Durchsetzungsvermögen gegenüber den Vertretern der Wirtschaft.(65)

Die Vertreter der Wirtschaft stehen dagegen nicht selten als „Förderer von Ausländern“ – um nicht zu sagen als „Ausländerfreunde“ – da. Dies gilt vor allem auch in Vorarlberg, wo fast bruchlos Neuanwerbungen erfolgten beziehungsweise Neubewilligungen gefordert wurden, um den Austausch zu gewährleisten. Zum Beispiel auch im Falle von „Wirtschaftsflüchtlingen“ aus dem Osten. Nach einer anfänglichen hysterischen Ablehnung dieser Neuzuzüge hat sich inzwischen die Stimmung beruhigt. Gastgewerbe und Fremdenverkehr wollten teilweise auf die neu erworbenen Arbeitskräfte, vor allem auf „ihre fleißigen BosnierInnen“, nicht mehr verzichten.

Der ÖGB – und vor allem einige Teilgewerkschaften – bezogen von vornherein Stellung gegen die Ausländerbeschäftigung und damit eine zur Bundeswirtschaftskammer konträre Position. Anknüpfend an das Inländerschutzgesetz von 1933 (damals vor allem gegen die tschechische Arbeitsmigration gerichtet), wurden von seiten des ÖGB in der Zweiten Republik zahlreiche Sicherungssysteme eingebaut: zunächst seit dem Raab-Olah-Abkommen durch das Beschränkhalt der Kontingente, dann ab dem Ausländerbeschäftigungsgesetz (und den späteren



Der Gesangsverein „Die Kärntner in Vorarlberg“ wurde 1963 gegründet und ist seit Jahren Mitglied des Vorarlberger Sängerbundes.

(Foto: Vorarlberg Bericht)



Besonders seit dem Wirtschaftsabkommen zwischen der damaligen jugoslawischen Regierung und etlichen europäischen Industriestaaten im Jahre 1972 wurde die Arbeitswanderung von Personen aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien erleichtert. Hier ein serbisches Fest in Dornbirn im Jahre 1977.

(Foto: Vorarlberg Bericht)

Novellen und Ergänzungen) mit den in Europa nahezu restriktivsten gesetzlichen Regelungen. Die vom ÖGB verfolgte Linie der Integrationspolitik, bei gleichzeitiger Verhinderung beziehungsweise Reduktion des zweigeteilten Arbeitsmarktes, wurde schlecht bis gar nicht realisiert. Dagegen haben Rotation, Anwerbung und Abbau von AusländerInnen weiter funktioniert.(66)

Die Gewerkschaften waren im organisationsschwachen Vorarlberg zwar auch an GastarbeiterInnen als zahlenden Mitgliedern interessiert (etwa jede/r Zweite hat/te ein Mitgliedsbuch), intensivere Zurkenntnisnahme erfuhren sie maximal vor den Kammerwahlen. Generell hat der ÖGB seine ambivalente Haltung gegenüber den GastarbeiterInnen nie aufgegeben. Das aus den Traditionslosungen „Internationalität“ und „Solidarität“ abgeleitete, partiell auch angekündigte und von einigen Gewerkschaftern sogar verfolgte Ziel, die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung von ausländischen und inländischen Arbeitskräften (vor allem auch zur Eindämmung der Konkurrenz), war immer eine Minderheitenmeinung. Tatsächlich wurde dieses Ziel nie ernsthaft angestrebt.(67)

2.10. Rechtsstellung: StaatsbürgerInnen und AusländerInnen

Die Staatsbürgerschaft bildet den entscheidendsten Statusunterschied zwischen InnerösterreicherInnen und AusländerInnen. Österreich ist im Vergleich mit anderen europäischen Ländern ein Land mit restriktiven Zuerkennungsrichtlinien (Höhe der Aufenthaltsdauer), die zudem den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden: Liberalisierung beziehungsweise Verschärfung über die Aufenthaltsdauer; Ablehnung trotz Erfüllung der Voraussetzungen (zum Beispiel wegen mangelhafter Integration).

In dieser Frage finden wir in Vorarlberg dauerhafte Traditionsstränge. So waren es früher das Heimatrecht beziehungsweise die „Vorarlberger Landsmannschaft“, mit denen Abschieberechte beziehungsweise Ausgrenzungsmöglichkeiten gegenüber „Fremden“ geltend gemacht wurden. Mit der Abschaffung von Landesbürgerschaft und Heimatrecht ab 1945 konnten sich andere österreichische Staatsbürger in Vorarlberg



Was ich gearbeitet habe, das segne du,
was ich geliebt habe, das beschütze du,
was ich wollte, das vollende du,
was ich versäumte, das ergänze du.

Schmerzerfüllt haben wir uns von meinem
lieben Gatten, unserem herzensguten
Papa

Herrn Ahmet Tonc

geb. 18. 12. 1952 – gest. 17. 6. 1997
Pächter Pizzeria Da Piedros Schiff,
Fußach

in seinem Geburtsort Tunceli/Türkei verabschiedet. Ahmet ist am 17. Juni 1997 für uns alle unerwartet rasch an den Folgen eines Herzinfarktes, welchen er am 14. Juni 1997 erlitten hatte, im Krankenhaus Bregenz gestorben. Es tut unendlich weh, von einem geliebten Menschen für immer Abschied zu nehmen. Aber zu wissen, daß mein lieber Gatte und unser herzensguter Papa in der Erinnerung so vieler Menschen weiterlebt, ist ungemein tröstlich

Für die vielen Zeichen des Mitgefühls und der Verbundenheit möchten wir uns herzlichst bedanken. Besonders bedanken möchten wir uns bei all jenen, die uns in diesen schweren Stunden und Tagen durch ihren persönlichen und so menschlichen Einsatz sehr hilfreich zur Seite gestanden sind und zur Seite stehen.

Gaißau, im Juni 1997

In Liebe und Dankbarkeit:

Gattin: **Nuriye**

Kinder: **Ali, Cevahir, Gülbahar, Züleyha**
im Namen aller Verwandten und Freunde

Todesanzeigen ausländischer MitbürgerInnen in heimischen Tageszeitungen können als ein Beispiel für die sich verstärkende Integration gesehen werden, auch wenn die Beerdigung noch im Heimatland stattfindet.

(Vorarlberger Nachrichten vom 1.7.1997)

frei niederlassen. Zum Ärger von Vorarlberger Politikern, die nach einer „chinesischen Mauer am Arlberg“ verlangten, „um das Gesindl fernzuhalten“. Wiederholt trauerte man dem Heimatrecht nach, jenem Instrument, mit dem „volksfremde“ und „nichtheimatverbundene“ Menschen – sprich: politisch Andersdenkende, Andersgläubige, Unbequeme, et cetera – spielend aus dem „Ländle“ „ausgeschafft“ worden waren.(68)

Die alte Landesbürgerschaft hatte als Ausgrenzungsinstrument gegen „inländische Fremde“ in ihrer Wirksamkeit eingebüßt, dagegen ermöglichten die Ausländergesetze, Trennlinien gegen die „richtigen Fremden“ zu ziehen. Mit einem System von sozialrechtlichen Benachteiligungen wurden Gastarbeiter-AusländerInnen auf der untersten Stufe der beruflichen Sprossenleiter festgehalten; so konnte man sich ihrer in Krisenzeiten leichter entledigen.

Entsprechend groß war das Interesse, daß viele im Status der rechtlichen Diskriminierung gehalten werden konnten. Gering war dagegen das Interesse, die breite Masse der GastarbeiterInnen zu gleichgestellten Arbeitskräften oder sogar zu neuen StaatsbürgerInnen zu machen.(69) Durch Fluktuation und Austausch – oder diverse andere Methoden – wurde die Zahl nicht nur von Neo-StaatsbürgerInnen, sondern auch von BefreiungsscheinbesitzerInnen in Vorarlberg besonders niedrig gehalten.(70)

Entsprechend gering blieb das „Interesse“ von GastarbeiterInnen an einer österreichischen Staatsbürgerschaft – bis in die neunziger Jahre, vor allem unter den türkischen Zuwanderern. Unter den JugoslawInnen zeigten einige bereits früher ihre größere Einbürgerungsbereitschaft. Die Rückkehrabsicht in die Heimat und das Verbot der Doppelstaatsbürgerschaft hinderte allerdings viele daran, ein Ansuchen zu stellen. Sowohl durch die gesetzlichen Bestimmungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes, aber vor allem auch durch die Begleitmaßnahmen des Einbürgerungsverfahrens wurde ein Teil der interessierten GastarbeiterInnen von einem Staatsbürgerschaftswechsel abgehalten. Vorarlberg hat die landeslegislativen Spielräume (zum Beispiel eine eigene Sprachprüfung!) besonders ausgenützt und gegen AntragstellerInnen eingesetzt. Erst die neunziger Jahre signalisieren eine Trendwende. (71)

Die österreichische Staatsbürgerschaft beinhaltet zwar formal die rechtliche Gleichstellung. Die gesellschaftliche Gleichstellung für GastarbeiterInnen mit österreichischem Paß steht aber noch immer aus.

Anmerkungen/Teil A

- 1) Vorarlberger Nachrichten (= VN), 27.1.1987
- 2) Markus Barnay, Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert, Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 3, Bregenz 1988 (= Barnay, 1988)
- 3) Vgl. zu der schwachen Präsenz der Organisationen der Arbeiterbewegung in Vorarlberg (Gewerkschaft: Durchschnitt 30 Prozent, gegenüber 60 Prozent im österreichischen Durchschnitt): Markus Barnay, „Echte Vorarlberger“ und „fremde Bettler“. Bildung von Landesbewußtsein und Ausgrenzung von Zuwanderern in Vorarlberg im 19. und 20. Jahrhundert, in: Kurt Greussing (Hrsg.), Die Roten am Land. Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich, Steyr 1989, S.133 (=Barnay, 1989); sowie: Werner Bundschuh, Werner Dreier, Reinhard Mittersteiner, Die „Fabrikler“ organisieren sich. 100 Jahre Gewerkschaft Textil, Bekleidung und Leder Landesorganisation Vorarlberg, Bregenz 1995 (=Bundschuh, 1995). Trotz dieser schwachen Entwicklung sind die Aussagen, daß es in Vorarlberg kein Proletariat gegeben hätte, maximal Legendenbildungen.
- 4) Anton Pelinka, Die Verwestlichung Österreichs, in: Reinhold Henke (Hrsg.), Das eine Österreich – das andere Österreich, Aspekte des West-Ost-Gefälles, Wien 1987, S.39-45
- 5) Neben den unmittelbaren Vorteilen, die sich aus der Beschäftigung von MigrantInnen für den einzelnen Unternehmer und die einzelne Unternehmerin ergaben, sind zudem die überproportionale Erwerbsbeteiligung von (ausländischen) Zuwanderern und damit deren hoher/höherer Beitrag zu Staats- und Länder-Haushalt über Lohnsteuer und Versicherungsbeiträge zu berücksichtigen.
- 6) Hans Peter Martin, Nachtschicht. Eine Betriebsreportage, Wien 1979 (= Martin, 1979)
- 7) Ebda.,S.79
- 8) Antonio Gramsci, Philosophie der Praxis, Frankfurt am Main 1967, S. 378ff.; vgl. auch Kurt Greussing, Die Bestimmung des Fremden – Hundert Jahre „Gastarbeit“ in Vorarlberg, in: Rainer Bauböck, u.a. (Hrsg.), ...und raus bist Du! Ethnische Minderheiten in der Politik, Wien 1988, S.186ff.
- 9) Martin, 1979, S.77
- 10) Die schnellst mögliche gesellschaftliche Integration kann über eine („Ein“-)Heirat erfolgen; diese, beziehungsweise ein beruflicher Aufstieg, gelang/gelingt zumeist erst der/den nächsten Generation/en. Diese Formen von konnubialer beziehungsweise intergenerationaler Aufstiegsmobilität können mit Merkmalen einer Verkleinbürgerlichung verknüpft sein. Vgl. Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970, Frankfurt am Mai 1984, S.104ff.

- 11) Markus Barnay, Historische Konstruktion von Ethnizität und die gegenwärtige Entwicklung des Regionalbewußtseins. Das Beispiel Vorarlberg, in: Montfort, Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs, 47. Jg./1995, Heft 1, S.30-40 (= Barnay, 1995)
- 12) Bernhard Tschofen, Ethnizität als Emblem. Perspektiven der sog. Multikulturalität in der Region, in: Montfort (wie Anm.11), S.36ff.
- 13) Barnay, 1989, S.133
- 14) Literatur zu Schwierigkeiten der Integration der Italiener: Reinhard Johler, *Mir parlen italiano und sprechen Dütsch piano*, Feldkirch 1987
- 15) Männer haben für ihre Frauen/Familien optiert. Nur allein und getrennt lebende, sowie rechtlich geschiedene, „unabhängige“ Frauen konnten „selbständig über ihre Staatsangehörigkeit und die der ihrer Erziehung anvertrauten minderjährigen Kinder“ bestimmen, Vgl. Handausgabe der deutsch-italienischen Umsiedlungs-Bestimmungen, hrsg. vom Leiter der amtlichen Deutschen Ein- und Rückwandererstellen, 2.erg. Auflage, Bozen o.J.(1940)
- 16) Im Jahre 1995 hatten Textil und Bekleidung einen Industrie-Produktionsanteil von 24 Prozent, Eisen/Metall/Elektro insgesamt 41 Prozent. Vgl. Vorarlberg in Zahlen, hrsg. von der Wirtschaftskammer Vorarlberg, Ausgabe 1996, S.28. Vgl. auch: Martin, 1979, S.70, beziehungsweise Peter Meusbürger, Der qualitative und quantitative Strukturwandel der Vorarlberger Wirtschaft (ohne Landwirtschaft) zwischen 1971 und 1981, in: Montfort, 39. Jg. 1987, Heft 1/22, S.97-122, hier S.53, zit.n. Barnay, 1988, S.443
- 17) Bei den Durchschnittseinkommen der Industriebeschäftigten liegt Vorarlberg seit Jahren/Jahrzehnten an zweit- beziehungsweise drittletzter Stelle der österreichischen Bundesländer; das Absinken beginnt ab 1965 (Gastarbeiterzuwanderung!), davor war das Lohnniveau sogar leicht über dem österreichischen Durchschnitt. Vgl. Martin, 1979, S.74 beziehungsweise 77/78
- 18) Fritz Weber, Österreichs Wirtschaft in der Rekonstruktionsperiode nach 1945, in: Zeitgeschichte, (14),7, April 1987, S.283ff.
- 19) Harald Walser, Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit, Bregenz 1989, besonders S.271ff.; vgl. dazu die theoretischen Konzeptionen zur „(Re-)Industrialisierung der Provinz“, in: Michael Geyer, Deutsche Rüstungspolitik 1860-1980, Frankfurt am Main 1984, S.166
- 20) Zit.n. Werner Bundschuh, Von der „Betriebsgemeinschaft“ zur Sozialpartnerschaft – 1938-1995, in: Bundschuh, u.a., 1995, S.217 (Bruno Amann wurde im Rahmen der Entnazifizierung als „schwerbelasteter Nationalsozialist“ eingestuft.)
- 21) Ab 1948 stieg die Arbeitslosigkeit in der Steiermark an. Besonders die jüngeren weiblichen Jahrgänge waren davon betroffen, zum Beispiel durch eine beinahe aussichtslose Lehrstellenknappheit. Damals kam es zur Auswanderung von (jüngeren Frauen) auch nach Großbritannien; vgl. dazu: Reinhold Gärtner, Arbeitsmigration und Immigration Policy: ein

- Vergleich zwischen Österreich und Großbritannien nach 1945, Diss., Innsbruck 1990 (= Gärtner, 1990); vgl. auch: Teil A, 1.3.1. Geschlechterarrangements
- 22) Hildegard Hemetsberger-Koller, Österreich von 1945 bis zur Gegenwart, in: Karl Bachinger, u.a., Grundriß der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Wien 1987, S.84-118
 - 23) Vgl. Bundschuh, 1995, S.263/267f., 268; sowie: Monika Mayr, Gastarbeiter und Gastarbeiterwanderung in Vorarlberg in der jüngsten Vergangenheit, Hausarbeit am Institut für Geographie, Univ. Innsbruck 1984, S.35 (= Mayr, 1984)
 - 24) Wilfried Hanser, Die Steirer und Kärntner sowie Gastarbeiter in Vorarlberg nach 1945, Hausarbeit am Historischen Institut der Universität Innsbruck, 1984, S.25 (= Hanser, 1984)
 - 25) Elmar L. Kuhn, Industrialisierung am See, in: Dieter Schott, Werner Trapp (Hrsg.), Seeegründe, Beiträge zur Geschichte des Bodenseeraumes, Weingarten 1984, S.195
 - 26) Zum „Grenzgängertum“ vgl. Teil B, Kapitel 1.1.; sowie: Peter Meusburger, Die Vorarlberger Grenzgänger, Innsbruck 1969; Eugene Sensenig, Auspendeln statt auswandern, in: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hrsg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar 1996, S.457ff.
 - 27) Barnay, 1988, S.445
 - 28) Rund um das Ausländervolksbegehren haben sich neue Gruppen beziehungsweise Interessensgemeinschaften formiert (zum Beispiel SOS-Mitmensch, kirchliche Würdenträger, et cetera), die Druck auf PolitikerInnen machen.
 - 29) Vgl. Erika Thurner, „Dann haben wir wieder unsere Arbeit gemacht“. Frauenarbeit und Frauenleben nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Zeitgeschichte, (15) 9/10, Juni/Juli 1988, S.403-426
 - 30) Vgl. Gärtner, 1990, S.29, Die Situation in der Steiermark in Zusammenhang mit AuswanderInnen nach GB.
 - 31) Interview J.Langanger, Dornbirn, Juni 1991
 - 32) Erika Thurner, Die stabile Innenseite der Politik. Geschlechterbeziehungen und Rollenverhalten, in: Thomas Albrich, u.a.(Hrsg.), Österreich in den Fünfzigern, Innsbrucker Forschungen Band 11, Innsbruck/Wien 1995, S.53-67
 - 33) Elisabeth Lichtenberger, Gastarbeiter, Leben in zwei Gesellschaften. Unter Mitarbeit von Heinz Faßmann, Wien/Köln/Graz 1984, S.269ff. (= Lichtenberger, 1984); Liane Pluntz, Barbara Burgstaller, Raimund Gutman, Arbeitskräfte in Reinigungsberufen. „Fleißige Lieschen“. Am Rande der Arbeitsgesellschaft, Forschungsprojekt IAK, Salzburg 1986
 - 34) Hanser, 1984, S.49
 - 35) Vgl. Wolfgang Hein, Zur Theorie der regionalen Differenzierung kapitalistischer Gesellschaften in der Industriellen Revolution, in: Gert Zang

- (Hrsg.), Provinzialisierung einer Region, Frankfurt/Main 1978, S.31-133; Immanuel Wallerstein, The Modern World-System, vol I & II, Orlando 1974 u. 1980, dt.: Das moderne Weltsystem, Frankfurt/Main 1986
- 36) Hanser, 1984, S.9ff. Unter Umständen hat sich in der „Fremde“ die slowenische Herkunft verheimlichen lassen beziehungsweise wurde diese durch das – mit anderen Deutschkärntnern – gepflegte „Kärntnertum“ überdeckt. Für diese ArbeitsmigrantInnen konnte das Verlassen der Heimat eine Reduktion von spezifischen Benachteiligungserfahrungen bedeuten.
 - 37) Vgl. Gärtner, 1990, S.52ff.; Rainer Bauböck/Hannes Wimmer, Gastarbeiter am Österreichischen Arbeitsmarkt, in: ÖZP, 84/3, S.315-328
 - 38) Hanser, 1984, S.84
 - 39) Ebda., S.85
 - 40) Martin, 1979, S.36: Laut Auskunft von im „türkischen Sport- und Kulturverein der Grauwölfe“ in Lustenau organisierten Türken, erhielten diese in den siebziger Jahren finanzielle Unterstützung durch den damaligen FPÖ-Bürgermeister Bösch. Kontakte und Geldmittel für Fundamentalisten gab es auch von seiten der ÖVP-dominierten Vorarlberger Arbeiterkammer – noch in den neunziger Jahren: Martin, wie oben, S.35f.; VN, 24/25.2.1990, S.5 (Integration: Falschen die Hand gereicht?). Zur politisch-kulturellen Ausdifferenzierung vgl. Punkt 2.8. dieses Kapitels.
 - 41) Interview-Aussagen von ZuwanderInnen.
 - 42) Hanser, 1984, S.12
 - 43) Isabelle Reifer, Vom Patriarchat zum Sexismus, in: Gesellschaft für politische Aufklärung/Verein zur Betreuung und Beratung von AusländerInnen in Tirol (Hrsg.), AusländerInnen. Integration oder Assimilierung?, Innsbruck 1991, S.89 (= GfPA, 1991)
 - 44) Barnay, 1995, S.32
 - 45) Eine detaillierte Information zu den Vorarlberger Soziolekten verdanke ich Herrn Werner Dreier, Bregenz.
 - 46) Interview-Aussagen von ZuwanderInnen.
 - 47) Interview Johanna Langanger, 1991
 - 48) Barnay, 1988, S.471
 - 49) Barnay, 1995, S.33
 - 50) Mündliche Informationen und unveröffentlichte Materialien von Funktionären und Aktivisten aus verschiedenen Vereinen.
 - 51) V. Balogh, Die gesellschaftliche Integration der Gastarbeiter in Österreich, in: Gastarbeiter in Österreich, H. 10 der Schriften zur Sozialarbeit des Österreichischen Komitees für Sozialarbeit, Wien/München, S.69ff., zit.n.: Mayr, 1984, S.96
 - 52) Vor allem in türkisch-jugoslawischen Mischehen wird Deutsch zur Familiensprache (zum Beispiel VN, 24.10.1986). in anderen Familien sind Kinder zwei- oder eineinhalb-sprachig (Stichwort: Code-Switcher).

- 53) Biographische Daten von Interviewpartner/inne/n; vgl. auch Hanser, 1984, Interview mit H. Brandl, Obmann der Kärntner und steirischen Landsmannschaft, S.44
- 54) Mayr, 1984, S.104f.
- 55) Vgl. Teil B, Kapitel 4.4.
- 56) Martin, 1979 S. 32f.; beziehungsweise Zeitungsberichte vor allem aus 1993: VN, 17.9.93, 16./17.10.93, 18. und 25.10.93
- 57) Vgl. Barnay, 1988, S.461; sowie: Pelinka, 1987, S.43
- 58) Mayr, 1984, S.98f.
- 59) Hanser, 1984, S.132ff.
- 60) In den letzten Jahren blieb das massive Agieren fundamentalistischer Organisationen im benachbarten Deutschland. Einschätzung der Stärkeverhältnisse der Gruppen in Vorarlberg erfolgte aufgrund diverser Hinweise von Aktivisten beziehungsweise wurde aus unterschiedlichen statistischen Daten ermittelt.
- 61) Lichtenberger, 1984, S.413ff.
- 62) Bundschuh, 1995, S.269
- 63) Ebda., S. 280
- 64) Hanser, 1984, S.117
- 65) Nicht alle ÖsterreicherInnen haben durch das „Hereinholen“ von Ausländern bessere Arbeitsplätze gefunden; für einen Teil war damit tatsächlich der Arbeitsplatzverlust verbunden. Vor diesem Hintergrund ist die Bestimmung, „daß AusländerInnen vor den InländerInnen zu kündigen sind“, zu lesen – dieser vielzitierte § 8, Absatz 2 aus dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, kann als Paradebeispiel zur Demonstration der Ausländerfeindlichkeit des ÖGB herangezogen werden.
- 66) Vgl. Gerhard Hetfleisch, Rotation statt Integration? AusländerInnengesetze in Österreich und AusländerInnbeschäftigungspolitik am Beispiel Tirols, in: GfPA, 1991, S.43ff.; sowie: Johannes Coulon, Ausländer im österreichischen Recht, Wien 1991, S.24ff.; Wolf-Dietrich Grussmann, Die Entwicklung des österreichischen Ausländerrechts vor dem Hintergrund einer zunehmenden Harmonisierung der europäischen Ausländerpolitik, in: Karl Althaler/Andrea Hohenwarter, Torschluß. Wanderungsbewegungen und Politik in Europa, Wien 1992, S.70
- 67) Erst unter Sozialminister Alfred Dallingner zeichnete sich ein Umdenkprozeß ab, der in den liberalisierenden Bestimmungen des novellierten Ausländerbeschäftigungsgesetzes von 1990 seinen Niederschlag fand. Die Kündigungspriorität von AusländerInnen blieb allerdings auch in dieser Gesetzesfassung erhalten. Vgl. Hetfleisch, in: GfPA 1991, S.43f.
- 68) Vgl. Barnay, 1988, S.450f.
- 69) Dilek Cinar, Immigration, politische Partizipation und die Politik der Einbürgerung. In: SWS-Rundschau 1994/4, S.369-381
- 70) Mayr, 1984, S.102ff.
- 71) Vgl. B, Kapitel 4.

Teil B. Ein „Streifzug“ durch drei Dezennien GastarbeiterInnen-Behandlung und -politik

1. Wirtschaftsentwicklung, Zuwanderung, Rezession und AusländerInnen-Abbau:

1.1. Die Wachstumsphase bis 1973

Seit Anfang der sechziger Jahre mußte die Vorarlberger Wirtschaft nach neuen Möglichkeiten suchen, um Arbeitskräfte ins Land zu bringen oder im Land zu halten. Die innerösterreichische Quelle war nahezu versiegt. Die Suche nach billige(re)n InländerInnen in den abgelegenen Tälern wurde immer erfolgloser. Nicht nur VorarlbergerInnen, sondern ein Teil von in Vorarlberg wohnenden InnerösterreichlerInnen pendelten an besser bezahlte (Industrie-)Arbeitsplätze nach Deutschland und in die Schweiz. Zahlreiche InnerösterreichlerInnen (be-)nutzten Vorarlberg (nur) als Sprungbrett, um ins angrenzende Ausland zu kommen. Im Zeitraum 1954/1974 hatte sich die Zahl der Grenzgänger mehr als verdoppelt, war von zirka 4.000 auf 9.513 angestiegen.⁽¹⁾ Diese Anpassung von InnerösterreichlerInnen an das Ländle-Vorteilsdenken – „Wohnen in Vorarlberg, arbeiten im Ausland“ – hat die Aversionen gegen diese Zuwanderer noch verstärkt. Sie wurden als Sündenböcke der Vorarlberger Wohnungsnot gebrandmarkt: „Auch die Einzelzimmer werden immer weniger, weil aus Innerösterreich zugezogene Arbeitskräfte nach kurzer Zeit schon als Grenzgänger ins Ausland gehen. Anders ist die hohe Zahl der Grenzgänger gar nicht zu erklären.“⁽²⁾

Die Abwerbung von Grenzgängern mittels „nationalen Interessen“ oder landsmannschaftlicher Verpflichtungen war ebenso ineffizient wie andere propagandistische Versuche mit einigen „Sozialzuckerln“: zum Beispiel dem Ausstattungsbeitrag aus der Sozialversicherung oder der höheren Anzahl von österreichischen Feiertagen et cetera. In einer Zeit des Ausbaus arbeitnehmerfreundlicher Service-Einrichtungen – auch

ausländische Firmenbusse holten ihre Arbeitskräfte direkt vor der Haustüre ab – verfehlte die heimische Wirtschaft, wenn sie mit längeren, unbequemen Arbeitswegen der Grenzgänger argumentierte, fast zwangsläufig ihr Ziel.(3) Auch die an Familienpflichten gemahnenden Appelle – gemeinsamer Mittagstisch et cetera –, um Vorarlbergerinnen im Inland zu halten, waren wenig erfolgreich, gingen sie doch an der Realität der meisten erwerbstätigen Frauen vorbei, vor allem an der hier besonders umworbenen, weil benötigten Gruppe: der Industrieschichtarbeiterinnen.(4) Andere Überlegungen, arbeitslose österreichische Australien-AuswanderInnen zurück- beziehungsweise Arbeitskräfte aus Pakistan, China und Hongkong anzuwerben, blieben im Spekulations- und Planungsstadium stecken. Im kleineren Ausmaß versuchten Unternehmen Produktionsstätten auszulagern. Damals noch nicht in fremde Billiglohn-/Dritte-Welt-Länder, sondern in österreichische Regionen mit billiger (weiblicher) Arbeitskraft, zum Beispiel in die Südoststeiermark. So mußten InnerösterreicherInnen ihre Heimat nicht mehr verlassen und konnten dennoch für Vorarlberger Betriebe arbeiten. Frauen aus diesen Regionen hatten sich als fleißige Arbeitskräfte bei (diesen) Vorarlberger Firmen bereits bewährt.

Im allgemeinen und für die meisten Unternehmen gab es aber fast nur eine Lösung: Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Und gerade im Hinblick auf diesen Plan fühlte sich die Vorarlberger Wirtschaft sehr unsicher. Sollte es tatsächlich gelingen, die begehrten Gastarbeiter aus den Mittelmeerländern beziehungsweise aus Südosteuropa ins Ländle zu locken? Diesen ambivalenten Wunschtraum wagte man fast nicht zu träumen. Gegenüber der zahlungsfähigeren/zahlungsbereiteren deutschen und Schweizer Wirtschaft/Industrie glaubte Vorarlberg diesen zunächst so begehrten Fremden wenig bieten zu können. Daß diese nicht „aus reiner Menschenliebe“ den Weg in den Westzipfel Österreichs suchen, darüber bestanden keine Zweifel.(5) Deshalb wurde eine Auseinandersetzung mit der Ankunft von Fremd- oder Gastarbeitern – im positiven wie im negativen Sinn – als voreilig eingestuft. So herrschte die Überzeugung, daß „eine übertriebene Angst davor (= vor dem Zustrom von Fremden, ET.) verfrüht oder fehl am Platze sei“.(6)

Als mögliche Gruppe und als „Objekt der Begierde“ galten zunächst die Italiener, hatte Vorarlberg doch mit den italienischen Arbeitsmigranten in der Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht. Doch auch in

bezug auf die Italiener sah sich das Ländle den Anwerbekonkurrenten BRD und Norditalien nicht gewachsen. Die Lohn- und Wohnforderungen von italienischen, aber auch von spanischen und griechischen Arbeitskräften erschienen der Vorarlberger Wirtschaft zu hoch.

Den Motor in der Migrationspolitik bildeten die Vertreter der Wirtschaft. Gemeinsam mit den Arbeitnehmerrepräsentanten organisierten sie im Rahmen der Sozialpartnerschaft Migration und Ausländerbeschäftigung als Unterabteilung der Arbeitsmarktpolitik. Versuchten die einen ihre Kontingente durchzudrücken, verlangten die anderen wirksame Absicherungsmechanismen gegen die Konkurrenzierung zwischen in- und ausländischen Arbeitskräften. Gemeinsam erfolgte die Festlegung auf Kontingente und kurzfristete Arbeitsbewilligungen (Rotationsmodell beziehungsweise Beschäftigungsgenehmigung auf maximal ein, später auf zwei Jahre).

Neben der Absicht der längerfristigen Aufnahme von ausländischen Arbeitskräften hatte sich der Plan der Beschäftigung von „target workers“ durchgesetzt. Damit verlagerten sich die Konzepte zunächst auf die kurzfristige Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften. Deren Anwesenheit im Gastland sollte einzig auf Arbeit und Geld-Verdienen ausgerichtet sein. Nicht Menschen interessierten, sondern der Import von Arbeitsstunden. Der grundsätzlichen Übereinstimmung zwischen Unternehmern und Arbeitskräften in bezug auf die kurze Bleibedauer standen einer tatsächlichen Realisierung die zu geringen Löhne von Anfang an entgegen. Der Mindeststundenlohn in der Textilindustrie war – im Vergleich zum Ausland – „irgendwie beschämend“.(7)

Sieht man von kleinen Gruppen aus anderen Ländern ab, so konzentrierten sich ab 1963 Rekrutierung, Anwerbung und Aufnahme fast ausschließlich auf Arbeitskräfte aus zwei Nationen: auf Jugoslawien und – etwas zeitverschoben – auf die Türkei. In den Anfangsjahren waren 90 Prozent der ausländischen Arbeitskräfte Jugoslawen und Türken, ein Jahrzehnt später noch immer 85 Prozent (in den achtziger/neunziger Jahren Rückgang auf 80 beziehungsweise 78 Prozent). Während die Jugoslawen zu Beginn 50 Prozent der ausländischen Arbeitskräfte stellten (plus Schwankungen nach oben, zum Beispiel 1973: 58,3 Prozent), erfolgte sukzessive eine Verschiebung in Richtung höherer türkischer Anteile. Seit 1980 bis in die Gegenwart bilden die Türken die größte Gruppe ausländischer Erwerbstätiger.(8)

Entgegen den ursprünglichen Befürchtungen, keine ausländischen Arbeitskräfte ins Land zu bringen, entwickelte sich der quantitative Zustrom bald mehr als zufriedenstellend. Die Qualität – sprich die Qualifikation einer Vielzahl von ArbeitsmigrantInnen – ließ aber zu wünschen übrig.

Die ersten Zuwanderer in den sechziger Jahren setzten sich noch zu einem größeren Anteil aus besser (aus-)gebildeten Arbeitskräften zusammen. Von dieser ersten Zuwanderungswelle bekam aber Österreich – und Vorarlberg – nur einen kleineren Teil ab. Diese Avantgarde kam teilweise aus städtischen Regionen oder hatte zumindest schon einen (kurzen) Zeitabschnitt in städtischen oder industriellen Zentren verbracht. Etwa die Hälfte der Türken hatte vor der Emigration in den Städten Izmir, Ankara, Istanbul gelebt. Besser qualifizierte JugoslawInnen entstammten den höher entwickelten nördlichen Landesteilen (wie Slowenien, Kroatien und Vojvodina). Die Hauptkontingente der Vorarlberger Gastarbeiter wurden erst aus der zweiten Auswanderungsbewegung rekrutiert. Sie kamen überwiegend aus ländlichen Heimatregionen, sowohl die Türken (Schwarzmeergebiet, Ostanatolien), als auch die Jugoslawen (Serbien, Bosnien/Herzegowina).(9)

In der zweiten Gruppe befand sich nur mehr eine verschwindend kleine Anzahl besser qualifizierter GastarbeiterInnen. Ab 1978 erschwerte beziehungsweise verweigerte Jugoslawien seinen FacharbeiterInnen generell die Auslandsbeschäftigung; damit war nur noch die unbegrenzte Anwerbung von HilfsarbeiterInnen möglich.(10)

Ungelernte ArbeiterInnen – ländliche Bevölkerung ohne jedwede Ausbildung – „strömten“ mittlerweile mit Touristenvisa auch illegal ins Land. „Jeden Tag sprechen 80 bis 100 arbeitssuchende Ausländer beim Arbeitsamt vor.“(11) Anfang der siebziger Jahre wurde der illegale Gastarbeiter-Arbeitsmarkt bereits auf zehn Prozent geschätzt.(12)

Trotz des hohen, über das Kontingent hinausgehenden, ausländischen Arbeitskräfte-Angebotes, herrschte ein Mangel. Obwohl die meisten Branchen ohnehin wenig Facharbeiter benötigten und sich traditionell mit billigeren Anlern- und Hilfskräften zufriedengaben, machte der Wirtschaft wiederum das Grenzgängertum – in Form einer hohen Ausländerfluktuation – zu schaffen.

Denn auch für einen Teil der GastarbeiterInnen erfüllte Vorarlberg nur eine Durchgangsfunktion. Nach Ablauf der für ein Jahr ausgestellten Beschäftigungsbewilligungen wurden angelernte Arbeiter und/oder

Facharbeiter von der BRD oder von der Schweiz abgeworben.(13) Diesen Trend bekam besonders die schlecht entlohnende Textilindustrie zu spüren; mußte sie nicht nur versuchen, sich gegen die Abwerbung aus der gleichen Branche der Grenzländer zur Wehr zu setzen, sondern auch gegen die besser bezahlende, rasch expandierende heimische Metallindustrie. Da an eine naheliegende Lösung durch höhere Löhne nicht einmal gedacht wurde, standen als Regulativ fast nur restriktive Mittel zur Wahl.

Klar war, daß Maßnahmen getroffen werden mußten, um die Abwanderung zu stoppen, wollten die Betriebe sich nicht mit einer schlecht qualifizierten Arbeiterschaft zufriedengeben und sich zudem ständig und wiederholt mit der – in Anbetracht der Sprachbarrieren aufwendigen – Prozedur der Arbeitskräfte-Einschulung auseinandersetzen. Damit begannen die Befürworter von Rotation und Zeitverträgen allerdings ihr eigenes System zu torpedieren und auszuhöhlen.

Neben den Vereinbarungen der österreichischen Stellen mit den westdeutschen Konsularbehörden gegen die Abwanderungen in die BRD (14) entwickelten in der Folge Arbeitgeber(innen) verschiedenste individuelle Praktiken oder Schikanen, um AusländerInnen an ihren Betrieb zu binden: zum Beispiel Abnehmen des Reisepasses oder anderer Dokumente oder die Forderung nach Hinterlegung von Kautionen. Andere ergriffen die Maßnahme eines Lohneinbehalts, definiert als mögliche „Wiederbeschaffungskosten“ für eine Ersatzarbeitskraft.(15) Langfristig war dem Problem allerdings nicht nur mit Druck und „illegalen“ Methoden beizukommen.

Weitere Maßnahmen wurden über die Errichtung von Wohnheimen oder Wohnungen gesetzt (so sollten Werkwohnheime und Werkwohnungen Kündigungen und Grenzgängertum verhindern oder reduzieren), und schließlich über die Förderung von Familienzusammenführungen und -gründungen.(16) Das Wissen, daß ledige und alleinstehende ArbeiterInnen mobiler – und eventuell auch aufmüpfiger – sein können, Familie dagegen Verpflichtungen schafft und Druck erzeugt, floß auch in die Politik der Familienzusammenführung ein. Zudem galten weitere nachkommende Familienmitglieder – vor allem jüngere Frauen – in Zeiten der Hochkonjunktur nicht (nur) als lästige AusländerInnen, sondern als potentielle Arbeitskräfte.

Diese ersten Integrationsschritte waren eindeutig frei von und weit entfernt von jedwedem humanitären Gesellschaftsengagement, sie



Türkische Frau mit Kind, die im September 1992 in Schwarzach durch den Abbrand ihrer Unterkunft obdachlos geworden war. Ob bei den zahlreichen Bränden von sogenannten Gastarbeiterquartieren auch politische Gründe eine Rolle spielten, blieb bis heute ungeklärt.

(Foto: VN-Archiv)

erfolgten ohne die Intention, die GastarbeiterInnen am Gesellschaftsleben teilhaben zu lassen. Von Interesse war die Bindung der Arbeitskräfte in Betrieben und Arbeitsstätten oder im Land. Erst später und allmählich wurden die GastarbeiterInnen auch als KonsumentInnen entdeckt. Nicht Humanität und der Integrationsgedanke bestimmten über Rotation und/oder längerfristige Aufenthaltsmöglichkeiten, sondern einzig die Nachfragestruktur der Wirtschaft. Sie bestimmte zudem wesentlich die Geschlechterzusammensetzung der Migrantenpopulation.(17)

Eine Umfrage unter österreichischen Unternehmern im Jahre 1972 macht die Interessensverschiebung in Richtung längerfristiger Firmenbindung deutlich. Während sich 33 Prozent für kurzfristige Dienstverhältnisse im Ausmaß von ein bis zwei Jahren aussprachen, plädierten ebenfalls 33 Prozent für langfristige Bindungen inklusive Integrationsmaßnahmen.(18)

Hatte die durchschnittliche Beschäftigungsdauer von GastarbeiterInnen im ersten Zuwanderungsjahrzehnt ein bis maximal eineinhalb Jahre betragen, stieg die Dauer der Betriebszugehörigkeit ab 1975 auf vier bis fünf Jahre, ab 1978 auf fünf bis acht Jahre an. Ab den achtziger Jahren hielt sich eine Mehrheit der GastarbeiterInnen zehn und mehr Jahre in Vorarlberg/Österreich auf. Mitte der siebziger Jahre handelte es sich im Baugewerbe und in der Textilbranche bei 90 Prozent aller Anträge um Verlängerungen.(19) In den siebziger Jahren zeigte zudem bereits die Existenz von Befreiungsscheininhaber(innen) ihre Auswirkungen.

So hatte sich, entgegen den Plänen „target workers“ ins Land zu holen und vorwiegend das Saisoniers- oder Rotationsprinzip zur Anwendung zu bringen, ein Teil der ausländischen Arbeitnehmerschaft – im Interesse beziehungsweise unter Druck ihrer Arbeitgeber – zu Stammebelegschaften entwickelt. Diese blieben – solange es die Betriebe gab – auch in Rezessionszeiten vom Ausländerabbau nahezu unberührt.

1.2. Konjunkturschwankungen und Stabilisierungsphase(n)

Daneben wurde ein Teil der GastarbeiterInnen zur Reservearmee instrumentalisiert. Von Anbeginn konnte im Falle von Konjunktur-

schwankungen selbstverständlich auf den Mechanismus der Gastarbeiter-Reduktion zurückgegriffen werden. Das Auf und Ab der Gastarbeiter-Einsätze war/ist fix ins wirtschaftliche Krisenmanagement eingeschrieben. Die Haltung „Österreicher zuerst“ war und ist die Grundlage jahrzehntelanger sozialpartnerschaftlicher Arbeitsmarktpolitik (Dies wird u.a. auch besonders deutlich bei der Lehrstellen-Vergabe-Praxis). Sie mußte nicht erst von „Freiheitlichen“ PolitikerInnen erfunden werden. Als deren politische Losung rund um das Ausländer-Volksbegehren im Jahre 1993 hat diese Haltung allerdings bei einem Teil von ÖsterreicherInnen Aufmerksamkeit und Ablehnung hervorgerufen.

Mit der ersten großen Krise, in der auf den Ölschock im Herbst 1973 folgenden Rezession, zeigte sich eine bereits vorangeschrittene Entwicklung in ihrer Ausprägung: die Herausbildung segmentierter, dualer Gastarbeiter-Arbeitsmärkte. Die Branchen mit überdurchschnittlich hohen Ausländerquoten erlitten zwar besonders starke Beschäftigungseinbußen und demgemäß waren auch GastarbeiterInnen überproportional von Arbeitsplatzverlusten betroffen. Dennoch funktionierte der problemlose Austausch GastarbeiterInnen gegen InländerInnen in bestimmten Wirtschaftsbereichen (Betrieben, Branchen, Abteilungen) nur noch begrenzt.

Hatten zunächst die zugewanderten Arbeitskräfte die fehlenden InländerInnen ersetzt, so kam es nach und nach zur „Entwicklung“ typischer Ausländerarbeitsplätze. AusländerInnen traten nicht in Konkurrenz, sondern in Komplementärfunktion zu InländerInnen, besetzten sie doch – so die Argumentation – lediglich „Basisarbeitsplätze“, die InländerInnen nicht mehr wollten.(20)

Mit diesen Überlegungen machten Vertreter der Wirtschaft am Höhepunkt der Krise Stimmung gegen den in Teilen der Vorarlberger Gesellschaft geforderten „zu radikalen“ Ausländerabbau. Dabei untermauerten sie ihre Position, daß die Wirtschaft nicht mehr ohne GastarbeiterInnen auskommen könne, mit der generell positiven Gesellschafts- und Bildungsentwicklung: Die „eigene“ Jugend werde studieren und auf keinen Fall für diese Arbeitsplätze in Frage kommen.(21) Zudem hätte sich klar herauskristallisiert, daß bestimmte Branchen einen Teil ihres Arbeitskräftebedarfs langfristig mit AusländerInnen decken werden (wollen).

Durch den Gastarbeiter-Einsatz war es schließlich der Vorarlberger Industrie gelungen, mit ihren Löhnen in den Keller zu fahren bezie-

ungsweise das niedrige Lohnniveau zu halten (= negative Lohndrift). Bezahlten Vorarlberger Firmen 1966/67 noch österreichische Spitzenlöhne, so lagen sie zehn Jahre später vor dem Schlußlicht Burgenland an vorletzter, in den achtziger Jahren an drittletzter Stelle. Daß Ausländer weniger verdienten/verdienen als Inländer, bei beiden Gruppen Frauen weniger als Männer, ist in den Sozialstatistiken mehrfach und detailliert belegt.(22) Ähnlich die Entwicklung beim Investitionsaufwand. Während noch 1964 die Investitionen je Industriebeschäftigten in Vorarlberg über dem österreichischen Durchschnitt lagen, wurde seit Beginn der siebziger Jahre deutlich weniger investiert (österreichischer Durchschnitt: 32.700 Schilling, Vorarlberg: 25.900 Schilling).(23) Diese Fakten wurden allerdings von den Wirtschaftsrepräsentanten in ihren Plädoyers gegen den Ausländerabbau verschwiegen.

Verschwiegen wurde zudem auch, daß viele Unternehmen auf Kosten von und mit den Gastarbeitern ihren Betrieb sehr gezielt umstrukturiert hatten, sodaß eine Vielzahl von Arbeitsplätzen entstanden waren, auf die InländerInnen nicht mehr vermittelt werden konnten. Und dies nicht (nur), weil ihnen die Arbeit zu minderwertig und/oder zu schlecht bezahlt war, sondern weil beispielsweise „typische“ Frauenarbeitsplätze in Männerarbeitsplätze umfunktioniert worden waren. Diese Entwicklung konzentrierte sich vorrangig in der Textil- und Bekleidungsbranche durch die Ausweitung von Tagschicht- auf Tag- und Nachtschichtbetriebe.(= Nachtarbeitsverbot für Frauen!). So wurden aus einem Teil von Industriebetrieben mit vormaliger Frauendominanz „Männerdomänen“ (bis gegen 50 Prozent Männeranteil gegenüber den üblichen Relationen 60 zu 40 oder gar 80 zu 20 zugunsten von Frauen).(24) „Ohne Dreischichtbetrieb kommt die heimische Textilindustrie nicht aus, die fernöstliche Konkurrenz fährt mit vier Schichten und kennt keine Wochenendpause“, so eine durchgehende Argumentation.(25)

Auf die Unentbehrlichkeit der Gastarbeiter(innen) hatten einige größere Betriebe schon vor der Krise mit der Errichtung von Wohnheimen reagiert. Weitere Firmenunterkünfte befanden sich gerade in der Rezessionszeit im Errichtungsstadium.(26) So kamen Unternehmer der – arbeitsmarktpolitischen – Forderung nicht oder nur begrenzt nach, „die Gastarbeiter zu entlassen. damit nicht die Vorarlberger stempeln müssen“.(27)

Durch die unterschiedliche Personalstruktur in den einzelnen Betrieben – auch innerhalb der gleichen Branche –, ließ es sich in den Jahren des Produktionsrückganges kaum vermeiden, daß auch Vorarlbergerinnen beziehungsweise andere Inländerinnen gekündigt wurden. Dort, wo zunächst vorwiegend inländische Frauen wegen der ihnen zugeschriebenen Fähig- und Fertigkeiten (= größere Geschicklichkeit, Fingerfertigkeit und besseres Ertragen der Monotonie et cetera) arbeiteten, und (deshalb) kein Nachtschicht- beziehungsweise generell kein Schichtbetrieb installiert wurde, blieb der (männliche) Gastarbeiter-Einsatz niedrig. Erst mit dem späteren und stärkeren Zuzug von jugoslawischen und türkischen Frauen und Familien erhöhte sich auch dort der Gastarbeiteranteil. Vom Personalabbau in den Jahren 1974/75 waren in diesen Betrieben vor allem auch Inländerinnen betroffen.(28) Ein Teil von arbeitslosen Frauen geht erfahrungsgemäß in Rezessionszeiten in den Haushalt zurück, verschwindet in den Dunkelziffern und scheint in den Arbeitslosenstatistiken nicht auf.

Was zeichnet nun den dualen Gastarbeiter-Arbeitsmarkt aus, wie ist er zu charakterisieren? Im wesentlichen handelt/e es sich um unattraktive Arbeitsplätze in Niedriglohn-Branchen: unangenehme, monotone, aber auch anspruchslose Tätigkeiten, fast immer gepaart mit belastenden Begleiterscheinungen, wie Lärm, Schmutz, Hitze; Unfallgefahr durch hohes Arbeitstempo, körperlicher Verschleiß durch schlechte und veraltete Arbeitsplatzausstattung; Schichtarbeit, Überstunden und Akkordsystem, ständiger Zeitdruck, schlechte Entlohnung.

Im hohen Ausmaß beziehungsweise in der Langzeitperspektive erfüllten die ausländischen Arbeitskräfte – in der Industrieproduktion und im speziellen in der Textilindustrie – eine Überbrückungsfunktion zur Erleichterung der Umstellung von arbeitsintensiver hin zu einer kapitalintensiveren Produktionsstruktur (GastarbeiterInnen-Quoten von 60 und mehr Prozent). Teilweise endet/e die Umstrukturierung damit, daß die Betriebe in Vorarlberg (beziehungsweise in Österreich) ihre Produktion einstell(t)en und neue Standorte in Billiglohnländern etablier(t)en oder/und im EG-Raum (in EU-Ländern) Stützpunkte einrichteten oder aber auch auf andere Produkte umstiegen. Am Textilsektor trafen die Betriebsstillegungen und Produktionsver- und -auslagerungen ab Ende der siebziger Jahre – und besonders in den achtziger Jahren – in einem überdurchschnittlichen Ausmaß GastarbeiterInnen.

Zwischen Oktober 1973 und Oktober 1975 wurden rund 5.500 Gastarbeiter(innen) abgebaut (= 23 Prozent); in Zeitungsmeldungen ist sogar von 7.500 die Rede. (Zur Beruhigung der Öffentlichkeit?)(29) Dabei zeigte die „Freisetzung“ eine Aufsplitterung auf die wichtigsten Gastarbeiter-Sektoren: Textil, Bau, Metall und Gastgewerbe. Allein in der Textilindustrie gingen insgesamt 3.150 Arbeitsplätze dauerhaft verloren (bis 1978: 4.000, bis 1995: 10.000). Betrag der Ausländeranteil in der Textilindustrie 1973 noch 40,9 Prozent, ging er bis 1982 auf 33,4 Prozent zurück (1994: 40 Prozent).(30) Die Bauwirtschaft – der zunächst für Gastarbeiter zweitwichtigste Wirtschaftszweig – offenbarte dagegen ihre Steuerungsfunktion. Hier erfolgte der stärkste Arbeitskräfte-Austausch Ausländer gegen Inländer (für inländische Frauen erfüllen Gastgewerbe und Reinigungsbetriebe teilweise diese „Notfunktion“).(31) Eignet/e sich das Baugewerbe aufgrund seiner Arbeitszeit- und Standortstruktur (saisonale Arbeitsverträge, Montagebetrieb mit wechselnden Einsatzorten et cetera) ohnehin für ein fluktuierendes Arbeitskräftepotential – unabhängig von der Nationalität der Beschäftigten –, bot/bietet es aufgrund höherer Verdienstmöglichkeiten partiell auch Anreize für Inländer. (Bündelung der Arbeitszeit, Überstunden und diverse Zulagen). Die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter hatte für ihren Zuständigkeitsbereich einen 50prozentigen Ausländerabbau gefordert.(32) Im Zeitraum 1973 bis 1982 schrumpfte der Anteil der ausländischen Erwerbstätigen in der Bauwirtschaft von 44 auf 18,2 Prozent (33):

Ausländeranteil in den wichtigsten Wirtschaftsklassen in % (August jeden Jahres)

Wirtschaftsklassen	1982	1981	1980	1973
Textil- und Textilwaren	33,4	33,7	34,5	40,9
Chemie u. Kunststoffe	27,0	27,4	28,3	28,6
Bekleidung u. Schuhe	24,6	27,3	26,6	24,2
Metall	22,2	23,5	24,6	34,0
Beherbergungswesen	22,7	22,8	28,0	27,1
Bauwesen	18,2	21,8	22,0	44,0
Holzbe- u. -verarbeitung	17,1	29,0	18,6	25,9
Nahrungsmittel u. Getränke	12,0	13,2	13,0	14,4
Handel	4,3	4,4	4,4	5,2

Arbeitslos gewordene einheimische/inländische GrenzgängerInnen kamen vor allem im Bau- und Gastgewerbe sowie in Reinigungsbetrieben unter. So konnte mit der AusländerInnen-Entlassung, einer Kontin-

gent-Reduzierung und paralleler Arbeitskräfte-Umschichtungen die Gesamt-Arbeitslosigkeit niedrig gehalten werden. Zudem wurde ein Teil der Beschäftigten nicht entlassen, sondern auf Kurzarbeit gesetzt. Bereits sechs Unternehmen hatten im Jahre 1975 Kurzarbeit eingeführt oder angemeldet! (34) Die Gesamt-Beschäftigtenzahl – InländerInnen und AusländerInnen – veränderte sich innerhalb dieses Zeitraumes nur gering; InländerInnen wiesen sogar ein Beschäftigungsplus von rund 4.000 auf. Dieses InländerInnenplus vollzog sich kaum in der Industrie, vielmehr im Baugewerbe und in den Dienstleistungsbetrieben.(35)

Trotz der auch weiterhin relativ höchsten Gastarbeiterbeschäftigung (18 Prozent) war Vorarlberg das österreichische Bundesland mit der niedrigsten Arbeitslosenrate (1975: 1,2 bis 1,7 Prozent, österreichischer Durchschnitt: fünf Prozent).(36)

Im übrigen verlief der erste größere Konjunkturunbruch in Vorarlberg ohnehin glimpflich. Die Wirtschaft „war auf Draht“, „schrumpfte gesund“ und konnte sich rasch „stabilisieren“(37) – so und ähnlich wurden die oben beschriebenen Zusammenhänge in den Medien kommentiert. Daneben wurde das Klischee der „fleißigen Vorarlberger/Alemanen“ strapaziert und deren hohe Arbeitsmoral für die niedrige Arbeitslosenrate verantwortlich gemacht (38):

März 1978:	Vorarlberg	österreichischer Durchschnitt
Arbeitslosenrate	0,4 Prozent	2,4 Prozent

Wäre es (ab) 1974/75 nicht möglich gewesen, einen Großteil der arbeitslosen Ausländer in ihre Heimatländer zurückzuschicken, hätte die Arbeitslosenrate zirka fünf Prozent ausgemacht und damit dem österreichischen Durchschnitt entsprochen.(39)

So aber – dank der Manipulationsmöglichkeiten – präsentierte sich Vorarlberg im Frühjahr 1978 schon wieder als „Musterlände der Beschäftigungspolitik“, als einziges Land mit einem Plus an Ausländerbeschäftigung.(40) Zum Teil herrschte sogar ein Arbeitskräftemangel; besonders Facharbeiter waren schwer zu finden. Während zwischen 1977 und 1978 österreichweit 6,7 Prozent der Gastarbeiter abgebaut wurden, hatte Vorarlberg ein Plus von 1,1 Prozent zu verzeichnen.(41)

1979/80 erreichte die Ausländerbeschäftigung ihren zweiten Höhepunkt, um in den Folgejahren fast kontinuierlich abzusinken. Erst 1989

gab es wieder einen deutlicheren Konjunkturaufschwung, begleitet von einem GastarbeiterInnen-Anstieg.

Ausländerbeschäftigung im Jahresdurchschnitt 1970-1994 (42)

		Änderungen gegenüber dem Vorjahr	
		absolut	relativ
1970	15.132	+ 2.829	+ 23,0 %
1971	19.452	+ 4.320	+ 18,5 %
1972	21.890	+ 2.438	+ 12,5 %
1973	24.513	+ 2.623	+ 12,0 %
1974	22.611	- 1.902	- 7,8 %
1975	19.278	- 3.333	- 14,7 %
1976	19.158	- 120	- 0,6 %
1977	19.556	+ 398	+ 2,1 %
1978	19.851	+ 295	+ 1,5 %
1979	20.672	+ 821	+ 4,1 %
1980	20.585	- 87	- 0,4 %
1981	19.846	- 739	- 3,6 %
1982	18.291	- 1.555	- 7,8 %
1983	16.597	- 1.694	- 9,3 %
1984	14.918	- 1.679	- 12,9 %
1985	14.829	- 89	- 0,6 %
1986	15.183	+ 354	+ 2,4 %
1987	14.892	- 291	- 1,9 %
1988	15.288	+ 396	+ 2,6 %
1989	16.942	+ 1.654	+ 9,7 %
1990	21.138	+ 4.196	+ 19,9 %
1991	21.921	+ 783	+ 3,5 %
1992	22.218	+ 297	+ 1,3 %
1993	21.157	- 1.061	- 4,8 %
1994	19.101	- 2.056	- 9,7 %

Am Beispiel der Ausländerbeschäftigung läßt sich die Schwerpunktverlagerung innerhalb der Vorarlberger Wirtschaft – die „Verkleinerung“ des Textilsektors – gut beobachten. Die Textilindustrie büßte ihre absolute Leitposition von über 50 Prozent ein und teilte sie im nächsten Jahrzehnt mit der Metall-, Maschinen- und Elektroindustrie. Dennoch erfuhr die Ausländerkonzentration (vor allem die von TürkInnen) im Bereich Textil in den achtziger Jahren sogar noch eine Ausweitung.



So sahen im Jahre 1970 in einem Dornbirner Altbau Waschraum und Küche für 30 türkische Gastarbeiter aus.

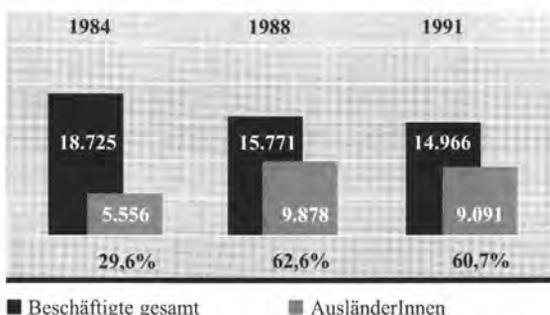
(Foto: Nikolaus Walter)



Schlafzimmer einer türkischen Familie; Dornbirn 1970.

(Foto: Nikolaus Walter)

Unselbständig Beschäftigte in der Textilindustrie (43)



Die Verteilung der AusländerInnen auf die einzelnen Wirtschaftsklassen dokumentiert die Veränderungen der Vorarlberger Wirtschaft. Spätere ZuwanderInnen und Flüchtlinge aus Südosteuropa konnten vor allem im Gastgewerbe und in der Bauwirtschaft Fuß fassen.

Beschäftigte AusländerInnen nach Wirtschaftsklassen, relativer Anteil Mitte August (44)

	1982 – 1987					
	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Textilbetriebe	36,8	35,5	36,2	37,0	36,4	34,0
Baugewerbe	10,5	10,6	10,6	9,5	8,5	8,4
Metallverarbeitung	16,5	16,6	18,2	18,9	20,1	22,3
Gastgewerbe	8,4	8,5	7,0	7,2	7,9	8,1
Bekleidungsbetriebe	3,1	3,1	2,9	2,5	1,9	2,0
Holzbearbeitung	3,8	3,8	3,6	4,3	4,7	4,8
Handel	3,1	3,4	3,8	3,7	3,7	3,9
andere	17,8	18,2	17,7	16,9	16,8	16,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	18.462	16.658	15.145	15.037	15.296	15.059

	1988 – 1994					
	1988	1989	1990	1992	1993	1994
Textilbetriebe	32,3	30,0	29,0	24,0	21,7	22,4
Baugewerbe	6,3	9,5	10,6	12,5	13,6	14,5
Metallverarbeitung	22,3	21,3	20,2	15,9	15,3	15,1
Gastgewerbe	9,4	10,6	11,0	12,6	13,2	12,6
Bekleidungsbetriebe	2,0	1,9	0,2	2,7	2,6	2,6
Holzbearbeitung	35,2	5,0	6,0	4,5	4,7	4,7
Handel	4,4	4,4	5,0	5,2	5,6	5,5
andere	18,1	17,4	18,0	22,4	23,3	22,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	15.589	17.508	20.158	22.649	21.541	19.589

Von zahlreichen Wirtschaftstreibenden wurde im wesentlichen am schwankenden Bedarf an GastarbeiterInnen festgehalten. Noch heute sind viele der Meinung, daß nicht das Hereinholen neuer (jüngerer) Gastarbeiter die Ursache des „Ausländerproblems“ sei, sondern ganz einfach die zu liberalen Gesetze, die den Familiennachzug ermöglicht(en). Dies war (ist) auch die offizielle Meinung der Vorarlberger Handelskammer.(45)

1.3. Politische Krisenintervention, Regelungsmechanismen und Status quo

Die ÖVP-dominierte Landespolitik agierte im Interesse von Wirtschaft und Unternehmern und hatte sich im ersten Gastarbeiter-Jahrzehnt stets für die Erhöhung der Kontingente stark gemacht. Der Vorarlberger Wirtschaft war es auch gelungen, auf Kosten anderer Bundesländer überproportional am Bundeskontingent zu partizipieren. In den Prosperitätsjahren 1970 bis 1973 konnten die Teilkontingente für einzelne Wirtschaftsgruppen durch Einzelgenehmigungen noch wesentlich überschritten werden. Sogar im Krisenjahr 1974 wurde das Kontingent erhöht (auf 18.340), voll ausgeschöpft und zum Teil erheblich überschritten. Nur 1975 wurde das Jahreskontingent reduziert (16.858) und – entgegen den Usancen – nicht überschritten; nicht einmal die Teilkontingente wurden voll ausgeschöpft.(46)

Erst 1973 entschloß sich das Land – unter dem Eindruck der Rezession – absolute Obergrenzen einzuziehen. Die AusländerInnen sollten einen Anteil von 25 Prozent an den Erwerbstätigen nicht übersteigen. Von seiten des Landes wurde in Krisenjahren vor allem versucht, den illegalen Arbeitsmarkt zu bekämpfen. Denn nicht nur rückkehrunwillige arbeitslose, bereits „begünstigte“ Gastarbeiter und Gastarbeiterfamilien schufen Probleme, sondern vor allem auch der Schwarzmarkt. Grund genug, nicht nur die SchwarzarbeiterInnen, sondern auch die Unternehmer „ins Gebet zu nehmen“.

„Jeder illegal beschäftigte Immigrant setzt (jedoch)“, nach Hans Magnus Enzensberger, „einen illegal operierenden Unternehmer voraus“.(47) Blicken wir auf die Vorarlberger Szene, so wurden für die ille-

galen Beschäftigungsverhältnisse allerdings die AusländerInnen zu den Hauptverantwortlichen gemacht. So soll es weniger das Interesse von Unternehmer(inne)n gewesen sein, mit Schwarzarbeitern die Einschränkungen zu umgehen, als vielmehr der Druck von bereits beschäftigten Gastarbeitern auf ihre Chefs, im Falle der Nichteinstellung von Freunden/Verwandten den Betrieb zu verlassen. Unter diesem Druck hätten sich Unternehmer häufig entschlossen, AusländerInnen ohne Arbeitssichtvermerk beziehungsweise ohne Arbeitserlaubnis einzustellen.(48) So waren die Ziele von behördlichen Razzien häufig Gastarbeiterunterkünfte – zu nächtlicher Stunde – und erst in zweiter Linie die Betriebe.(49)

In der Gewerkschaftszeitung „Arbeit und Wirtschaft“ werden die Schwarzarbeiter dagegen als die Ärmsten der Armen bezeichnet, die den Praktiken von skrupellosen Firmen hilf- und wehrlos ausgesetzt sind.(50)

Auf jeden Fall sollte von seiten der zuständigen Behörden (Polizei, Arbeitsamt, et cetera) streng kontrolliert werden, um die mit dem neuen Ausländerbeschäftigungsgesetz (1975/76) beabsichtigten Zuwanderungsbeschränkungen auch umzusetzen. Zudem wurden die Unternehmer deutlicher als bisher zu Integrationsleistungen (zum Beispiel in Form eines Infrastrukturbeitrages) aufgefordert, denn außer der nicht aufschiebbaren Wohnraumbeschaffung war kaum etwas getan worden. Aber auch beim Bau von Werkwohnungen war das Land von der Handelskammer „zumindest zur indirekten Förderung gedrängt“ worden.(51) „Die Unternehmer verdienen, Land und Gemeinden haben Kosten und Probleme“, so die Kritik. In diese Richtung drängten auch die Arbeitnehmervertreter. Sie forderten die tatsächliche gesellschaftliche Einbindung der anwesenden GastarbeiterInnen/-familien bei gleichzeitiger Verweigerung jedweder Kontingenterhöhung. Die immer mehr zutage tretenden Wohn- und Bildungsbedürfnisse der Gastarbeiterfamilien – bisher unterschätzte infrastrukturelle Kosten – konnten nicht länger ignoriert werden.(52)

Parallel dazu wurden Maßnahmen erörtert, um den „natürlichen“ Gastarbeiter-Abgang zu fördern. Die Bundesrepublik Deutschland beschleunigte die Remigration seit den ersten Konjunkturinbrüchen (1966/67) mit Hilfe von Rückkehrprämien.(53) Österreich/Vorarlberg erörterte zwar Heimkehrhilfen (zum Beispiel die sofortige Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung als Pauschalbetrag), konnte sich aber

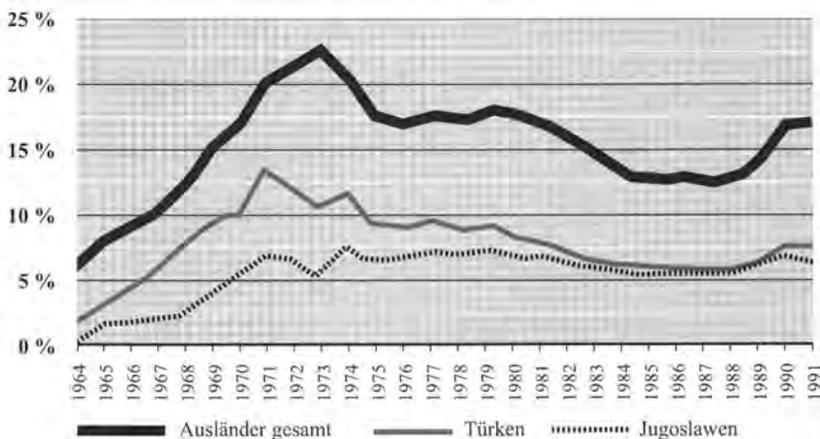
konkret nicht zu Rückkehrprämien entschließen. Noch 1991 lautet eine Aufforderung der Vorarlberger Sozialdemokraten: „Es ist höchste Zeit, sich mit Rückkehrbeihilfen auseinanderzusetzen.“(54)

Die Remigration der Gastarbeiter wurde auch hierzulande als das probateste Mittel zur Krisenbewältigung betrachtet. Subtile, immer wieder erörterte Förderaktivitäten bestanden beispielsweise darin, den Schulunterricht für Gastarbeiter-Kinder rückkehrorientiert auszurichten; als Pendant beziehungsweise Ergänzung dazu die restriktive, vorbeugende Maßnahme: Kinder über zehn Jahre von vornherein nicht mehr einreisen zu lassen. (Vgl. dazu Kapitel 3.4.)

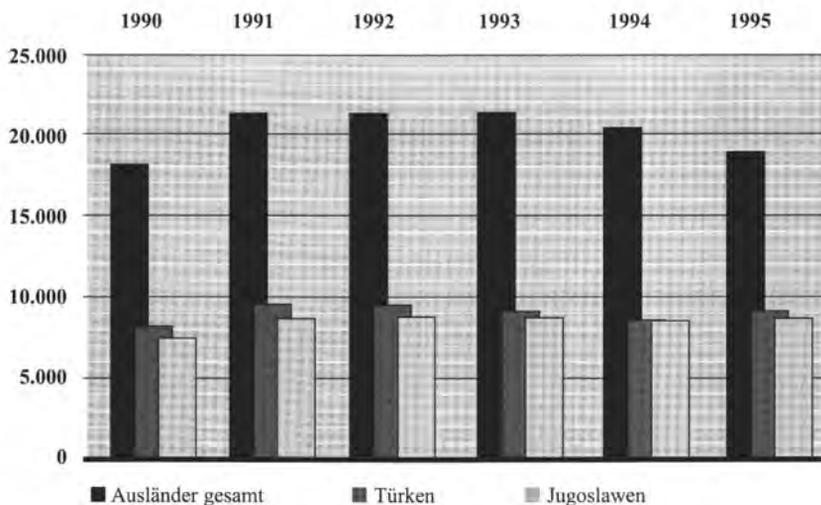
In dieses Konzept paßt auch, daß trotz der österreichweiten Einigung darauf, keine Neubewilligungen mehr zu erteilen, die Bundeswirtschaftskammer ihre Anwerbestelle in Istanbul weiter betrieb.(55)

Zwischen 1973 und 1984 ist es immerhin gelungen – durch die Steuerungsmechanismen von Wirtschaft und Politik –, den Anteil der beschäftigten AusländerInnen von 23 Prozent auf 12,9 Prozent abzusenken; danach lag er zwischen 14 und 16 Prozent und näherte sich Ende der achtziger Jahre nochmals der 18-Prozentmarke. Die magische Obergrenze von 25 Prozent wurde nie (mehr) erreicht.(56)

AusländerInnen-Anteil an den Beschäftigten 1964 – 1991 (57)



Ausländische Beschäftigte in Vorarlberg in absoluten Zahlen



Der AusländerInnen-Abbau schlug sich auch auf die Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung nieder. Obwohl ab den siebziger Jahren Familiennachholung und -zusammenführung eine bedeutende Rolle spielten, gelang es, über die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auch die ausländische Wohnbevölkerung schrumpfen zu lassen:

Ausländische Wohnbevölkerung (58)



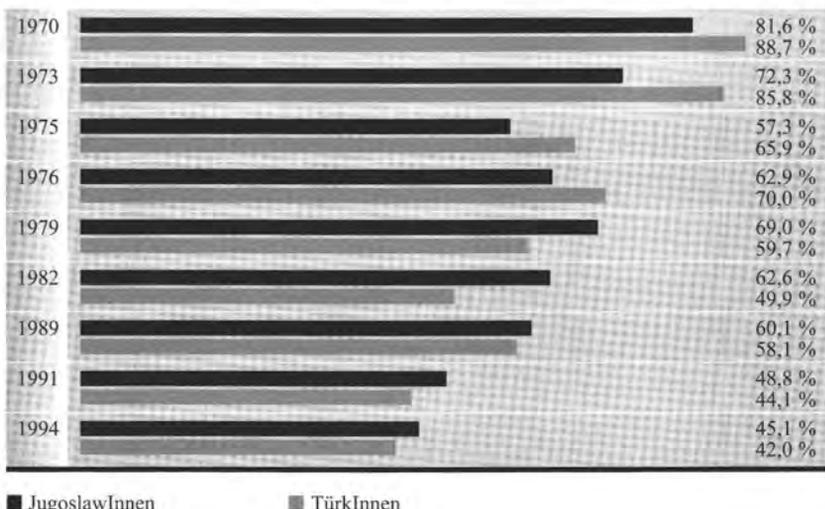
Ab Mitte der siebziger Jahre waren es vorwiegend JugoslawInnen gewesen, die abwanderten oder zur Rück- oder Abwanderung gezwungen wurden. Die JugoslawInnen hatten ihren absoluten Höchststand bereits

1973 – dieser wurde auch Anfang der neunziger Jahre nicht mehr erreicht –, dagegen hatten die TürkInnen 1992/1993 ihre bevölkerungsstärksten Jahre. Deren Zuzug und Vergrößerung schritt fast ohne Einbrüche voran. Die Jahre 1975, 1984, 1993 – mit negativem Wanderungssaldo – bilden die Ausnahme. Hatten die JugoslawInnen im ersten Jahrzehnt ihre höchsten Geburtenraten, finden wir diese Entwicklung bei den TürkInnen etwa mit Dekadenverschiebung. Bei beiden Gruppen ist ein Rückgang der Geburtenrate und eine Anpassung an die Mehrheitsbevölkerung feststellbar. Bei den TürkInnen allerdings mit entsprechender Verzögerung und Verlangsamung. Aber auch bei ihnen ist zu erwarten, daß sich ihre Familiengröße spätestens in der dritten Generation derjenigen der InländerInnen angleichen wird.(59)

Die quantitative Reduktion durch Abwanderungen/Abschiebungen war allerdings geringer als erwünscht. Deshalb mußten Land und Gemeinden immer wieder bei den in den achtziger Jahren häufigen Konkursen, Ausgleichen oder Betriebsstillegungen als Krisenmanager und Auffangbecken agieren, ob es sich um die Regelung von Wohnungsproblemen oder – bei Familienerhaltern – um Ersatzarbeitsplätze handelte. „Diejenigen, die die Gastarbeiter ins Land gerufen haben, leisten keinen Beitrag zur Problemlösung“, so der Vorwurf von Landespolitikern in Richtung Unternehmertum.(60) Oft genug blieben die Betroffenen sich selbst und ihrem Schicksal überlassen.(61)

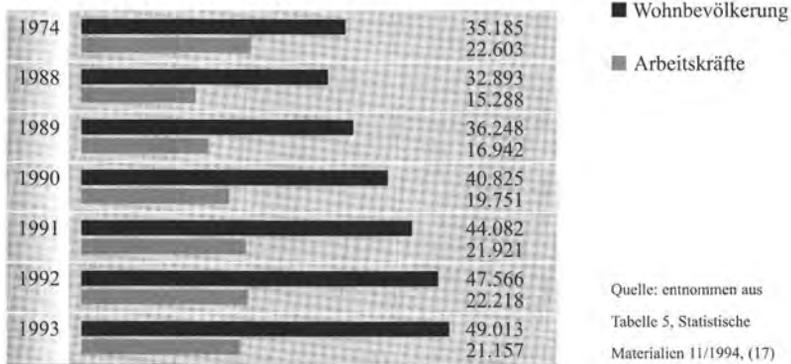
Durch die Funktion der GastarbeiterInnen als Konjunkturpuffer sowie durch generelle Strukturveränderungen in Wirtschaft und Zuwanderergesellschaft kam es zu einer deutlichen Verschiebung der Relationen zwischen ausländischen Erwerbstätigen und ausländischer Wohnbevölkerung (Abnahme der Beschäftigten, Anstieg der Wohnbevölkerung):

Erwerbsquote JugoslawInnen und TürkInnen in Prozent (62)



Die Erwerbsbeteiligung von JugoslawInnen und TürkInnen sank fast auf die Hälfte. Natürlich spielte die Familienzusammenführung dabei die entscheidende Rolle; die Grafik zeigt aber auch deutlich die Konjunkturreinbrüche. Noch immer ist die Erwerbsbeteiligung der beiden Gruppen höher als jene der InländerInnen (1994: 36 Prozent).

Ausländische Wohnbevölkerung und ausländische Arbeitskräfte in Vorarlberg 1974 – 1993 (63)





Ein türkisches Verlobungsfest in Götzis (1992), zu dem neben der Braut nur Frauen geladen sind. Die Buben sind Zaungäste.

(Foto: Nikolaus Walter)



Alewitische Hochzeit in der Dornbirner Stadthalle im September 1995.

(Foto: VN Archiv)

Tatsächlich ist es den politisch Verantwortlichen im Land – trotz mehrfacher Ankündigung – auch im letzten Jahrzehnt nie ganz gelungen, die Wirtschaftstreibenden in ihren Forderungen langfristig einzubremsen beziehungsweise sie in Problemsituationen zur Verantwortung zu ziehen. Die Landespolitik beugte sich weitgehend den Begierden der Wirtschaft. In „guten“ Jahren konnte diese immer wieder höhere Forderungen und Sonderwünsche (Sonderbewilligungen) durchdrücken. Hatte man sich auch gemeinsam auf Begrenzungen festgelegt, versuchten zahlreiche UnternehmerInnen dennoch ein Mehr herauszuschlagen. Die „vernünftigen Unternehmer“ blieben in der Minderzahl. Die stets auf ihre föderalen Rechte pochende Vorarlberger Landesregierung holte sich jedenfalls im Herbst 1990 Verstärkung beim Bund – gegen die eigene Wirtschaft. Die Vorarlberger Landesregierung beschloß „als erste Landesregierung an den Sozialminister den Antrag zu stellen, die Zahl der Gastarbeiter zu begrenzen“.(64)

Spätestens Ende der achtziger Jahre hatte sich die Gastarbeiter- und Ausländerfrage, verschärft durch die Ausweitung des Ausländerzuzugs durch Flüchtlinge und GastarbeiterInnen aus anderen Ländern, als gesamtgesellschaftliches, politisch brisantes Problem – als „das vorrangige landespolitische Thema“ – positioniert. (65) Es mehrten sich Beratungen und Gastarbeiter-Krisengipfel – gegen „eine tickende Zeitbombe“. Nicht nur die Erleichterungen zur Familienzusammenführung (1986), sondern vor allem der Konjunkturaufschwung 1989/90 hatten einen neuen Sog ausgelöst. Mehr als 9.000 AusländerInnen waren innerhalb von zwei Jahren nach Vorarlberg zugezogen. Neben Flüchtlingen aus (wirtschaftlichen) Krisengebieten handelte es sich um 4.400 TürkInnen und 3.500 JugoslawInnen. Sie kamen als TouristInnen oder Familienmitglieder. Dies, obwohl die zu Beginn der neunziger Jahre gemachten schlechten Prognosen für die wichtigsten Gastarbeiter-Branchen auch tatsächlich eintraten. Nach einem Zwischenhoch des Ausländer-Beschäftigtenstandes (1989/90) wurde ab 1991 wieder abgebaut, mit dem Resultat steigender Arbeitslosigkeit.

*Beachten Sie bei der Statistik auf Seite 77: Am höchsten ist die Arbeitslosigkeit unter den Gastarbeiterinnen. Von der leichten Besserung der Arbeitsmarktlage – 1994 auf 1995 – profitierten nur die Männer.

Arbeitslosenrate im Vergleich/Jahresdurchschnitt in Prozent (66)



Im Rückgriff auf die Ausländergesetzgebung (Aufenthaltsgesetz und Ausländerbeschäftigungsgesetz) konnte das Land der Zuwanderung zumindest leicht gegensteuern. Die durch wenige, bescheidene Novellierungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (1988, 1990) den GastarbeiterInnen beziehungsweise ihren Familien eingeräumten graduellen Erleichterungen oder Verbesserungen (Abkoppelung der Beschäftigungsbewilligung vom Aufenthaltsrecht, Verlängerung von Fristen, et cetera) wurden durch reaktiv gesetzte Folgemaßnahmen und Praktiken relativiert, und hatten dadurch für die Betroffenen nur begrenzte Wirksamkeit beziehungsweise geringe Auswirkungen. So war gegen die türkische Zuwanderung gleich zweimal die „Notbremse“ gezogen worden: 1986 mit einer „Vorarlberger Sonderregelung“ gegen die Liberalisierung des Familienzuzugs (Fremdenpolizeigesetz, Paragraph 3) und, im Januar 1990, mit der für/gegen TürkInnen – unter starkem Vorarlberger Druck – erlassenen Visumpflicht.(67)

Bereits 1992 war der Ausländerzuzug, sogar der aus den jugoslawischen Kriegsgebieten, wieder etwas rückläufig. Diese restriktive Politik sollte – laut Bericht der Vorarlberger Landesregierung (1993) – auch weiterhin beibehalten werden, „da die Situation auf dem Arbeitsmarkt keine weitere Zuwanderung erforderlich macht“ (sieht man von engen saisonalen Nischen in Bau- und Gastgewerbe, sowie in der Landwirtschaft einmal ab). Damit verknüpft wurde die Hoffnung, daß die Einwohnerzahlen des „Ländles“ in Zukunft nur noch über die natürliche Bevölkerungsentwicklung ansteigen mögen.

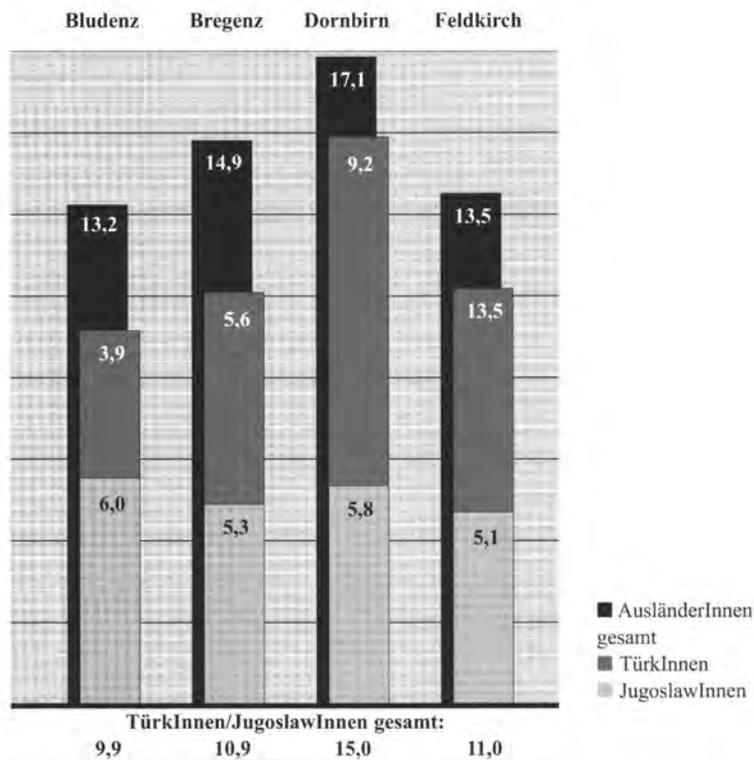
2. Die Wahrnehmung der GastarbeiterInnen und ihre gesellschaftliche Funktion: Zwischen Ausschluß und Integration

2.1. Verteilung, Konzentration und demographische Entwicklungstendenzen

Die regionale Wirtschaftsstruktur des Landes prägte die Wohn- und Siedlungsstruktur der GastarbeiterInnen. Die Ausgangszentren lagen in den dicht besiedelten Industrieregionen des Rheintales, im Leiblachtal und im Walgau sowie in den Fremdenverkehrsregionen im „Oberland“ (Montafon, Brandnertal) und im Arlberggebiet. Mit dem intensivierten Zuzug von TürkInnen ab den siebziger Jahren und deren starken Verankerung in der Textil- und Bekleidungsindustrie zeichneten sich bereits türkische Ballungszentren in den Industriegebieten ab. Die Fremdenverkehrsregionen wurden dagegen zu „jugoslawischen Bastionen“.(1)

Zentren bildeten zudem die Bezirkshauptstädte. Von den vier Verwaltungsbezirken hatte Bludenz – der kleinste Bezirk – durchgehend die absolut und relativ niedrigsten Ausländeranteile. In den achtziger Jahren hat der Bezirk Dornbirn die Führungsposition übernommen: als „Gastarbeiter- und Türkenbezirk“. Am Beispiel von Dornbirn (Bezirk und Stadt) läßt sich die Veränderung von Anwerbe- und Einstellungs politik gut verfolgen; die ursprüngliche Dominanz von Jugoslaw(inn)en ging zugunsten türkischer Arbeitskräfte verloren. Dornbirn, die „größte jugoslawische Stadt Vorarlbergs“, wurde zum „größten türkischen Dorf“ im Land.(2)

**Ausländische Wohnbevölkerung in den Verwaltungsbezirken
per Jahresende 1993 in Prozent (3)**



Gab es auch eine Konzentration von GastarbeiterInnen in den Industrieregionen und Industriegemeinden beziehungsweise im Umfeld von Großbetrieben, so kam es darüber hinaus zur Verteilung von JugoslawInnen und TürkInnen nahezu über das ganze Land. Dafür sorgte die Abgelegenheit mancher Fertigungsbetriebe in ländlich(er)en Regionen, das bedingten die diversen Standorte von Baustellen sowie die weite Streuung von Fremdenverkehrszentren und -gebieten.

Das Interesse nach billiger Arbeitskraft war groß, so öffnete sich nach und nach das ganze Land für Gastarbeiter-AusländerInnen – bis hin zu entlegenen Klein- und Kleinstgemeinden. 1993 gab es eine einzige Vorarlberger Gemeinde, in der kein/e Ausländer/in lebte. (Dabei han-

delte es sich um das Bergdorf Dünserberg, eine Kleinstgemeinde mit 143 Einwohnern im Bezirk Feldkirch.) Manche Gemeinde mit zuvor geringen Ausländeranteilen hatte ihr Bevölkerungsprofil durch AsylantInnen und Neuzuwanderer verändert, vor allem durch die in der Fremdenverkehrswirtschaft bald sehr geschätzten („fleißigen“) BosnierInnen.(4)

In Landgemeinden fielen die GastarbeiterInnen auf, wurden als Fremde wahr- und zur Kenntnis genommen. Das entsprach einem traditionellen gesellschaftlichen Muster, einer am Land noch immer typischen Reaktionsform und war/ist nicht von vornherein mit Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß zu identifizieren oder gleichzusetzen. Erst im Übergang von offen gezeigter Neugier hin zu Observierung und sozialer Kontrolle liegen die Gefahren zur Manifestation von Vorurteilen, zur Grenzziehung und Abwertung.

Das gesellschaftliche Klima im Jahre 1993 ist nicht mit dem von 1963 zu vergleichen. Damals fiel die neue ausländische Population auch in der Stadt auf, wurde auch außerhalb von Betrieben und der Arbeitswelt wahrgenommen. Auffällig wurden die Fremden nicht nur durch ihr „äußeres Erscheinungsbild“, das wesentlich durch die Lebensumstände der Gruppe im Gastland geprägt war, und nicht nur durch tatsächlich feststellbare, besondere körperliche und „fremdkulturelle Erscheinungsmerkmale“ –, sondern vor allem durch Ungleichzeitigkeiten, durch die Auseinanderentwicklung der Lebenszusammenhänge von Wirts- und „Gast“-Bevölkerung.

In den sechziger Jahren erfaßte das „kleine österreichische Wirtschaftswunder“ einen immer größeren Teil der Bevölkerung. Arbeitszeitverkürzungen – und damit die Ausweitung von Freizeit – mußten zwar Schritt um Schritt von den Gewerkschaften erkämpft werden, erfolgten aber schließlich auch im Interesse der Wirtschaft. Dadurch wurden Anfänge für eine Freizeitgesellschaft gesetzt – mit mehr arbeitsfreier Zeit, um den neuen Wohlstand auch konsumieren und Konsumbedürfnisse überhaupt erst entwickeln und entstehen lassen zu können.(5)

Das Leben der GastarbeiterInnen zeigte dagegen einen anderen Verlauf. Im Interesse einer raschen Heimkehr wurden angebotene Überstunden und Doppelschichten dankbar angenommen. Als Konsumenten waren sie zunächst unattraktiv, fehlten ihnen doch die materiellen Mittel, aber auch Zeit, sowie Orte und Möglichkeiten.(6)

Erste Freizeiträume, die den Fremden zur Verfügung standen, waren Bahnhöfe. An den Wochenenden trafen sich in Bezirks- und Lokalbahnhöfen die Gastarbeiter aus dem ganzen Land. Der Einschätzung, daß Bahnhöfe auch symbolische Orte darstell(t)en – markante Treffpunkte für alle Landsleute, Verbindung zur Heimat, Ort von Heimkehrphantasien – ist generell zuzustimmen. Darüber hinaus hatte der Zustrom zu den Bahnhöfen allerdings sehr alltagspraktische Gründe, waren doch die Schalterhallen und Warteräume (fast) die einzigen überdachten Örtlichkeiten, die für Gastarbeiter offenstanden. Nach und nach erhielten sie auch Zutritt zu den Bahnhof-„Restaurants“. Die Wirte oder Pächter dieser großteils drittklassigen, abgewirtschafteten Schankbetriebe entdeckten als erste den Konsumenten im Gastarbeiter. Und sie hatten zudem geringeren Grund zur Befürchtung – durch die Öffnung ihrer Lokalität für Gastarbeiter –, ihre übrige Kundschaft (Durchreisende, Unterschichtenpublikum, Alkoholiker, „Sandler“) zu verlieren.(7)

Aufsehen erregten die GastarbeiterInnen zudem – ob in ländlichen Regionen oder in der Stadt – durch ihren Modernisierungsrückstand im generativen Verhalten. Trotz der starken Verankerung der Vorarlberger Bevölkerung im Katholizismus lag auch das „Ländle“ seit den siebziger Jahren im generellen Trend der Industrieländer mit sinkenden Geburtenraten. Dagegen hatten die AusländerInnen hohe Geburtenraten. Dies, obwohl nicht alle AusländerInnen die Voraussetzungen für Geburten- und Familienbeihilfen erfüllen konnten und damit nicht generell in den Genuß dieser Sozialleistungen kamen.(8)

Eine Bevölkerungsgruppe mit (vielen) Kindern – vorwiegend im Baby- und Kleinkindalter – fiel/fällt in der Öffentlichkeit auf, vor allem dann, wenn sie in Anbetracht unzureichenden Wohnraumes öffentliche Räume als Aufenthaltsorte frequentiert (Parks, Straßen, et cetera). Durch die anachrone demographische Struktur der Ausländerbevölkerung – TürkInnen und JugoslawInnen waren/sind in ihrer Altersstruktur eine „junge“ Population –, sowie durch die Siedlungskonzentration auf bestimmte Stadtteile und Gemeinden, kam es in manchen Wohnbezirken – und damit auch in Schulen – tatsächlich zu überdurchschnittlich hohen Ausländeranteilen.(9) Bestimmte Wohngegenden und Schulsprengel blieben dagegen von Ausländer/kinder/n „unbehelligt“. Das Produkt dieser verfehlten Siedlungs- und Wohnungspolitik wurde/wird von der „sich betroffen und benachteiligt fühlenden“ Bevölkerung als

„Überfremdung“ wahrgenommen. Die subjektive Wahrnehmung von hoher Ausländerkonzentration im eigenen Wohnviertel weicht von der tatsächlich gegebenen aber zumeist stark ab.(10)

2.2. Unterschichtung oder: Distanz und Duldung

Die neuen Migrant(inn)en drangen ab den sechziger Jahren in die unterste Etage – um nicht zu sagen in den Keller – der Vorarlberger Gesellschaft ein. Sie besetzten oder übernahmen die schlechtesten Arbeitsplätze und die geringst entlohnten Berufspositionen. Sie unterschichteten das soziale Gefüge und boten dadurch einem Teil der Arbeiterbevölkerung (Einheimischen oder schon länger im Land lebenden Zuwanderern) Aufstiegschancen.

Zirka 95 (später 90) Prozent der jugoslawischen und türkischen Beschäftigten in Vorarlberg gehörten dem Arbeiterstand an, wobei der Anteil ungelernter und angelernter Arbeiter(innen) dominierte. Facharbeiter(innen)-Anteile gab es in den einzelnen Branchen im Ausmaß von maximal fünf bis 15 Prozent; die Angestellten waren eine verschwindende Minderheit unter den GastarbeiterInnen.(11)

Eine aktuelle Statistik zeigt, daß sich an der Konzentration der GastarbeiterInnen in Industrie, in Bau- und Gastgewerbe, somit in Berufen mit niedrigem Sozialprestige, wenig geändert hat.

Anteile der bewilligungspflichtigen ausländischen ArbeitnehmerInnen in den wichtigsten Branchen per Juli 1994 (12), AusländerInnen-Anteil per Ende Juli 1994: 15 Prozent

über dem Landesschnitt von 15,0 %		unter dem Landesschnitt von 15,0 %	
Bekleidung, Leder, Schuhe	42,3 %	Geld, Kredit, Versicherungen	0,8 %
Textil	40,0 %	Unterricht und Forschung	1,3 %
Gastgewerbe	30,5 %	Rechts- u. Wirtschaftsdienste	1,4 %
Baugewerbe	24,4 %	öffentl. Dienst, Sozialvers.	1,5 %
Papier und Pappe	23,0 %	Verkehr und Nachrichten	3,6 %
Chemie, Kunststoffe	21,8 %	Gesundheit und Fürsorge	6,0 %
Holzbe- und -verarbeitung	21,4 %	Handel	6,7 %
Körperpflege, Reinigung	19,3 %	Druckerei, Vervielfältigung	7,9 %
Metallbe- und -verarbeitung	18,7 %		

Resultierend aus der Sozialstruktur der Gastarbeiter(innen) sowie ihrer gesellschaftlichen Position und Wohnsituation, traten sie in den ersten Jahren/im ersten Jahrzehnt – mit Ausnahme von Kontakten zu BehördenvertreterInnen, Chefs und Vorgesetzten, Wohnungsvermittlern und –vermietern – fast ausschließlich in Kontakt und in Kommunikation mit inländischer Arbeiterbevölkerung, mit Unterschichten und Randgruppen, in der Arbeitswelt und im Wohnbereich.

Am Arbeitsplatz kam es selten zu intensiveren, geschweige denn freundschaftlichen Kontakten. Aber immerhin – oder notgedrungen – mußten sich die inländischen Arbeitskolleg(inn)en mit ihren ausländischen Kolleg(inn)en abfinden und auseinandersetzen, zumal die Aufnahme von GastarbeiterInnen im Betrieb keine infrastrukturellen Änderungen nach sich zog; es kam weder zur Separierung von Personalräumen, noch gab es Umbauten bei Wasch- und Toiletteanlagen. „Im wesentlichen wurden Anpassungsprobleme (in den Betrieben) zwischen In- und Ausländern und innerhalb der Ausländergruppen in den siebziger Jahren ausgefochten und gelöst.“(13)

Jene, die mehr Kontakte zu den Neuzuwanderern hatten und mit ihnen Arbeits- und Lebensräume teilen mußten, konnten unter Umständen von der Zuwanderung profitieren. Ihre berufliche Besserstellung wurde vom Kommen und Bleiben der Gastarbeiter (mit)bestimmt. Die sechziger und siebziger Jahre waren jene Zeit, in der auch Innerösterreicher(innen) begannen, in Vorarbeiter- und Meisterpositionen vorzurücken; am Bau eröffnete sich der Aufstieg zum Polier. Die Innerösterreicher(innen) konnten – mit der Ankunft der „neuen Fremden“ – als Gruppe der sozialen Ächtung entkommen.(14)

Die „neuen Fremden“ boten viel breitere Projektionsflächen und konnten zudem, aufgrund ihres Ausländerstatus, viel problemloser auf Distanz und ganz unten gehalten werden. Die alte Landesbürgerschaft hatte als Ausgrenzungsinstrument gegen „inländische Fremde“ ihre Wirksamkeit eingebüßt, dagegen ermöglichten die Ausländergesetze, Trennlinien gegen die „richtigen Fremden“ zu ziehen.(15) Mit einem System von sozialrechtlichen Benachteiligungen wurden die AusländerInnen auf der untersten Stufe der beruflichen Sprossenleiter festgehalten, in Krisenzeiten konnte man sich ihrer leicht entledigen. Bereits 1974 wurden die „überflüssigen“ AusländerInnen mitsamt „unserer“ Arbeitslosigkeit kurzerhand auf den Balkan transferiert.

Auch eine lange Anwesenheit in Vorarlberg/Österreich, sowie der Nachweis einer ordentlichen Arbeitsbiographie (acht Jahre Aufenthalt, fünf Jahre Beschäftigungsnachweis) gab GastarbeiterInnen wenig Aufenthaltssicherheit. Die am Arbeitsmarkt „gleichgestellten“ BefreiungsscheinbesitzerInnen konnten durch Langzeitarbeitslosigkeit ohne weiteres in eine abschubbedrohte Existenzlage abdriften.(16)

Im wirtschaftlich prosperierenden Vorarlberg mit einem Überangebot an Arbeitsplätzen waren jugoslawische und türkische GastarbeiterInnen weder um ihre Jobs, noch um ihre unsicheren Lebenszusammenhänge zu beneiden. Der soziale Friede wurde selten durch harte Verteilungskämpfe gestört. Im Ernstfall wurde den InländerInnen deutlich gemacht, „wer zuerst kommt“. Abwertung, Demütigung, Ausschließung und Benachteiligung von GastarbeiterInnen hat es immer gegeben, die Ausbildung und Ausbreitung aggressiver Fremdenfeindlichkeit wurde durch die günstigen Verhältnisse aber gebremst.

Diese „Liberalität“ wird auch durch Umfrageergebnisse bestätigt. So vertraten 1978 gleich 93 Prozent der Befragten die Meinung, daß GastarbeiterInnen für gleiche Arbeit gleich gut entlohnt werden sollen; 85 Prozent sprachen sich für das Halten des damaligen Gastarbeiterstandes aus (zirka 20.000); nur 14 Prozent wollten alle nach Hause schicken. Zur Zeit der Umfrage herrschten Hochkonjunktur und ideale Beschäftigungsverhältnisse mit einer Arbeitslosenrate von 0,4 Prozent.(17)

Eine andere Umfrage zum Schulsystem – durchgeführt 1982 – liefert weitere Analyse Kriterien.(18) Immerhin sprachen sich 60 Prozent der interviewten VorarlbergerInnen für gleiche Bildungschancen für in- und ausländische Kinder aus. Nur 35 Prozent waren aber bereit, die Umsetzung dieser Gleichheit in Integrationsklassen zu tolerieren; etwa ein Drittel forderte die Separierung der Kinder, 23 Prozent wollten die bedingungslose Abschiebung der Ausländerkinder in die Herkunftsländer.

So dominierte in Vorarlberg trotz hoher AusländerInnenzahlen eine relative Toleranz gegenüber GastarbeiterInnen, und zwar dann, wenn sie die ihnen zugewiesenen, zugestandenen Gesellschaftspositionen und Funktionen einnahmen und ausfüllten, die Grenzen beachteten und nicht verletzten. Für die erste Generation gab es kaum berufliche Aufstiegsmöglichkeiten. Höchstens dort, wo die Gesellschaftsdynamik Lücken entstehen ließ, wurde einigen ein Vorrücken gewährt. Gegen-

über der zweiten und dritten Generation, den Gastarbeiter-Kindern – den potentiellen Aufsteigern von morgen – verengt/e sich bereits das „Vorarlberger Herz“. (19)

Grundsätzlich wurde und wird eine weitgehende Trennung der Lebenswelten verlangt. Dieses Distanz-Halten – das Herstellen einer gemäßigten Apartheid – war allerdings durch Siedlungs- und demographische Strukturen nicht ohne weiteres möglich. Wenn auch nur ein kleinerer Teil der Bevölkerung direkte Alltagsbegegnungen mit GastarbeiterInnen hatte, so waren die GastarbeiterInnen in Vorarlberg – beispielsweise im Vergleich zu Wien, um eine Vergleichsregion mit ähnlichen Anteilen heranzuziehen –, durch die kleinstädtische und ländliche Struktur „sichtbarer“, auch für Schichten und Bevölkerungsgruppen, die keine unmittelbaren Kontakte zu ihnen hatten. Doch unabhängig von den unterschiedlichen Strukturgegebenheiten, in Vorarlberg wie in Wien, übertraf die subjektive Wahrnehmung einer hohen Ausländerkonzentration im eigenen Wohnviertel die tatsächlich gegebene bei weitem. (20)

In kleineren Gemeinden und Städten waren Ghettoisierung und Verbannung der Gastarbeiterfamilien in deutlich abgegrenzte Unterschicht-Viertel nicht immer möglich. Aber auch dort erfolgte deren Konzentration in Wohnungen und Häusern mit schlechter Bausubstanz, häufig in Gebieten mit gering entwickelter Infrastruktur.

Im schulischen Bereich erfolgte nur begrenzt eine Segregation. Zum einen war sie in kleineren Städten und im ländlichen Raum – durch die geringe Anzahl an Klassen(zügen) – kaum möglich. Zum anderen wurden, nach ersten Startschwierigkeiten, gerade im Schulbereich intensivere Integrationsmaßnahmen gesetzt. So entstanden vor allem in Volks- und Hauptschulen gemischte, multikulturelle Gesellschaften. Im Schuljahr 1993/94 betrug an Vorarlberger Pflichtschulen der durchschnittliche Anteil von SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache 17,5 Prozent; manche Schulen „klagten“ über Ausländeranteile von 20 bis 45 Prozent. (21)

Dagegen findet in Groß- und größeren Städten bereits in der Volksschule eine partielle Trennung der SchülerInnen statt. Sie erfolgt nicht gezielt und nicht zwischen In- und AusländerInnen, sondern „zwangsläufig“, durch – entlang von Wohn- und Schulsprengeln verlaufenden, wenn auch nicht immer ganz exakten – Schichten- und Milieugrenzen.

In weiten Teilen Vorarlbergs besuchen – anders als in Wien – eine überdurchschnittliche Anzahl von Mittelschichtkindern die Hauptschulen. Somit ist die Trennung von Milieus und Schichten auch im Bereich dieses Schultyps in Vorarlberg geringer als in Wien oder anderswo in Österreich. In manchen Schulen und Schultypen sind Ausländerkinder allerdings deutlich überrepräsentiert, zum Beispiel in Sonderschulen und in Polytechnischen Lehrgängen. Hierbei weicht Vorarlberg nicht von Wiener oder österreichischen Durchschnittstrends ab.

In den letzten Jahren rückten die GastarbeiterInnen den Einheimischen oder den sich mittlerweile „Einheimisch-und-Zugehörigführenden“ etwas näher. Wie die folgende Tabelle zeigt, ist aber auch die zweite und dritte Generation von Bildungsaufstiegen und sozialer Gleichstellung noch sehr weit entfernt.

GesamtschülerInnen-Zahlen/SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache im Schuljahr 1994/95 (22):

Schulart	Gesamtschülerzahl	davon mit nichtdeutscher Muttersprache	%	Maturanten	davon mit nichtdeutscher Muttersprache	%
Pflichtschule	35.600	6.244	17,54			
Berufsschulen	6.477	428	6,61			
BMS	3.066	291	9,49			
AHS	6.791	219	3,22	595	17	2,86
BHS	3.666	204	5,56	609	24	3,94
	55.600	7.386	13,28	1.204	41	3,41

2.3. (Versuchte) Integrationsmaßnahmen und Folgen

Die Ausrichtung beider Seiten auf ein Provisorium, die Einstellung der Gastgesellschaft auf eine rotierende, kaum konsumierende Arbeiterpopulation, hatte auf alle begleitenden Maßnahmen und Einrichtungen zunächst verzichten lassen. Bei einem längeren Aufenthalt zeigten GastarbeiterInnen trotzdem ein erstaunliches Anpassungsvermögen. Vielen Einheimischen ging die Integration sogar zu schnell, sodaß auf verschiedenen Ebenen eher gebremst, denn gefördert wurde. Gesetzte Integrationshilfen sollten das Zusammenleben mit den Fremden erleichtern; viele Konzepte und Maßnahmen beinhalteten aber die Intention, die Rückkehr- und Heimatorientierung der GastarbeiterInnen wach und lebendig zu halten.



Islamische Koranschule in Hohenems (1992).

(Foto: Nikolaus Walter)



Die Bildungschancen türkischer Kinder hängen nicht nur vom Elternhaus ab, sondern oft auch vom Schulstandort. Neben Schulen, in denen ausländische Kinder nur „mitgenommen“ werden, gibt es an etlichen Standorten gezielten Förderunterricht wie hier in der Volksschule Brederis.

(Foto: Nikolaus Walter)

Entgegen dem Vorwurf der Nicht-Integrierbarkeit beziehungsweise der Integrationsverweigerung gewöhnten sich ausländische Familien an das Leben der Mehrheitsbevölkerung, nicht nur was die partielle Anpassung an niedrigere Geburtenraten oder das Absinken der Erwerbsquote anlangte. Auch Konsumgewohnheiten, Wohn- und Heimkultur wurden übernommen oder angestrebt. Voraussetzung war allerdings eine längerfristige Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeit, die Möglichkeit zum Ehe- und Familienleben und die Verbesserung der finanziellen Situation. Arbeits- und Lebensformen (Berufstätigkeit beider Elternteile), Wohnverhältnisse, Emanzipationsvorstellungen und –versuche auch von Gastarbeiterinnen, Konsumorientierung et cetera hatten/haben Präferenzen für die Kleinfamilie entstehen lassen. Bei JugoslawInnen begann diese Entwicklung früher und ist schon weiter vorangeschritten.

Seit den siebziger Jahren wurden GastarbeiterInnen – mit einem doppelten oder mehrfachen Familieneinkommen – auch als KonsumentInnen interessant und damit als neue Zielgruppe entdeckt, teilweise sogar schon umworben.(23) Mit der stärkeren Teilhabe am Markt mehrten sich die Nahtstellen – die Kontakte und Berührungsf lächen – zur übrigen Bevölkerung.

Auf Dauer konnte in einigen Lebensbereichen nicht auf Kommunikations- und Verständigungshilfen sowie auf Betreuungseinrichtungen verzichtet werden (zum Beispiel im Straßenverkehr: AusländerInnen waren an Verkehrsunfällen extrem überrepräsentiert).(24) Sie bildeten schließlich die Ansätze und Aufhänger für diverse Integrationshilfen und –maßnahmen. Eine systematische oder zumindest eine breiter gestreute Ausstattung mit Dolmetschern, Übersetzungsbehelfen (zum Beispiel in Krankenhäusern) und Sprachkursen – zur Bewältigung von Alltag und Arbeitswelt – liefen ab Beginn der siebziger Jahre an. Davor waren Sprach- und Eingewöhnungsprobleme mit alltagspraktischen, primitivsten Methoden bewältigt worden, hatten zeitweise sowohl Gastarbeiter(innen), aber auch Vorgesetzte, die anderssprachige KollegInnenschaft und andere mit JugoslawInnen und TürkInnen befaßte Personenkreise überfordert.

Es verwundert nicht, daß es die (katholische) Kirche beziehungsweise die Katholische Arbeiterbewegung waren, die erste humanitäre Aktivitäten setzten. Bereits 1969 wurde für eine religiöse Betreuung gesorgt, sodaß JugoslawInnen in fünf Industrieorten des Landes einer Sonntagsmesse in serbokratisch beiwohnen konnten.(25)

Fast zeitgleich wurden Beratungsstellen beim Gewerkschaftsbund und der Arbeiterkammer eingerichtet. War die Politik des Gewerkschaftsbundes in der Ausländerfrage auch ambivalent (Schutz der inländischen Arbeitskräfte vor der ausländischen Konkurrenz, restriktive Zuwanderungspolitik), und wurden die GastarbeiterInnen nur unmittelbar vor den Arbeiterkammerwahlen „interessant“ (da gab es auch serbokroatisch und türkisch sprechende Wahlredner), hat das Gastarbeiterreferat dennoch von Anbeginn effektive Integrationsarbeit geleistet. Der die Vorarlberger Arbeiterkammer dominierende ÖAAB redete in der Kammer zumeist einer anderen Gastarbeiterpolitik das Wort als in anderen Parteigremien.(26)

1971 wurde unter finanzieller Beteiligung von Industrie, Mittel- und Kleinbetrieben die Österreichisch-Jugoslawische Gesellschaft gegründet. Erklärter Zweck: „Die leichtere Überwindung von Anpassungs- und Integrationsproblemen von ausländischen Arbeitskräften“. Es folgte die Etablierung von einigen DolmetscherInnen im Land. In größeren Betrieben starteten Sprachkurse in Serbokroatisch und Slowenisch für VorarbeiterInnen und Meister. Parallel dazu wurde das türkische Pendant mit entsprechenden Einrichtungen gegründet. Heute sind beide in der „Gesellschaft für ausländische Arbeitnehmer“ vereinigt und werden vom Land mitfinanziert.

Ab 1973 öffnete sich der Rundfunk mit einem bescheidenen Programm: Dreimal wöchentlich je fünf Minuten gab es Gastarbeiter-Informationen; drei Jahre später – 1976 – bekam jede Gruppe ihre Zeitschrift. Mehr Anlaufzeit benötigte die Bereitstellung eines Kultur- und/oder Freizeitprogramms. Nahezu „unüberwindliche Schwierigkeiten“ – so können wir erfahren – bereitete der Aufbau eines regelmäßigen jugoslawischen Filmprogramms.(27)

Am Höhepunkt der Zuwanderung – 1972 – setzten die größeren Firmen zusätzliche Aktivitäten und traten ab und zu sogar als Gastgeber auf: „F. M. Hämmerle lud ihre 730 Gastarbeiter zu einem Unterhaltungsabend in die Messehalle ein – 600 kamen!“ (28) Ab 1978 konnten sich GastarbeiterInnen in größeren Betrieben in Sprechstunden „ausprechen“.(29)

Ein 1978 nach deutschem Muster in Vorarlberg gegründeter türkischer Integrations-Arbeitskreis definierte sein Ziel klar als relativ einseitige Unterordnungsleistung:

„Im Bewußtsein, in Österreich Gast zu sein (Gastarbeiter), wollen sich die Türken auch wie solche benehmen. In gemeinschaftlicher Arbeit soll das kulturelle und sittliche Bewußtsein gehoben werden. Einheimische und Gastarbeiter sollen friedlich nebeneinander leben und einander respektieren können.“(30) Der Gründungsversammlung in Lustenau hatten 300 Vorarlberger Türken beigewohnt.

Aufgesucht und in Anspruch genommen wurden alle Beratungs- und Betreuungseinrichtungen: Angefangen beim Gastarbeiterreferat von Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund, den Einrichtungen vom „Verein zur Betreuung von Ausländern“ oder jener der Diözese; 1985 kam noch die Beratungsstelle der Arbeitsmarktverwaltung hinzu (seit 1994 Arbeitsmarktservice).(31) Neben der sozialrechtlichen Beratung und Betreuung, dem Angebot von Sprachkursen (sie stießen auf weniger Interesse) und Übersetzungshilfen, wurden vor allem – auf Männer abgestellte – Freizeitangebote angenommen. Die nach und nach geschaffenen „eigenen“ Fußballvereine fanden den meisten Zulauf.(32)

Finanziert wurden/werden die diversen Integrationseinrichtungen von der öffentlichen Hand (Land, Bund, Gemeinden), von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, aber auch durch Private.(33)

Als die Bildungsprobleme und -bedürfnisse der türkischen und jugoslawischen Kinder immer deutlicher zutage traten, mußte sich das Land dem Schulproblem stellen. 1978 erfolgte eine Anweisung des Vorarlberger Landesschulrates, Förderungsunterricht in Deutsch beziehungsweise Vorbereitungsklassen einzurichten.(34) Schon vor dieser generellen Regelung hatte sich die Diözese Feldkirch der Lernhilfe für Gastarbeiterkinder angenommen; von dieser Seite kamen partiell Anregungen und Druck. In den letzten Jahren ist zudem die „multikulturelle Lehrerfortbildung“ forciert worden.

Neben der Einstellung der Kinder auf den allgemeinen Schulunterricht lag allen Verantwortlichen der muttersprachliche Zusatz-Unterricht besonders am Herzen – ergänzt durch Geographie und Landeskunde mit Lehrpersonal aus den entsprechenden Herkunftsländern, verstanden als unabdingbare Rückkehrvoraussetzung.(35) Parallel dazu wurde für den Religionsunterricht gesorgt. Heute gibt es acht vollbeschäftigte islamische Religionslehrer (mit einem Gesamtausmaß von 200 Wochenstunden); um SlowenInnen, KroatInnen und SerbInnen kümmern sich zwei katholische und ein serbisch-orthodoxer Priester. Das Zugeständnis zur Errichtung von Moscheen in allen Orten mit

höheren türkischen Bevölkerungsanteilen mußte – wohl oder übel – gemacht werden.

Die Etablierung von einigen Gemeinde-Ausländerausschüssen, die Durchführung von Pilotprojekten zunächst in zwei Gemeinden zur „gemeindenahen Gastarbeiterbetreuung“, oder aber auch die Erstellung einer eigenen Jugendstudie, sind Produkte der letzten Jahre, und sie sind vor allem unter dem Druck und Eindruck des Ausländervolksbegehrens und der befürchteten Zunahme ausländerfeindlicher Tendenzen zustande gekommen. Daneben hat eine teilweise schon frühere Zurkenntnisnahme der realen Verhältnisse die Maßnahmen vorangetrieben. Zum Beispiel in Hohenems, einer Stadt mit zirka 12.000 Einwohnern, heute eine „kleine Türkenmetropole“: Ein Fünftel der HohenemserInnen hat einen fremden Paß, in den Pflichtschulen beträgt der Anteil der Gastarbeiterkinder 30, in den Sonderschulen 50 Prozent. In Hohenems wurde 1991 das „Modell GastarbeiterInnen-Ausschuß“ entwickelt.(36)

Dagegen sind die in den letzten Jahren verstärkt gesetzten Aktivitäten zur Integration und Förderung von Angehörigen der zweiten und dritten Generation in Lehrberufen (Deutsch-Intensivunterricht, Berufsvorbildung et cetera) in hohem Ausmaß auf Bedarfserhebungen am Arbeitsmarkt zurückzuführen.(37) Der gegenwärtige und zukünftig zu erwartende Mangel an inländischen Lehrlingen hat die bisherigen Benachteiligungen der Ausländerkinder bei der Lehrstellen-Vermittlung zwar nicht außer Kraft gesetzt (sie können erst dann eine Stelle bekommen, wenn alle InländerInnen versorgt sind), Gastarbeiter-Jugendliche haben heute aber bessere Chancen, in einem Lehrberuf unterzukommen.

Begleitendes Motiv aller Integrationsbestrebungen der jüngeren Zeit war und ist – im „türkisch dominierten Vorarlberg“ – die Angst vor einer Zunahme und mehr Einfluß von islamischen Fundamentalisten.

2.3.1. Informationskampagne: „Kultursprünge“

Im Jahr 1991, als die gegenwärtigen und zukünftigen weltweiten Flucht- und Migrationsprobleme nicht mehr zu übersehen waren, als auch in

Zentraleuropa die Ausländerfeindlichkeit bedrohlich anstieg und zum politischen (populistischen) Instrument wurde, installierte der Kulturausschuß der Vorarlberger Landesregierung die „KultUrSprünge“. Dieses, vom Ehrgeiz und Aufklärungswillen seiner InitiatorInnen und AktivistInnen getragene, umfangreiche Projekt, wollte all das nachholen, was bis dahin im Land versäumt worden war. Das waren:

- (Multi-)Kulturelle Nachhilfe: das Vertrautmachen der „Einheimischen“ und der unterschiedlichen AusländerInnengruppen mit den im Land existierenden Kultur- und Lebensformen.
- Förderung von Kontaktaufnahmen; Einrichtung von Orten und Begegnungsstätten für ein tatsächliches Zusammenleben.
- Bewußtseinsbildende Maßnahmen zwecks Verbreitung der Tatsache, daß Vorarlberg ein Einwanderungsland war und ist.
- Bewußtseinsbildung und Aufklärung über Ausländerfeindlichkeit, über Ausländergesetzgebung und Diskriminierungen.
- Intensive Förder- und Integrationshilfen für GastarbeiterInnen beziehungsweise Bereitstellung derselben für andere Ausländergruppen.
- Bildungs- und Weiterbildungsaktionen vor allem für die zweite und dritte Generation; Sprachkurse – vor allem – für die erste Generation.
- Einbeziehung und Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen, aller in Politik und Wirtschaft Verantwortlichen in die Aktivitäten.

Die „KultUrSprünge“ waren das erste landesweite Kulturprojekt mit thematischer Zielsetzung, ausgestattet mit einem Sonderbudget und einer neu geschaffenen personellen und administrativen Struktur, initiiert und getragen von AkademikerInnen und Kulturschaffenden. Innert zwei Jahren wurden 150 Projekte und Veranstaltungen angeregt, unterstützt und durchgeführt. Ergänzt wurde diese Informationskampagne durch die Zeitschrift „KultUrSprünge“, insgesamt neun Nummern mit einer Auflage von über 10.000 Exemplaren. Tatsächlich kam einiges in Bewegung und an die Oberfläche.(38)

Verhindern ließen sich nicht bestimmte Unausgewogenheiten und Einseitigkeiten, sowohl was die aufgegriffenen Themen, die behandelten Gruppen als auch die erreichten Zielgruppen betraf. Während beispielsweise Informationen über TürkInnen überwogen und sich auch eine kleine türkische Elite aktiv am Geschehen beteiligte, waren „jugoslawische“ Themen und AkteurInnen kaum präsent. Partiiell wurden

durch eine Überhöhung des Ethnischen neue beziehungsweise festere Grenzen gezogen.

Verhindern ließ sich nicht – und auch nicht im Laufe der Zeit verändern –, daß die tragenden Säulen und aktiv Agierenden (InitiatorInnen, OrganisatorInnen, ReferentInnen) aus der deutschsprachigen Mehrheit dominierten. Deutlich wurde zudem, daß die Integration von Männern schon weiter vorangeschritten ist als die von Frauen und Mädchen. Durch die „KultUrSprünge“ wurden aber auch – mit Unterstützung von Frauenreferaten – Impulse für feministische Arbeitskreise und Initiativen gesetzt.(39)

Verhindern ließ sich zudem nicht, daß sich die Wirtschaft fast ganz auskoppeln konnte. Zwei spezifische Veranstaltungen kamen zwar zur Durchführung (zwei Workshops zur interkulturellen Mitarbeiterführung), bei den übrigen Diskussions- und Informationsrunden blieb der Platz der Wirtschaft zumeist leer. Durch Desinteresse und Absenz von wichtigen Repräsentant(inn)en der Gesellschaft, blieben die KultUrSprünge vor allem als kulturelles „Ereignis“ von Bedeutung.(40)

Und verhindern ließ sich schließlich nicht, daß das Projekt nach Ablauf der zugestandenen Frist – das heißt nach zwei Jahren, per Jahresende 1993 –, wieder eingestellt wurde. Der Projektverantwortliche, Kulturlandesrat Dr. Guntram Lins, bezeichnete sein Ziel, „das Thema auf's Tapet zu bringen“, als erreicht. Für noch offene „Anliegen“ konnte er sogar weitere Budgetmittel für 1994 zusagen.(41) Faktum war aber, daß die Servicestelle samt ihren Aktivitäten im dritten Jahr aufgelassen wurde und an eine längerfristige, zusätzliche finanzielle Unterstützung von Integrationsmaßnahmen – über Information und Annäherung – nicht gedacht war.

War das Projekt auch nur ein – einmaliges – Zugeständnis an Intellektuelle und kulturelle AktivistInnen gewesen, so hatte es dennoch in einer „brenzligen“ Situation eine wichtige Feuerwehrfunktion zu erfüllen. Das Ausländervolksbegehren war im Januar 1993 für das Land „gut“ ausgegangen. Die Befürchtungen einer höheren Beteiligung hatten sich nicht bestätigt. Auch vor „deutschen Zuständen“ (Mölln, Solingen) war das Land „weitgehend“ verschont geblieben. Hatte es auch keine Todesopfer unter den GastarbeiterInnen aufgrund von Brandanschlägen gegeben, so war es im Jahr 1993 zu einer erschreckenden Serie von Vorfällen gekommen. Eine Reihe von Wohnungen und Häusern brannte komplett aus; daneben gab es Überfälle mit Molotowcocktails

sowie Zerstörungsakte gegen türkische Moscheen. Die Ursache „Brandstiftung“ wurde zumeist bald diagnostiziert, über Täter, Festnahmen und Folgen (gemeint sind auch Wiedergutmachungsaktionen für die Betroffenen) war dagegen kaum etwas zu hören. Mit der Abnahme der Häufigkeit von Bränden schiefen partiell Betroffenheit und die Bereitschaft zu Präventivmaßnahmen ein.(42)

Daß das Projekt „KultUrSprünge“ gestattet, gefördert und finanziert worden war – um Schlimmes abzuwehren, und den sozialen Frieden im Land zu erhalten –, ist nicht unterzubewerten oder abschätzig abzutun. Daß das Projekt aber – oder zumindest Teile davon – nicht als fixes Integrationsprogramm weitergeführt wurde, verweist einmal mehr auf die gesellschaftliche Position von GastarbeiterInnen und AusländerInnen. Als Gruppe von Nicht-Wahlberechtigten (nehmen wir das aktive Arbeiterkammer-Wahlrecht einmal aus) hatten und haben sie in der Gesellschaft keine Macht und keine Stimme, kein politisches Instrument, weder zur Anmeldung, geschweige denn zur Durchsetzung ihrer Interessen.

2.4. Exkurs: Ethnische Separierung, Re-Ethnisierung – oder: Multi-Ethnizität ein Phänomen der späten achtziger Jahre?

Über das Aufflammen der offenen Nationalitätenkonflikte Ende der achtziger Jahre und schließlich, spätestens seit 1991, mit deren Übergang in den brutalen, fanatischen Krieg in Ex-Jugoslawien, zeigten sich auch ExpertInnen überrascht. Ganz gleich, ob in Befürwortung oder in Gegnerschaft zum real-existierenden, gemäßigt jugoslawischen Sozialismus, herrschte die Meinung vor, daß im Tito-Jugoslawien, aber auch in der Nach-Tito-Ära, in hohem Ausmaß die Einebnung alter Konflikte und ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Ethnien (Nationalitäten) realisiert worden war, sodaß die Herausbildung einer relativ homogenen jugoslawischen Bevölkerung beziehungsweise einer jugoslawischen Identität voranschreitet. Als Indizien dafür galten das Neben- und Miteinander in den ethnisch-religiös gemischten Städten und Regionen – und vor allem die gemischten Familien.



Nicht wenige VorarlbergerInnen haben das Bedürfnis, die türkische Kultur kennenzulernen. In Altstadt fand im Jahre 1994 ein Kurs statt, in welchem ÖsterreicherInnen in die türkische Küche eingeführt wurden.

(Foto: Nikolaus Walter)



Junge türkische Frauen in Götzis bei traditioneller Küchenarbeit in neuer Umgebung (1992).

(Foto: Nikolaus Walter)

Sogar noch der Kampf Sloweniens um seine Unabhängigkeit ließ sich in dieses Denkschema pressen. Zu klar lagen hier die rein wirtschaftlichen Interessen des Nordens auf der Hand, aber auch die sprachlichen Unterschiede spielten als Argument eine Rolle. Rein von der Topographie her, der kaum oder nur gering gegebenen „Vermischung“, ließ sich die Ablösung ohne national/istisch/e Affekte und Grabenziehungen erklären. Slowenien hat sich am glimpflichsten von dem von Tito mit eiserner Hand zusammengehaltenen Staatsgebilde getrennt. So sind die Grenzen seiner Republik „mit den ethnischen Grenzen fast identisch, was man für die übrigen Republiken und einstigen autonomen Gebiete nicht sagen kann“. (43)

Die Analyse, daß über handfeste Machtkämpfe ethnische Konflikte produziert worden sind, besitzt Plausibilität. Eine (er)neue(rte) Feindschaft zwischen Kroaten und Serben und schließlich den Bosniern war geschürt worden und in Anknüpfung an historische Stränge wurden nationale/ethnisch-religiöse Gegensätze als unüberwindlich deklariert. Sind es aber wirklich so plötzliche Eruptionen – ausschließlich von einer korrupten Machtpolitik (re)aktivierte, teilweise künstlich produzierte Abgrenzungen und gegenseitige Ablehnungen oder wurde nicht vielmehr durch geschickte Manipulation die unter der Oberfläche liegende konfliktträchtige multiethnische Schicht freigesetzt?

Innerhalb der Gastarbeiter-Gesellschaften konnten noch zu Zeiten des Tito-geeinten Jugoslawien Unstimmigkeiten und Ressentiments vor allem zwischen Kroaten und Serben beobachtet werden. Unter der ersten Generation in den sechziger Jahren, also unter jenen Zuwandern, die im besonderen von diesen Strukturen – aber auch den Kontinuitäten und Brüchen zu den davorliegenden Systemen – geprägt und sozialisiert worden waren, war dieses Phänomen der gegenseitigen Ablehnung zu beobachten. Mag sein, daß es sich um bereits abgeschliffene (reduzierte) nationalistische/ethnisch-religiöse Traditionen handelte, deren abflachende Tendenz durch die besondere Situation der Migration unterbrochen wurde und statt dessen in die gegenteilige Richtung ausschlug. Vielleicht hat auch die „neue Freiheit“ die Schleusen dazu geöffnet, waren sie doch Titos eiserner Hand entkommen.

Milo Dor, der österreichische Schriftsteller mit „jugoslawischem Ursprung“, sucht Erklärungen für die „nationalistische Welle“ sowohl in den tiefverwurzelten, nationalen Kontinuitäten, als auch in einer bewußten Re-Ethnisierung der Gesellschaft: „Das waren ja National-

kommunisten, die waren zuerst Kroaten und dann Kommunisten, zuerst Serben und dann Kommunisten. Und so war das in allen Ländern. Merkwürdigerweise waren die einzigen, die so jugoslawisch gedacht haben, und zwar bis zuletzt, verbissen bis zuletzt, die Bosnier, daß das für sie die einzige Rettung ist, weil sie nämlich diese drei großen nationalen Einheiten haben, die sie nicht unter einen Hut bringen können ...“(44) Nach Milo Dor sind auch zahlreiche „jugoslawische“ Intellektuelle in das nationalistische Fahrwasser geraten, „... viele haben sogar diese nationalistische Welle vorbereitet, aus Opposition zum Kommunismus oder zu den Resten des Kommunismus.“(45) Auch der Zagreber Dramatiker Slobodan Snajder vermutet, daß eine Mehrheit der Intellektuellen mitgemacht hat, „sicher nicht den Krieg, aber national saubere Staaten“ wollte.(46)

Dieses Faktum der schlummernden oder andere Identitäten überlagernden nationalistischen Gefühle innerhalb der jugoslawischen Bevölkerung (47), zählte zu einem frühen, zumindest unter der Hand weitergegebenen Wissen von (Vorarlberger) Unternehmern oder anderen mit jugoslawischen Gastarbeitern „befaßten“ Personen und Institutionen. Sowohl im Arbeits- als auch im Wohnbereich galt es als empfehlenswert, eine besondere Segregation oder eine von spezifischen Interessen geleitete Separierung beziehungsweise Mischung zumindest von Kroaten und Serben zu beachten. Diese wurden (später) noch ergänzt um besondere Ordnungs- und Aufteilungskriterien zwischen den Großgruppen Jugoslawen und Türken; hier unter Umständen nochmals aufgesplittert nach Türken und Kurden. (5.000 bis 7.000 der Vorarlberger TürkInnen sind KurdInnen aus Ostanatolien.)(48)

Daß Differenzen innerhalb der innerjugoslawischen Gastarbeitergesellschaft vor allem durch die Anfangssituation der Zuwanderung mit ausgelöst wurden – durch das Hineinpferchen der als Untermenschen behandelten Gastarbeiter nicht nur in den Arbeitsschichtbetrieb, sondern in zum Teil im Schichtbetrieb vergebene Massenschlafquartiere bei paralleler Verweigerung jedweder gesellschaftlicher Freizeiträume –, und daß das mediale und propagandistische Ausschlachten der dadurch geförderten beziehungsweise heraufbeschworenen Auseinandersetzungen und Handgreiflichkeiten („Messerstechereien zwischen Serben und Kroaten“), die Situation noch zugespitzt haben, ist ein Faktum.

Das andere Faktum ist aber, daß bei einem Teil der Zugewanderten Ressentiments vorhanden und abrufbar waren. Das konnte soweit

gehen, daß Kroaten und Serben sich weigerten, Unterkünfte oder unmittelbare Arbeitsplätze mit den jeweils anderen Gruppenzugehörigen zu teilen. Sie taten dies trotz der im allgemeinen gering gegebenen Möglichkeit, Wünsche und Bitten zu artikulieren oder zu deponieren, geschweige denn einfordern zu können.(49)

Im Wohnbereich wurde dieser Umstand nach und nach berücksichtigt, zumal etwas bessere Wohnmöglichkeiten bald notwendig wurden, und zwar als Lockmittel gegen die einsetzende Abwanderung der ausländischen Arbeitskräfte in die BRD. Im Betriebssektor, am Arbeitsplatz, konnte dieses Wissen beachtet und auch gezielt instrumentalisiert werden. Zur Auswahl stand zum einen die Möglichkeit der Gruppentrennung zwecks Vermeidung von Konflikten. Eine andere Option – zur Vermeidung der Herausbildung von gemeinsamen Arbeitsplatzinteressen – wurde mit der Zusammenstellung heterogener Arbeitsmannschaften gesetzt. Das dabei praktizierte beziehungsweise damit verknüpfte Ausspielen der einen Gruppe gegen die andere – eine von vornherein gesetzte Gegenmaßnahme zu potentiellen Solidarisierungseffekten – hat sich in der Folge vor allem zwischen Jugoslawen und Türken bewährt.(50)

In zahlreichen Betrieben oder zumindest an bestimmten Arbeitsplätzen wurden sukzessive Jugoslawen gegen Türken ausgetauscht oder von vornherein nur die eine oder andere Gruppe aufgenommen.(51) Mit den großteils erst später zugewanderten – und noch rechtloseren, daher willfähigeren – Türken, funktionierte der Betrieb teilweise besser als mit den an Arbeitnehmerorganisationen interessierteren beziehungsweise im Kommunismus sozialisierten Jugoslawen.(52)

Neben UnternehmerInnen, die sich auf eine nationale Gruppe festlegten, haben andere Betriebe bewußt auf Arbeitskräfte aus beiden Großgruppen zurückgegriffen, um nicht von einem Abgabe-Land abhängig zu sein; „Insbesondere zu Beginn der siebziger Jahre wurden auch Arbeiter der jeweils anderen Nationalität beschäftigt... zu etwa gleichen Teilen... Das war eine Folge aktiver Firmenpolitik, um die Abhängigkeit von einer Nationalität oder Personengruppe zu reduzieren.“ (53)

Die türkischen Arbeitskräfte hätten „eine stärkere Bindung an die Betriebsführung entwickelt als die jugoslawischen. Durch eine schlechtere Ausbildung und geringere Sprachbeherrschung seien sie weniger mobil gewesen. So sei das fast freundschaftliche Verhältnis zwischen tür-

kischen ArbeitnehmerInnen und den ArbeitgeberInnen wohl auch auf die größere Abhängigkeit vom Arbeitgeber zurückzuführen“, reflektierte ein ehemaliger Unternehmer die Situation in seinem Familienbetrieb ab den siebziger Jahren.(54) Andere Erfahrungsträger, Statistiken beziehungsweise Untersuchungen weisen wiederum kaum oder nur geringe Unterschiede in der Dauer der Betriebszugehörigkeit zwischen TürkInnen und JugoslawInnen auf.

Viele Untersuchungen weisen nach, daß TürkInnen noch massiver diskriminiert wurden/werden als JugoslawInnen, und daß sie zudem viel seltener ihre Unzufriedenheit über erlittene Benachteiligungen äußern. Während sich die erste Generation hinter Verständigungsproblemen verschanzen konnte, Diskriminierungen tatsächlich nicht bemerkte oder bemerken wollte, hat der Generationenwechsel Veränderungen gebracht. Für die zweite und dritte Generation gibt es diese „Ausrede“ als Selbstschutz nicht mehr.

Zwischen und innerhalb aller Gruppen ist noch die Solidarisierungs- oder/und Trennlinie Geschlecht zu beachten. Dabei funktionierte die schlechte Behandlung von Gastarbeiterinnen durch Gastarbeiter genauso wie die Rivalität zwischen den einzelnen ausländischen Gruppen oder zwischen „Einheimischen“ und Gastarbeitern. Die Bemerkung, „Weiber arbeiten nix gut“, richtete sich zumeist gegen eigene Landsleute oder aber auch gegen andere Ausländerinnen.(55)

Entsprechende Teilbereiche der Gastarbeitergeschichte sind noch kaum wissenschaftlich untersucht. Diese Geschichte ist in hohem Ausmaß eine mündlich tradierte. Es fehlt punktuell die Frühphase, vor allem auch aus sozialhistorischer Perspektive. So blieben Fragen nach innerkulturellen und milieuspezifischen Binnenstrukturierungen ebenso ausgeblendet wie Fragen nach der Vernetzung beziehungsweise dem Miteinander der unterschiedlichen Gruppen oder aber auch Fragestellungen zu Bewußtsein, politischer Einstellung und ethnischer/nationaler Identität.(56)

So gehen beispielsweise auch Untersuchungen zur zweiten/dritten Generation nur marginal auf Beziehungen zwischen JugoslawInnen und TürkInnen beziehungsweise auf Kontakte zwischen den einzelnen nationalen Gruppen ein.(57) Partiiell werden diese Bereiche zwar gestreift oder aber es wird unter Umständen auch ein konfliktfreies Szenario entworfen. Demnach soll es weder Differenzierungen beziehungsweise Differenzen sowohl innerhalb der Jugoslawen als auch zwi-

schen Jugoslawen und Türken gegeben haben; und wenn es sie gab, dann maximal im Phänomen der friedlichen Koexistenz.(58)

Ein anderer wissenschaftlicher Befund über die Ex-JugoslawInnen geht davon aus, daß die in der Heimat bestehenden ethnisch-religiösen (bzw. nationalen) Gegensätze erst im Zuwanderungsland allmählich abgeschliffen wurden und sich eine jugoslawische Identität erst in der Fremde herausgebildet habe. Dieser Befund beinhaltet eine generelle Übereinstimmung mit der eingangs diskutierten Einschätzung beziehungsweise bildet keinen Widerspruch dazu. So analysiert beispielsweise der in Österreich lebende Literaturwissenschaftler Zoran Konstantinovic, daß bei den meisten „Jugos“ erst das Leben in einem anderen Land das Gefühl der Zugehörigkeit zum gesamtjugoslawischen Staat gefördert habe. Konstantinovic äußert sich allerdings pessimistisch für die Zukunft der entstandenen „Jugo“-Gastarbeitergemeinschaften, zumal sie heute den Polarisierungen von außen kaum standhalten könnten:

„Zuerst begannen sich die für den zusätzlichen Unterricht in der Muttersprache bestimmten Lehrer auf Weisung ihrer Republiken zu polarisieren, dann drang der Spaltpilz auch in die Klubs ein. Aber sogar noch in diesem Augenblick kämpf(t)en einige dieser Klubs darum, ihren Zusammenhalt ohne Rücksicht auf ethnische oder konfessionelle Zusammensetzung zu wahren. Ein sicherlich vergebliches Bemühen, denn jene faszinierende Vielfalt der Kulturen, die den besonderen Wert Jugoslawiens in Europa als einer ganz eigenartigen Symbiose darstellte, ist heute unweigerlich vernichtet. Die Millionen Kinder aus 1,5 Millionen Mischehen der letzten Jahrzehnte in Jugoslawien haben heute ihre Heimat verloren. ... Auch unter den Jugos war die Zahl der gemischten Ehen sehr groß. Aber ihr Heimatverlust wirkt sich insofern noch stärker aus, weil sie gerade in der Fremde diese Symbiose vorangetrieben hatten. So müssen sie nun ihre Identität verlieren und anstelle der Jugos werden Arbeitskräfte aus Slowenien, Kroatien, Serbien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien oder dem Kosovo-Gebiet treten. Beide Seiten, sowohl die ehemaligen Jugos als auch ihr Gastland, werden diesen Identitätsverlust nicht ohne Schwierigkeiten überwinden können.“(59)

Ein genereller Entwicklungstrend trifft sicher auf beide Gastarbeitergruppen zu, das heißt auf Zuwanderergruppen, denen geringe Integrationschancen geboten werden. Soziale und staatliche Diskriminierung lösen fast zwangsläufig eine reaktive Ethnisierung aus (Stichwort: Re-Ethnisierung oder Ethnogenese in der Fremde). Nationale und staatsbürgerliche Identitäten transformieren zu ethnischen Identitäten und markieren kulturelle Differenzen sowohl zur Zuwanderungsumgebung, als auch zur Herkunftsregion.(60)

Daß die (jugoslawischen) GastarbeiterInnen keine homogene Gruppe waren, sondern vielfach ihre jeweiligen ethnisch-religiösen/nationalen Identitäten mitbrachten und – sofern ihnen eine Möglichkeit dazu eingeräumt wurde – diese auch partiell auslebten, pflegten und transformierten, wurde von Teilen der Gastgesellschaft im Eigeninteresse zwar (aus-)genutzt, interessierte diese darüber hinaus aber nur sehr begrenzt. (Wen interessierte schon, daß unter den jugoslawischen GastarbeiterInnen zahlreiche Roma waren/sind?)

Erstmals Ende der siebziger Jahre, als Familiennachholung und Bleiberechte zunehmend eingefordert – und teilweise auch eingelöst – wurden, mußte sich die Gastgesellschaft der Integration mit mehr Ernsthaftigkeit stellen. Im Falle der Jugoslawen, die ihre Anpassungsleistungen weitgehend „unauffällig und schweigsam erbracht hatten“, blieben multinationale oder multikulturelle Fragen aber weiterhin deren Privatsache.

Erst der Krieg in Ex-Jugoslawien und das Auftauchen der verschiedenen, nicht mehr unter einen Hut zu bringenden, Flüchtlingsgruppen haben dieses Thema neu positioniert und auch die Zuwanderungsgesellschaft damit konfrontiert, zumal seither ein Teil der bisher als „Jugos“ bezeichneten Menschen auf ihrer national exakten Zugehörigkeit beharren. Die Auffächerung von bisher „jugoslawischen“ Vereinen belegt diese Entwicklung.(61)

Etwas anders verlief die Entwicklung bei den Türken. Galten/gelten sie zwar in der Arbeitswelt unter Umständen als die „pflegeleichtere“, und daher beliebtere Gruppe, so hat deren sowohl quantitativ als auch ideologisch stärkere kulturell-religiöse Verankerung im eigenen Milieu die Mehrheitsgesellschaft und eine auch noch so halbherzig betriebene Integrationspolitik schon früher und viel intensiver zur Beschäftigung mit kulturellen und Kultus-Fragen herausgefordert. Schon in den siebziger Jahren mußte man sich mit einer starken rechtsextremen Gruppe

„Grauer Wölfe“ auseinandersetzen; zudem war es notwendig, diversen fundamentalistischen Gruppierungen entgegenzusteuern.(62) Eine tatsächliche, intensivere Auseinandersetzung beginnt aber auch hier erst in den neunziger Jahren.(63)

Nach fast dreißigjähriger Anwesenheit von – und doch wohl auch Erfahrung mit – jugoslawischen und türkischen GastarbeiterInnen im Lande, und angesichts globaler politisch-gesellschaftlicher Entwicklungstrends, kann die langfristige Existenz fremdkultureller Inseln und Netzwerke (ethnic communities) nicht mehr gänzlich ignoriert werden.

3. Reaktionen auf Ausgrenzung und Benachteiligung: Vom Familiennachzug zur dauerhaften Einwanderung

3.1. Ausgrenzung als „Einstandserlebnis“

In den ersten Jahren – verbannt in einen quasi gesellschaftslosen Raum – ohne Kenntnisse von Sprache, Kultur und/oder Mentalität der Wirtsbevölkerung, in einer fast ausschließlichen Konzentration auf ein betrieblich organisiertes Leben, wurde von einem Teil der GastarbeiterInnen – auch in der Heimat an ein schlechtes Leben gewöhnt – Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung nur begrenzt wahrgenommen. Die soziale und kulturelle Umwelt blieb ihnen weitgehend verschlossen, teilweise auch durch eigenes Desinteresse.

Als Abwesend-Anwesende hielten die meisten an ihrer Vorstellung von einem (kurzen) Zwischenspiel, an der Vorstellung eines Provisoriums fest, das einzig und allein aufs Arbeiten und Geldverdienen ausgerichtet sein sollte. Die Umgebung trug das Ihre dazu bei, vollzog eine nahezu perfekte Trennung der Lebenswelten und sperrte die Gastarbeiter von vornherein aus fast allen Gesellschaftsräumen aus, bestätigte und verschärfte das Transitorische dieses arbeitsintensiven Nicht-Lebens.(1)

Das Verharren der Gastarbeiter „Draußen vor der Tür“ im wörtlichen und übertragenen Sinn – Zutritts- und Lokalverbote gab es zur Genüge –, war nur begrenzt eine Reaktion auf ein Nicht-Verstehen der Gastgesellschaft, es war vielmehr bereits eine reagible Antwort auf Ausgrenzung, Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit. Abschottung, gedankliche und religiöse Flucht in die alte Welt, Rückzug in die eigene Gesellschaft und deren Binnenorganisationen, sowie ungebrochene Rückkehrabsichten, sind als typische Reaktionen von Erstzuwanderern auf erlebte, unangenehme Wirklichkeiten zu dechiffrieren (Stichwort: reaktive Ethnisierung).(2)

Ablehnung und Abwertung der Fremden gab es von Anfang an, wenn sich auch die Erscheinungsformen verändert, teilweise radikali-

siert haben. Die gezeigte Ver- und Mißachtung gegenüber sozial schwachen, aus ökonomisch rückständigen Ländern stammenden Menschen war in den Anfangsjahren der Zuwanderung besonders massiv. Sie basierte zum Teil auf der damals noch größeren Armut und Desorientierung der Neuankömmlinge. Aber anders als zu Beginn, erschöpft/e sich verbale Ausländerfeindlichkeit nicht an Stammtischen und in Alltagshandlungen, sondern wurde nach und nach zum Bestandteil der österreichischen Innenpolitik.

Innerhalb der Freiheitlichen Partei ist Ausländerverhetzung nicht erst seit der Haider-Obmannschaft ein Thema. Schon 1973, 1974 – als der Gastarbeiteranteil in Vorarlberg seinen Höhepunkt erreichte und mit der Rezession der Abbau einsetzte –, begannen die gezielten Falschmeldungen über den „Steuerkostenfaktor Gastarbeiter“. Damit wurde eine Gruppe des Mißbrauchs von Sozialleistungen bezichtigt (der Begriff „Sozialschmarotzer“ wurde erst später in Umlauf gesetzt), die von den österreichischen Sozialleistungen entweder ausgeschlossen oder erheblichen Benachteiligungen ausgesetzt war.(3) Die KritikerInnen gingen zudem über den Kreis der Freiheitlichen weit hinaus. Eine in der Mehrheit GastarbeiterInnen ausgrenzende – oder/und ihrem „Schicksal“ indolent gegenüberstehende – Gesellschaft, hat es verabsäumt, rechtzeitig Klarstellungen vorzunehmen und die tatsächliche Kosten-Nutzen-Relation transparent zu machen.(4)

3.2. Familie als Schutzraum und Zweckgemeinschaft

Bereits 1974/75 zeigte sich allerdings auch, daß die GastarbeiterInnen den ihnen zugeschriebenen rechtlosen Objektstatus – beziehungsweise ihre Position als rechtsstaatliche GrenzgängerInnen – nicht unbegrenzt akzeptieren wollten. Deren Lebensplanung und Perspektiven waren ohnehin weitgehend von der Entwicklung des Arbeitsmarktes bestimmt. Dennoch wollten sie zumindest den Rückkehr-Zeitpunkt selbst wählen und nicht von Wirtschaftsflauten des Gastlandes beziehungsweise den Exekutoren entsprechender Wirtschaftskurse zur Heimkehr gezwungen werden.

Eine mögliche Reaktionsform war die Familiennachholung oder Familiengründung. Die damit vollziehbare temporäre Verlagerung des

Lebensmittelpunktes ins Zuwanderungsland bedeutete nicht von vornherein eine unbefristete Aufenthaltsgarantie – auch bei Vorliegen von Befreiungsscheinen wurde selten ein unbefristeter Sichtvermerk zugestanden –, konnte aber eine graduelle Verbesserung der Lebenssituation und eine partielle Absicherung bewirken.(5) Bot der Familienzug auch einen gewissen Handlungsspielraum für subjektive Bedürfnisse (an eine Einbürgerung dachten damals die wenigsten), so wurden entsprechende Veränderungen im Migrationsmuster dennoch primär vom Zuwanderungsland – von langfristigen Beschäftigungsangeboten für ausländische Männer sowie von der wachsenden Nachfrage nach ausländischen Frauen – bestimmt. Mitte/Ende der siebziger Jahre, als Bildungs- und Qualifikationszuwächse von inländischen Mädchen und Frauen bereits Auswirkungen und zudem eine steigende Tendenz zeigten, waren die minderqualifizierten Arbeitsplätze (Textilindustrie, Reinigungsdienste) langfristig fast nur über den Weg der „Frauennachholung“ zu besetzen.(6)

Familienzug war nicht nur Reaktion auf den 1974/75 einsetzenden Abschiebedruck. Schon 1972 wünschten sich 75 Prozent der (jugoslawischen) Gastarbeiter mit ihrer Familie in Vorarlberg leben zu können, obwohl maximal zehn Prozent für immer bleiben wollten. Bei einer österreichweiten Umfrage Anfang der achtziger Jahre unter beiden Gastarbeitergruppen lag der Anteil derjenigen, die keine Rückkehrabsicht hatten, sogar noch niedriger, nämlich bei 3,3 Prozent.(7) Nur zwei Prozent der damals befragten Vorarlberger GastarbeiterInnen gaben eine zufriedenstellende Lebenssituation als Bleibegrund an (österreichweit: zehn Prozent). Im wesentlichen waren es ökonomische Gründe, die die Rückkehr immer wieder hinausschieben ließen. Die einen hielten die höheren Löhne im Zuwanderungsland (JugoslawInnen), für andere war das Sparziel noch nicht erreicht und/oder rückte sogar in immer weitere Ferne.(8)

Familiennachholung oder –gründung in der Fremde basierte zumeist auf einem ganzen Motivbündel und war nicht gleichbedeutend mit einem ständigen Bleiben-Wollen. Teilweise stand der Akt des Familiennachzugs einer dauerhaften Einwanderung geradezu diametral entgegen. Was für einen allein – aufgrund der schlechten Entlohnung – unmöglich war, sollte gemeinsam, im Kollektiv gelingen: Genug Geld für die baldige Rückkehr und den sozialen Aufstieg in der Heimat zusammenzubringen. Von den meisten wurde die Rückkehr Jahr um

Jahr vertagt. Das Hinausschieben der Heimkehr wurde teilweise auch von der Politik beziehungsweise den Verhältnissen im Heimatland bestimmt. Zudem gab es wenig gelungene Heimkehrerschicksale als Vorbild; die neuerliche Migration von Heimkehrern setzte weitere Signale zum Bleiben.(9)

3.3. Gleiches Recht auf Familie? Oder: Die Aufsplitterung von Moral und Ethik

Die ausländischen Arbeitskräfte sollten flexibel und mobil sein. Menschen, die aufgrund ihrer existentiellen Lage zur Arbeitsmigration gezwungen waren/sind, mußten jederzeit bereit sein, Heim und Familie zu verlassen. „Eine Saison lang werden sie es schon (ohne Frau) aushalten“, so die im Zuge von Rotationsmodell-Planungen erörterte zwischenmenschliche Frage.(10)

Zu einer Zeit, als noch nicht feststand, daß auch mehr ausländische weibliche Arbeitskräfte benötigt werden und daß die meisten längerfristig beschäftigten Männer ohnehin ihre Frauen nachkommen lassen wollten, standen ab und zu die „sexuellen Nöte“ der männlichen Gastarbeitergesellschaft auf der Tagesordnung von Beratungen – weniger aus Verständnis und Einfühlungsvermögen, denn mehr aus einer realistischen Problemeinschätzung oder aber aufgrund imaginierter Vorstellungen und Projektionen. Mitunter bildete auch eine von Vorurteilen geleitete, verzerrte Interpretation von Kriminalstatistiken den Hintergrund entsprechender Überlegungen.

Da die Mehrheit der Gastarbeiter in den Anfangsjahren männlich war, aber nicht einmal die Jungen und Unverheirateten – aufgrund ihrer diskriminierten, ausgegrenzten sozialen Position, in Verbindung mit ihrer eingegengten finanziellen Handlungsfähigkeit – in der Lage waren, eine Partnerschaft/Beziehung in Gang zu setzen, vertraten Repräsentanten der Mehrheitsgesellschaft die Meinung, daß – zumindest im begrenzten Rahmen – sexuelle Betätigungsfelder für Gastarbeiter einzurichten seien. Entgegen den Usancen des Landes, Bordelle generell zu verbieten, sollte im Falle der Gastarbeiter eine Ausnahme gemacht werden.

Vorarlberg ist ein katholisch geprägtes Land, eine Mehrheit war/ist streng katholisch. Vermutlich auch die Bordellbefürworter. Ihr Engagement wurde aus „hehren Motiven“ und/oder aus (männlichen?) Ängsten gespeist und galt vor allem dem Schutz der „eigenen Frauen“. Trotzdem machten sich die Initiatoren dieses Planes auch Gedanken über sexuelle Praktiken, Tabus und Moral ihrer Zielgruppe. Sie befanden, „daß die Fremdarbeiter, in deren Heimat der Bordellbesuch für Ledige fast eine Selbstverständlichkeit ist, in dieser Hinsicht nicht betreut sind.“(11) „Ein Freudenhaus (nur) für Fremdarbeiter“ sollte „unsere Frauen und Mädchen“ vor unkontrollierten Exzessen, Gewalttätigkeiten und Geschlechtskrankheiten bewahren.(12)

Für die Errichtung des Gastarbeiter-Bordells ließ sich dennoch keine Mehrheit finden. Die unter Einsatz von Verboten und Zensur aufrecht erhaltene Sittenstrenge (Vorarlberg als Land mit der restriktivsten Filmzensur!) durfte nicht durch die Existenz eines Bordells aufgebrochen werden.

Das Problem der ungleichen Geschlechterproportionen innerhalb der Gastarbeiterbevölkerung, und damit die Chance auf (endogame) Partnerschaften, blieb somit vorerst ungelöst. In den Reihen der Türken war das Mißverhältnis noch größer als bei den Jugoslawen. Durch den Frauennachzug wurde der Männerüberschuß sukzessive verringert. Bei den JugoslawInnen war das Geschlechterverhältnis Anfang der achtziger Jahre bereits annähernd ausgeglichen, obwohl das 1976 in Kraft getretene, neue Ausländerbeschäftigungsgesetz Familienzusammenführungen erschwerte (TürkInnen: zirka 60 zu 40). (13) Teilweise kamen die Ehe-/Frauen als saisonale Arbeitskräfte und erhielten nur zeitlich begrenzte, nicht verlängerbare Beschäftigungsbewilligungen mit einer Laufzeit von maximal sechs Monaten, ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.(14)

Vielen GastarbeiterInnen blieb ein Ehe- und Familienleben aber versagt. Und dies in einem Bundesland, in dem die Bedeutung der Familie – Schutz und Förderung derselben – in die Landesverfassung eingeschrieben ist. Was für den einen Teil der Bevölkerung sakrosankt – aber auch geradezu verpflichtend – war/ist, wurde/wird den anderen schlichtweg verweigert. Angefangen bei den Schwierigkeiten für Ehepaare und Familien, eine größere, gemeinsame und auch finanzierbare Wohnung zu finden, wurde unter Anwendung der Ausländergesetze einer Vielzahl

von AusländerInnen eine tatsächliche Familienzusammenführung – mit dem Nachholen aller Kinder – schwer bis unmöglich gemacht.

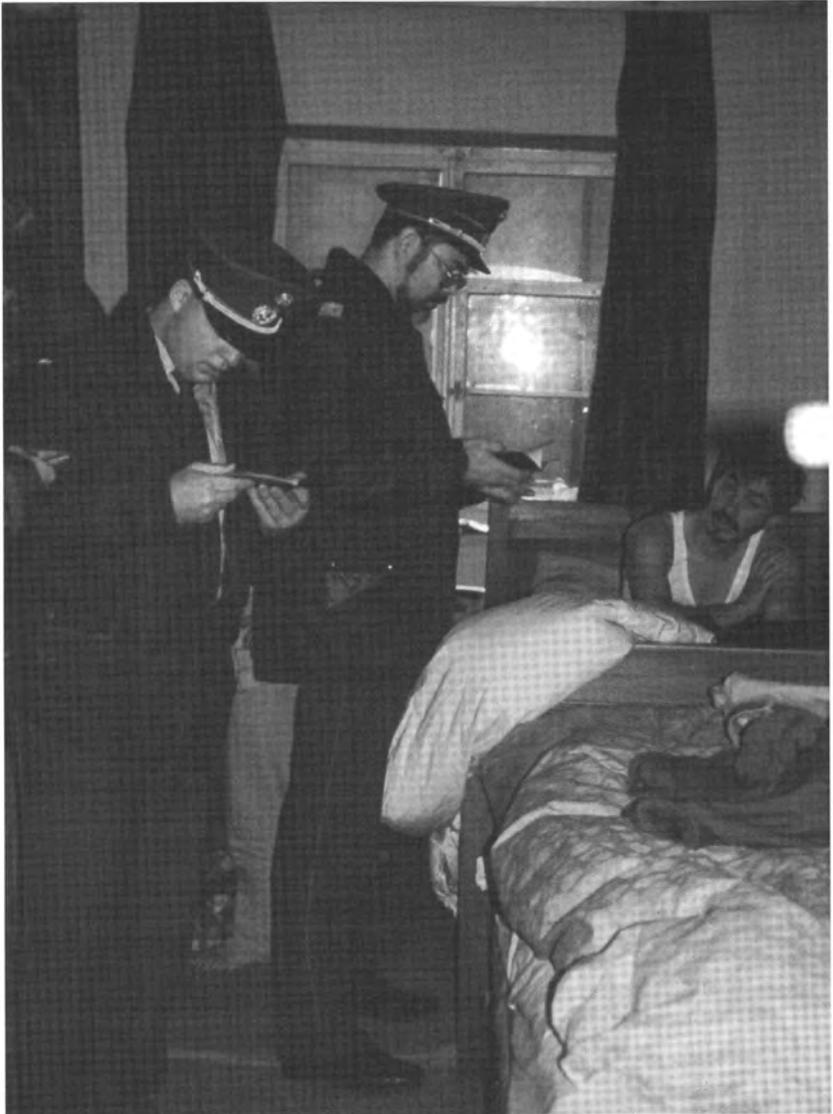
3.3.1. Exkurs: Vorurteilsproduktion und tatsächliche Kriminalität

Es entspringt geradezu der Logik von Verbot und Unterdrückung, daß sich im Dreiländereck ein besonders blühender „Straßenstrich“ entwickelte, einschließlich der extremen Belästigung der daran nicht interessierten und beteiligten weiblichen Bevölkerung. Das hatte mit den Gastarbeitern aber kaum etwas zu tun, wenn auch verschiedentlich versucht wurde, die Ausländer als „Sittenstrolche“ hinzustellen. So wurden Verbrechenstatistiken äußerst manipulativ ausgelegt, um Assoziationen zwischen Sexualdelikten und anwesenden Gastarbeitern herzustellen. Erfahrungsgemäß lassen sich in die Fremdenangst verwobene Sexualprojektionen jederzeit und allzu leicht wachrufen und gegen die Fremden einsetzen.

An dieser Vorurteilsproduktion arbeiteten Printmedien aktiv mit. So beispielsweise in einem mit der Suggestivfrage übertitelten Bericht in der „Neuen Vorarlberger Tageszeitung“: „Sind an der Zunahme der Verbrechen Gastarbeiter schuld?“ (15)

Hatte die Kriminalstatistik 1974 zwar erneut belegt, daß Vorarlberg „Ein Ländle der Sittenstrolche“ sei – hielt das Land doch die Führungsposition bei Sittlichkeitsdelikten (das waren 46 pro 100.000 Einwohner) –, so zeigte die Statistik aber auch auf, daß diese Delikte österreichweit und auch in Vorarlberg rückläufig waren. Allerdings – so der Verfasser des Berichts – kein Grund zur Beruhigung, war dieser Rückgang nicht auf die Läuterung der Menschen, sondern auf die partiell erfolgte Entkriminalisierung oder die geringere Ahndung entsprechender Handlungen (Exhibitionismus, Pornographie, Homosexualität) zurückzuführen. Zudem zeigten die geahndeten „echten Verbrechen“ – Notzucht und Schändung – keine Verringerung, hielten die Werte von 1973. (16)

Obwohl der Artikelschreiber keine Belege anführte, wurden – teilweise dezidiert, teilweise unterschwellig – die im Land lebenden Gastarbeiter für die (Sittlichkeits-)Verbrechen verantwortlich gemacht. Hätte es Zahlen und Beweise gegeben, wäre er diese seinem LeserIn-



Wohnungs- und Aufenthaltskontrolle in einer türkischen Wohnung durch die Gendarmerie; Wolfurt, Dezember 1992.

(Foto: VN-Archiv)

nenpublikum sicher nicht schuldig geblieben. Generell wurde in dieser Artikelserie „Müssen wir Angst haben?“ in manipulativer Absicht versucht, den Gastarbeitern die Schuld an der Zunahme von Verbrechen zuzuschreiben.(17) Dagegen konnte in seriösen Untersuchungen und durch neutrale Interpretationen von internationalen Verbrechenstatistiken eindeutig nachgewiesen werden, daß die Delikthäufigkeit von Gastarbeiter(inne)n in Vorarlberg (sowie in Österreich insgesamt) jahr(zehnt)elang unterdurchschnittlich war.

Dies, obwohl es bei Gastarbeiter(innen) zu einer Häufung von spezifischen, durch die Ausländergesetze produzierten (Bagatell-)Delikten kam. Erst mit Integrationsfortschritten stieg auch die Anpassung an „unsere“ Kriminalitätshäufigkeit. „Ausländer waren im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil eher weniger an Straftaten beteiligt“, so der Befund im Vorarlberger Integrationsbericht 1995.(18) Ausnahmen bildeten/bilden die Suchtgiftdelikte, bei denen Türken überrepräsentiert sind. Zudem haben die letzten Jahre seit der Ostöffnung eine Verbrechenszunahme mit ausländischen Täter(innen) – vor allem bei Eigentums- und Wirtschaftsverbrechen – gebracht. Bei den TäterInnen handelt es sich aber vorrangig um „neue Ausländergruppen“ und nicht um die „alten Gastarbeiter“.(19)

3.4. Testobjekt: Kind

Gegenüber dem Zuzug von Frauen als Arbeitskräften beziehungsweise als stiller Reserve des Arbeitsmarktes herrschte weitgehende Toleranz (Voraussetzung war allerdings, daß die Ehemänner eine fünfjährige Erwerbstätigkeit im Land vorweisen konnten), gegen die Kindernachholung formierte sich der Widerstand (besonders in den Jahren 1978 und 1986). In der Gastarbeiter diskriminierenden Propaganda finden wir den Vorwurf, daß die Reduktion der Beihilfen für in der Heimat lebende Gastarbeiterkinder damals – Ende der siebziger Jahre – der einzige Grund für den stärkeren Familiennachzug gewesen sein soll. Am 1. Jänner 1978 war der Kinderbeihilfensatz für im Herkunftsland zurückgelassene Kinder um die Hälfte gekürzt worden.(20) Die Gesetzesnovelle hätte geradezu eine Zuwanderungsflut ausgelöst. Ein Teil der Gastarbeiter hat verständlicherweise diese Maßnahmen voll genutzt

und ab diesem Zeitpunkt eventuell schon länger gehegte Pläne der Kindernachholung realisiert. Zudem erhielten GastarbeiterInnen Kinder- oder Familienbeihilfen nicht als Geschenk; Voraussetzung der Bezugsberechtigung war eine unselbständige Erwerbstätigkeit und somit die eigene Beitragsleistung zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung.(21)

„Die Gastarbeiter holen bekanntlich ihre Kinder ins Land, um in den vollen Genuß der Kinderbeihilfe zu kommen. Derzeit sind das zirka 79, insgesamt aber werden 500 Kinder erwartet.“(22)

Diese Kritik an der Kindernachholung löste den vorausgegangenen, häufigen Vorwurf ab, daß sich Gastarbeiter Beihilfen für nicht existierende Kinder erschwindeln würden.(23) Abgesehen von diesem finanziellen „Anreiz“, hatte das türkische Generalkonsulat bereits 1977 an seine Landsleute die Empfehlung herausgegeben, den sanften Wirtschaftsaufschwung zu nützen, um ihre Position in Vorarlberg durch eine Familiennachholung abzusichern.(24)

Vor 1977 wurden pro Jahr 150 bis 200 Kinder nachgeholt, 1977/78 waren es über 800.(25) Das war der Vorarlberger Gesellschaft zuviel. Zur Einbremsung des in Gang gekommenen Prozesses wurde sogar gegen Europäisches Menschenrecht verstoßen (Art.8 Abs.2, Europäische Menschenrechtskonvention zum Schutz von Privat- und Familienleben). Nach einem Verfassungsgerichtsurteil (1985) mußte der entsprechende Paragraph 3 im Fremdenpolizeigesetz abgeändert werden. Dies erfolgte im November 1985 unter Innenminister Karl Blecha. Die sogenannte „Blecha-Novelle“ löste einen Sturm der Entrüstung und – so die Kritik – eine „wahre Zuwanderungsflut“ aus. Bereits in den ersten Monaten nach der Novellierung gingen über 1.000 Anträge von türkischen Familien ein.(26)

Die durch die Novelle losgetretene „Ausländerflut“ war – bei korrekter Betrachtung – hausgemacht. Tatsächlich handelte es sich um einen durch Verweigerung entstandenen Rückstau. Jahrelang – seit 1980/81 – waren Neuzuzüge strikt untersagt worden; Ausnahmen gab es maximal beim letzten Kind, wenn sich die ganze Familie schon im Land befand.(27)

Zur „kräftigen Sturmflut“ wurde dagegen die Vorarlberger Delegation auf ihrem Weg nach Wien. Dort intervenierten die Abgesandten erfolgreich im Innenministerium für ihr „gemeinsames, die Parteigrenzen überschreitendes spezifisches Vorarlberger Anliegen“: die Eindäm-

mung des Zuzugs. Geschickt sollten die inkriminierten Passagen „umschiff“ werden, um das Nachholen zumindest der älteren Kinder (ab zehn Jahren) auch weiterhin untersagen zu können. Zudem wurde verabredet, in Zukunft auch bei jüngeren Kindern die Wohn- und Einkommensverhältnisse noch strenger zu prüfen.(28) Mit diesen nur für Vorarlberg – und speziell für türkische Familien – geltenden „Zusatzregelungen“ konnte die Kinderzuwanderung auf die früheren Durchschnittswerte „eingebremst“ werden.(29)

Die zwar abgemilderte, aber dennoch – und bewußt – fortgesetzte Verweigerung von Grund- und Menschenrechten belegt deutlich die Geringschätzung für GastarbeiterInnen. Ihre Bedürfnisse interessier(t)en nur, wenn sie mit den Wirtschaftsinteressen konform gingen – oder aber mit diesen kollidierten. In diesem Fall mußte man sich zwangsläufig damit auseinandersetzen.

Daß GastarbeiterInnen ihre Kinder im weit entfernten Herkunftsland zurück- und elternlos aufwachsen ließen, galt als normal. Dies wurde von ihnen geradezu erwartet und mit einer Selbstverständlichkeit vorausgesetzt – ein Verhalten, das bei der „eigenen“ Bevölkerung streng verurteilt, wenn möglich sanktioniert wird. Ganztägig berufstätige Frauen galten als „Rabemütter“. Als Gegenmaßnahme dazu – als Sanktion und zur Eindämmung dieser Entwicklung – wurden Ganztagskindergärten systematisch in ihrer Entstehung behindert.(30) „Einheimische“ Frauen erfahren dieses andere Extrem auch noch heute.

Die ausländische Arbeitsmigration nach Vorarlberg war nur in Ausnahmefällen vom Wunsch nach dauerhafter Ansiedlung begleitet. Auch der Familiennachzug änderte zunächst nichts daran. Mit ihm wurde allerdings – wenn auch ungeplant und unbeabsichtigt – ein folgenreicher Prozeß eingeleitet: Aus der ursprünglichen Migration wurde nach Jahren eine Einwanderung im traditionellen Sinn.(31)

Diese Tendenz hatten zahlreiche KritikerInnen früher erkannt (befürchtet) als die unmittelbar Betroffenen. Die in diesem Zusammenhang wiederholt aufgeworfene, provokante Frage, warum Familienzusammenführungen eigentlich bei uns sein müßten, läßt sich mit einer Gegenfrage rasch beantworten: Wo sonst als am Ort des Lebensmittelpunktes soll Familienleben stattfinden?

4. Wege (und Ziel?) zur rechtlichen Angleichung: Wechsel der Staatsbürgerschaft

4.1. Vorbemerkung

Die Einbürgerung durch Verleihung oder Erwerb der Staatsbürgerschaft an AusländerInnen schafft die rechtlich-formale Gleichstellung mit den InländerInnen. Dieser Schritt setzt allerdings in der Regel eine lange Vorlaufzeit voraus. Bis dahin muß/sollte die sozio-ökonomische und kulturelle Integration der jeweiligen AntragstellerInnen weitgehend abgeschlossen beziehungsweise weit vorangeschritten sein.

Österreich ist im Vergleich mit anderen europäischen Ländern ein Land mit restriktiven Zuerkennungsrichtlinien, die zudem den wirtschaftlichen Gegebenheiten und/oder gesellschaftlichen Interessen angepaßt werden (können). Beim Staatsbürgerschaftsgesetz handelt es sich um ein nationales Gesetz, das allerdings den Bundesländern einen gewissen Handlungsspielraum einräumt. So verlangt das österreichische Gesetz beispielsweise keine Sprachkenntnisse als Einbürgerungsvoraussetzung. Nur Vorarlberg schert hier aus, nützt seinen landeslegislativen Spielraum und besteht unter bestimmten Voraussetzungen auf einer Sprachprüfung.(1)

In diesem Punkt ist Österreich im Vergleich mit acht europäischen Staaten – neben Schweden – eines der integrationsfreundlichsten Länder. Im übrigen schneidet Österreich beim „Integrationsindex“ – speziell auch beim Komplex „Erwerb der Staatsbürgerschaft“ – schlecht ab. Dies belegt eine jüngere Untersuchung des Wiener Instituts für Höhere Studien.(2)

4.2. Vom Nachkriegsboom zum Einbürgerungsstopp

Lange bevor jugoslawische und türkische GastarbeiterInnen nach Vorarlberg zuwanderten, versuchte das Land sein „Ausländerproblem“ über den Weg der Einbürgerung zu lösen. Nach dem Zweiten Weltkrieg

hatte Vorarlberg österreichweit – relativ – am meisten Einbürgerungen vorgenommen; von Kriegsende bis 1957 waren „16.000 in Vorarlberg lebende Ausländer zu Österreichern geworden“.(3) Allerdings war deren Muttersprache fast ausnahmslos Deutsch. Das Gros stellten zunächst die Südtiroler mit 70 Prozent, gefolgt von ehemals deutschen Staatsbürgern.(4)

Trotz dieser aktiven Einbürgerungspolitik – so der sorgenvolle Tenor in der Berichterstattung – ließ sich das „Ausländerproblem“ nicht beseitigen, denn „die Anzahl der deutschen Staatsbürger nimmt seit einigen Jahren wieder beträchtlich zu“.(5) Diese stellten über einen längeren Zeitraum die meisten Ausländer in Vorarlberg. Innerhalb der Deutschen bildeten die „Volksdeutschen“ nur eine relativ kleine Gruppe.(6) Erst mit der Gastarbeiterzuwanderung, ab den sechziger Jahren, fielen die Deutschen zunächst als zweitgrößte Ausländergruppe hinter die Jugoslawen zurück; 1969 wohnten in Vorarlberg 10.372 Jugoslawen, 5.481 Bundesdeutsche und 4.248 Türken. Darüber hinaus gab es zu diesem Zeitpunkt 1.166 Schweizer, 883 Italiener, 396 Liechtensteiner und 1.940 andere, nichtösterreichische Staatsbürger.(7)

Ab 1971 rückten die Türken an die zweite Stelle – 1970 auf 1971 betrug die Wachstumsrate der türkischen Wohnbevölkerung 32,2 Prozent – und schließlich ab 1980 in „Führungs“position:

Ausländische Wohnbevölkerung (8)

	TürkInnen	JugoslawInnen	Deutsche
1980	13.897 (37,3%)	13.765 (37,0%)	5.294 (14,2%)
1982	13.801 (38,8%)	12.160 (34,2%)	5.165 (14,5%)
Einbürgerungsrate	1,0 %	7,9 %	25,8%

Seit dem Vorrücken der Türken – ab 1971 – stellten die Deutschen somit nur mehr den drittgrößten Anteil an der ausländischen Wohnbevölkerung, trotzdem gingen die meisten Staatsbürgerschaftsverleihungen auf ihr beziehungsweise auf das Konto von Italienern/Südtirolern. Die Südtiroler lagen zunächst noch vorne, galt doch eine „Abstammung aus Südtirol“ als besonders berücksichtigungswürdig (§ 10, Absatz 3). Später, ab den siebziger Jahren, war dies ein kaum noch genutzter Einbürgerungsgrund.(9)

Eine Bevorzugung oder Vorliebe für die Deutschen läßt sich zudem in Zeiten des Ausländerabbaus nachweisen. Die Zuwächse der deutschen Wohnbevölkerung, aber auch die ihrer Beschäftigungsverhältnisse, blieben davon zumeist unberührt, zeigten oft sogar gegenteilige Trends: Zum Beispiel wuchs sie in den Jahren 1979 bis 1982 von 5,6 auf 8,9 Prozent. Parallel dazu erfolgte der Abbau von anderen Ausländern um zirka zehn Prozent. Daneben wurden Deutsche überproportional mit Befreiungsscheinen – und damit mit einem privilegierten Ausländerstatus – bedacht. Dadurch waren sie am Arbeitsmarkt (fast) gleichberechtigt. Etwa die Hälfte der ausgefolgten Befreiungsscheine ging an Deutsche, noch zu einem Zeitpunkt, als ihr Bevölkerungsanteil bereits auf knapp unter 15 Prozent abgesunken war.(10)

Mit der Ankunft der „neuen Ausländer“ in den sechziger Jahren ging eine Verschiebung der Begriffsbesetzung Ausländer einher. „Ausländer“ wurde nahezu zum Synonym für jugoslawische und türkische Gastarbeiter – zumindest bis in die achtziger Jahre, bis zur Einwanderung wiederum anderer Gruppen beziehungsweise zum Beginn der Flüchtlingswelle aus Ost-/Südosteuropa. Während die im Fremdenverkehr verwendeten Begrifflichkeiten „Touristen“, „Fremde“, „Gäste“ – abgesehen von den auch mit diesen „Fremden“ verfolgten Wirtschaftsinteressen –, jede Menge Freiraum für positive Besetzungen und Zuschreibungen offenließen/offenlassen, wurden/werden mit dem Begriff Ausländer (im Vorarlberger Idiom: „Usländr“) fast ausnahmslos diese zwei Gastarbeitergruppen assoziiert, und auf sie konzentrierten sich Abwertung und Ressentiments, lange bevor politische Parteien Ausländerfeindlichkeit zum Programmpunkt erhoben haben oder zumindest teilweise damit populistisch hantieren.

Nach dem Einbürgerungs-Boom in den Nachkriegsjahren, der eindeutig mit den demographischen „Bewegungen“ rund um Nationalsozialismus, Krieg und Kriegsausgang in Zusammenhang stand beziehungsweise mit der Überrepräsentanz von als „einbürgerungswürdig“ gewerteten, akzeptierten beziehungsweise sogar begehrten Ausländern, verzeichnete das Land einen Rückgang. Begehrte AusländerInnen waren aber nicht nur Fremde mit hohem Sozialprestige und besonderen Berufen. Schließlich waren Kriegstote und -invalide in allen Berufsberreichen, und vor allem auch im Arbeiterstand, zu ersetzen. Etwa zwei Drittel der Eingebürgerten im ersten Nachkriegsjahrzehnt waren der Arbeiterschicht zuzuordnen.(11)

Ab Ende der fünfziger Jahre und vor allem ab den Sechzigern ist ein deutlicher Rückgang bei den Staatsbürgerschaftsverleihungen zu verzeichnen. Die Werte pendeln sich für etwa zwei Jahrzehnte auf einem Niedrigniveau ein, zeigen maximal geringe Schwankungen nach oben.(12)

In den achtziger Jahren sehen wir einen leichten Anstieg der absoluten Zahlen. Setzen wir die jährliche Anzahl von Einbürgerungen allerdings in Relation zur Höhe der ausländischen Wohnbevölkerung, so ist festzustellen, daß die im Vergleich zu Wien – oder zu einigen anderen Bundesländern – (extrem) niedrige Vorarlberger Einbürgerungsrate eine weitere Reduktion erfährt. Erst Ende der achtziger Jahre (1988/1989) zeichnet sich ein leichter Aufwärtstrend ab, sowohl was Antragstellungen als auch deren positive Abschlüsse anlangt.(13)

Anhand der von August Gächter durchgeführten, auf einer breiten Quellenbasis fußenden Analyse läßt sich aufzeigen, daß Vorarlberg (aber auch einige andere Bundesländer) in den achtziger Jahren alles andere als eine aktive Integrationspolitik für GastarbeiterInnen – über den Weg der Einbürgerung – betrieben haben. Dabei handelt es sich beim Untersuchungszeitraum 1981 bis 1991 um eine Periode, in der für einen viel größeren Teil von GastarbeiterInnen bereits die Staatsbürgerschaftszuerkennung als Möglichkeit bestanden hätte, sofern ein mindestens zehnjähriger Aufenthalt als ausreichend betrachtet worden wäre.

Einen Staatsbürgerschaftserwerb über Rechtsanspruch aufgrund von Verehelichung mit einem österreichischen Partner nahm nur eine Minderheit in Anspruch. Die andere rechtliche Voraussetzung – ein 30jähriger ständiger Aufenthalt in Österreich – spielte (noch) so gut wie keine Rolle.(14)

Bei neutral(er) oder gar wohlwollender(er) Handhabung des Gesetzes hätte sich im vergangenen Jahrzehnt allerdings eine häufigere Zuerkennung aufgrund des „freien Ermessens“ bei einem Aufenthalt von „zehn bis 29 Jahren“ angeboten. Von diesem Umstand, aber auch von „besonderen Gründen“ (bei kürzerer Aufenthaltsdauer) haben die einzelnen Länder recht bescheiden Gebrauch gemacht. (1993 wurde beispielsweise in Vorarlberg ein Bosnier vorzeitig – nach weniger als vier Jahren – eingebürgert; es handelte sich um einen Arzt.) Nur in Wien wurde wesentlich häufiger eingebürgert als anderswo.

So basieren lediglich 15 bis 20 Prozent der jährlichen Einbürgerungen auf „besonderen Gründen“. (15) Auch hierbei führt Wien die Liste an. Die dadurch in Wien ab 1988 als integrationspolitische Maßnahme forcierten und von öffentlichkeitswirksamen Aktionen begleiteten Staatsbürgerschaftsverleihungen haben sowohl das Interesse für Beantragungen als auch die soziale Akzeptanz des Staatsbürgerschaftswechsels gefördert, und sie ließen die Einbürgerungszahlen ansteigen. Wurden als Zielgruppen primär zwar andere als die traditionellen Gastarbeiter angepeilt, so hatte die Aktion trotzdem auch für diese Signalwirkung. (16)

Einbürgerungen bezogen auf die ausländische Wohnbevölkerung in Prozent 1981-1988 (17)

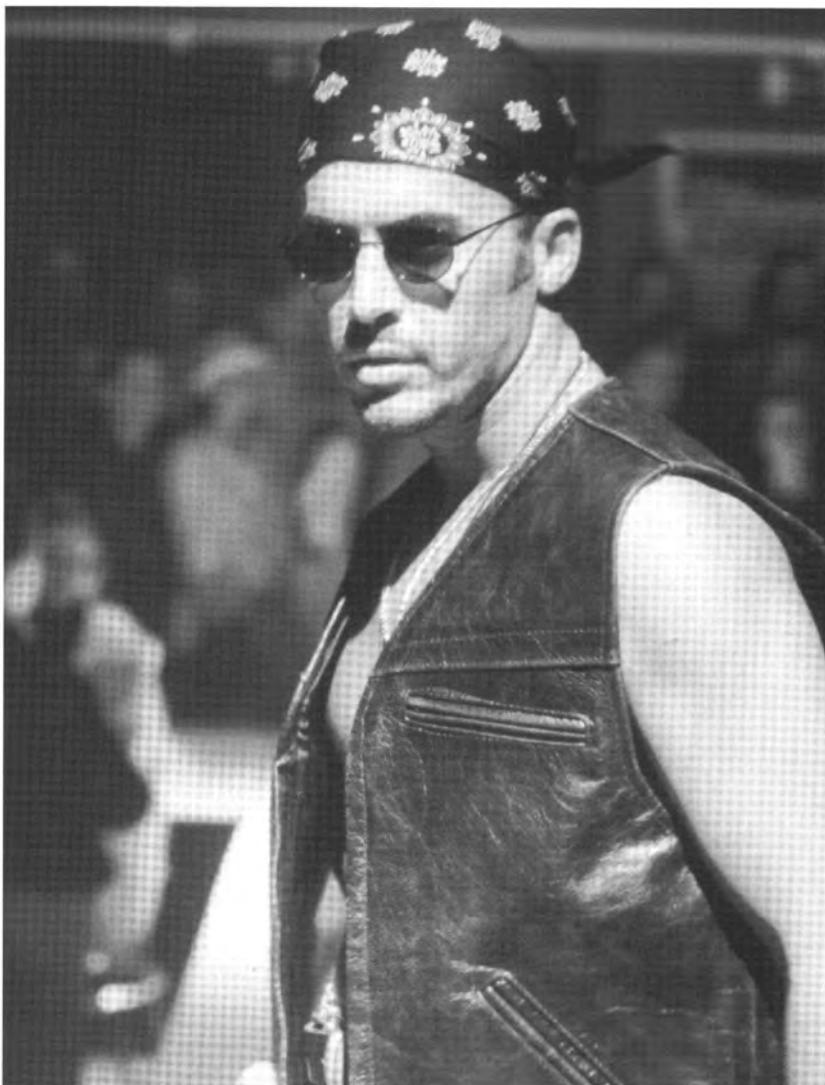
	1981	1988
Inland	2,48	2,45
Burgenland	3,11	3,04
Kärnten	3,64	2,94
Niederösterreich	1,92	1,46
Oberösterreich	2,38	2,84
Salzburg	1,79	1,79
Steiermark	3,51	2,74
Tirol	2,08	1,11
Vorarlberg	0,99	0,92
Wien	3,13	3,41

Generell beziehungsweise speziell für diesen Untersuchungszeitraum läßt sich sagen, daß die Wahrscheinlichkeit einer Einbürgerung von Bundesland zu Bundesland kräftig variiert/e. In Österreich (ohne Wien) war 1991 die Einbürgerungsrate um ein Fünftel niedriger als zu Beginn der achtziger Jahre. Die Zahl der Einbürgerungen konnte aber um die Hälfte erhöht werden, wobei ein Löwenanteil auf Wien entfiel, das in den Jahren ab 1988 seine Einbürgerungszahl mehr als verdoppeln konnte. Während Wien und Oberösterreich ihre Einbürgerungsraten zu steigern vermochten, Salzburg stagnierte, gingen alle anderen – selbst die ohnehin niedrige in Vorarlberg – zurück. Trotz einheitlicher gesetzlicher Normen zeigt(t)en die Länder enorme Unterschiede. So betrug die Wiener Rate 1988 das Dreieinhalbfache der Vorarlberger. (18)

4.3. Vorarlberger „Spezialitäten“

Grundsätzlich ist im Kontext der abweichenden Vorarlberger Entwicklung – speziell im Verhältnis zu Wien – die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung zu thematisieren. Abgesehen davon, daß in Vorarlberg die relativ größte Gruppe „traditioneller“ GastarbeiterInnen lebt, weist Vorarlberg eine andere quantitative Zusammensetzung auf: 78 Prozent der 1991 in Vorarlberg lebenden AusländerInnen waren TürkInnen und Ex-JugoslawInnen, in Wien nur 66,5 Prozent (19).

In Wien leben zirka doppelt soviel Jugoslawen wie Türken. In der Bundeshauptstadt, wie fast überall, führen die Jugoslawen als größte Gruppe vor den „sonstigen Ausländern“, und erst an dritter Stelle folgen die Türken. Vorarlberg zeigt mit der Reihung – Türken/Jugoslawen/sonstige Ausländer – eine Sonderentwicklung auf; einzig in Tirol haben die Türken die Jugoslawen zeitweilig überholt. In den letzten Jahren hat sich in Vorarlberg der Vorsprung der Türken vor den Jugoslawen wieder etwas verringert. Die Einführung der Sichtvermerkplicht für TürkInnen im Januar 1990 sowie der Beginn der Kriege in Ex-Jugoslawien zeigten nachhaltige Auswirkungen auf die Zuwanderungsentwicklung. (20)



Der junge Türke Mike Oguz Galeli aus Bludenz wurde im Jahre 1989 „Mister Vorarlberg“. Das „Nachbeben“ auf dieses Ereignis im Vorarlberger Blätterwald war nicht gering.

(Foto: Maurice Shourot)

Ausländische Wohnbevölkerung nach Wohnbundesländern und Staatsbürgerschaft 1951-1993 (21)

Ausländische Wohnbevölkerung	Insgesamt	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
1951	322.598	5.953	23.640	27.263	11.370	25.733	51.820	18.342	9.641	48.836
1961	102.159	1.465	7.752	9.962	16.549	8.080	16.098	10.493	7.702	24.058
1974	311.689	2.592	14.982	39.574	40.299	23.312	26.365	29.880	35.185	99.500
1981	291.448	2.021	8.156	35.788	33.500	22.152	14.959	27.580	33.875	113.417
1988	344.020	3.705	11.474	42.608	39.154	24.850	19.640	33.020	32.893	136.676
1989	387.183	4.711	12.441	48.904	44.816	27.767	21.613	36.354	36.248	154.329
1990	456.061	6.035	14.722	59.967	57.535	33.795	25.819	40.389	40.825	176.974
1991	517.690	7.788	17.072	67.519	71.259	37.992	30.268	45.058	44.082	196.652
1992	632.032	10.099	22.720	82.116	90.072	47.185	42.020	50.766	47.566	230.488
1993	689.603	11.157	26.434	90.344	102.297	53.777	49.304	54.974	49.013	252.303
Anteil in %										
1961	1,4	0,6	1,6	0,7	1,5	2,3	1,4	2,3	3,4	1,5
1989	5,1	1,8	2,3	3,4	3,4	5,9	1,8	5,9	11,3	10,2
1990	5,9	2,2	2,7	4,1	4,4	7,1	2,2	6,5	12,5	11,6
1991	6,8	2,9	3,2	4,7	5,5	8,2	2,7	7,2	13,4	13,1
1992	7,9	3,7	4,1	5,5	6,6	9,6	3,5	7,9	14,1	14,7
1993	8,6	4,1	4,7	6,0	7,4	10,7	4,1	8,5	14,4	15,0
Staatsbürgerschaft*										
1989										
Ehem. Jugoslawien	146.203	726	4.976	14.779	14.014	11.900	6.672	10.098	11.071	71.967
Türkei	91.733	450	367	13.417	8.553	4.864	551	10.394	17.076	36.061
Sonstige	149.247	3.535	7.098	20.708	22.249	11.003	14.390	15.862	8.101	46.301
1993										
Ehem. Jugoslawien	305.452	2.884	14.349	35.760	48.691	28.179	23.703	17.887	17.944	116.055
Türkei	139.781	954	867	22.125	17.576	8.171	2.639	16.395	21.200	49.854
Sonstige	244.370	7.319	11.218	32.459	36.030	17.427	22.962	20.692	9.869	86.394

*1951, 1961, 1981 Volkszählung, alle anderen Jahre Bevölkerungsfortschreibung (Jahresdurchschnitt)

Mit der Dominanz der Türken in Vorarlberg war also jene Gruppe in der Mehrheit, die teilweise später zuwanderte – und damit erst später die zeitlichen Voraussetzungen erfüllen konnte – und zudem prinzipiell eine geringere Einbürgerungsneigung zeigte. Die höhere Anzahl von TürkInnen hat zumindest partiell dazu beigetragen, die Einbürgerungsrate niedrig zu halten beziehungsweise zu senken. Hand in Hand mit der geringeren Einbürgerungsneigung ging die die Türken – als größte Ausländergruppe – in noch höherem Ausmaß treffende Einbürgerungsverweigerung. Schließlich sind es noch immer arbeitsmarktpolitische Überlegungen, die die Verweigerung der Staatsbürgerschaft bedingen können.

„Wenn man die Statistik anschaut, wieviele um Staatsbürgerschaft ansuchen und wieviele davon bewilligt werden, dann ist es ein Hohn, ... weil der Zugang zur Staatsbürgerschaft ist sehr, sehr schwierig für türkische Staatsangehörige.“(22)

Insgesamt waren bis zu Beginn der neunziger Jahre in Vorarlberg an den Staatsbürgerschaftsverleihungen beide Gastarbeitergruppen – die Türken erheblich – unterrepräsentiert. Obwohl sie zusammen 79 Prozent der Ausländer stellten (1991: Türken 21.088 = 43 Prozent und Jugoslawen 17.877 = 36 Prozent), entfielen nur 49,7 Prozent der Eingebürgerten auf sie. Die Jugoslawen waren mit 33,7 Prozent, die Türken mit nur 16,0 Prozent vertreten. Bei beiden Gruppen zeigen die Anteile von Kindern und Jugendlichen eine ansteigende Tendenz. 1991 waren 47 Prozent der mittel- und unmittelbar Eingebürgerten jünger als 21 Jahre.(23)

Diese spezifischen quantitativen Anteile sind zwar keine alles bestimmenden, aber auch nicht zu vernachlässigende Faktoren. Daneben schafft das „Ländle“ Besonderheiten durch die im Gesetz angelegte Möglichkeit zur flexiblen Handhabung. Dennoch ist klar herauszustellen, daß die bis Ende der achtziger Jahre niedrige Einbürgerungsrate nicht nur oder nur im geringen Ausmaß durch eine (hohe) Negativbearbeitung zustandekommt. Hier ist der Vorgang der Zurückstellung ebenso zu beleuchten wie die Anlässe für Zurückziehungen oder Verfahreneinstellungen.

Grundsätzlich sind die Wechselwirkungen zwischen Einbürgerungsvorschriften und Einbürgerungsneigung umstritten. Dennoch ist davon auszugehen, daß es teilweise die Bedingungen sind – sowie die sie begleitenden Umstände (Bewertung der Einbürgerung durch Umge-

bung, Atmosphärisches im Ablauf, finanzielle Belastungen, et cetera) –, die ein (größeres) Interesse fördern oder bremsen können. Der Akt der Einbürgerung stellt zudem für schlecht verdienende Ausländer eine finanzielle Belastung dar. Dies gilt nicht nur in Vorarlberg. Einzig Oberösterreich und Salzburg kennen das System der sozialen Staffe- lung.(24)

Die folgende Tabelle zeigt, daß die Negativbescheide ab 1984 (deut- lich) rückläufig sind, sodaß sie ab 1992 von den Zurückziehungen und Verfahrenseinstellungen sogar überholt werden.

Anzahl der (nicht positiv) abgeschlossenen Einbürgerungsverfahren in Vorarlberg nach Verfahrensausgang (25)

	positiv	nicht positiv	davon:			
			ZS ¹	AT ²	ZZ ³ + ES ⁴	abgelehnt
1978	141	30	10	3	9	8
1979	183	67	26	3	1	37
1980	190	54	27	0	2	25
1981	158	44	17	1	2	24
1982	151	32	12	0	5	15
1983	149	36	14	1	3	18
1984	139	24	11	1	1	11
1985	145	34	20	1	1	12
1986	158	39	27	1	3	8
1987	154	37	18	1	9	9
1988	158	37	15	2	8	12
1989	170	40	24	3	8	5
1990	196	82	47	5	15	15
1991	187	38	19	3	8	8
1992	281	52	15	3	24	10
1993	454	82	43	3	24	12
1981-91	1.765	443	224	19	63	137
1978-87	1.568	397	182	12	36	167
1988-93	1.446	331	163	19	87	62
pro Jahr:						
1981-91	160,5	40,3	20,4	1,7	5,7	12,5
1978-87	156,5	39,7	18,2	1,2	3,6	16,7
1988-93	241,0	55,2	27,2	3,2	14,5	10,3

¹ Antrag wurde zurückgestellt

² Verfahren wurde an ein anderes Bundesland abgetreten

³ Antrag wurde zurückgezogen

⁴ Verfahren wurde eingestellt

Was sind nun aber die länderspezifischen Regelungen in Vorarlberg, die GastarbeiterInnen von einer Beantragung abhalten oder gar zurückschrecken lassen? So gibt es nur in Vorarlberg – wie eingangs erwähnt – eine Sprachprüfung für nicht deutschsprachige AusländerInnen. Entgegen den bundesweiten Richtlinien ist diese formelle Prüfung im Amt abzulegen, und zwar von BewerberInnen mit nicht deutscher Muttersprache und/beziehungsweise wenn sie keinen Pflichtschulabschluß – inklusive einer Deutschabschlußnote – vorweisen können oder wenn sie weniger als 20 Jahre in Österreich leben. Diese Anforderung enthält sowohl abschreckende als auch ausschließende Elemente. Ausgeschlossen bleiben von vornherein Analphabeten, dies umso mehr, als es im Land keine auf diese Anforderung abgestellten Kursangebote gibt.(26)

Aber auch die Sprachkenntnisse jener, die schon lange im Land sind, eventuell sogar Kurse besucht haben, beschränken sich oft auf Arbeits- und Alltagszusammenhänge. Viele Gastarbeiter – und in einem noch höheren Ausmaß deren Frauen – sind zumeist auch nach fast 20-jährigem Aufenthalt nicht in der Lage, Deutsch zu lesen, geschweige denn zu schreiben. Die Anforderungen, das Schreiben eines (kurzen) Aufsatzes sowie das Vorlesen und Nacherzählen von Zeitungsartikeln, sind für die erste Generation eine schwere, oft kaum zu bewältigende Hürde.

Eine weitere unangenehme – zusätzlich abschreckende – Begleiterscheinung des Einbürgerungsaktes bildet der obligate, allerdings vorher nicht zeitlich exakt angekündigte Besuch der Exekutive in den „eigenen“ vier Wänden zwecks Überprüfung der Wohn- und Privatsphäre. Hier können sich einmal mehr die den GastarbeiterInnen zugemuteten unwürdigen oder unzureichenden Wohnverhältnisse gegen sie richten und einen Negativbescheid mitbeeinflussen.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern, in denen der Hausbesuch auch zum Verfahren dazugehört, setzt die Vorarlberger „Schnüffelei“ die AntragstellerInnen besonders unter Druck, zumal nicht nur über das Medium der Sprachprüfung, sondern vor allem über die private Lebenssphäre der Ablehnungs- oder Rückstellungsgrund „unalemannisches Verhalten“ festgeschrieben werden konnte.

Der Verfassungsgerichtshof hat negative Bescheidbegründungen aufgrund „unalemannischen Verhaltens“ allerdings nicht gelten lassen.(27) Doch allein der Versuch mit diesem Argument vermittelt einen Eindruck von der Vorgangsweise der Behörde. Auch der Umstand, daß es nicht bei Lokalaugenschein und Gespräch(en) mit dem Interessenten

oder der Interessentin bleibt, sondern daß die „Umgebung“ – das sind Nachbarn, Arbeitgeber oder VertreterInnen der Gemeindeverwaltung – die jeweilige Person und ihre Lebensverhältnisse beurteilen darf, verleitet dazu, diesen Akt als unobjektiv, willkürlich, ja als Schnüffelei zu charakterisieren.

In diesem Zusammenhang kann noch auf eine weitere (mögliche) Ursache für die Ungleichheit von Einbürgerungsraten verwiesen werden, und zwar auf die räumliche Verteilung beziehungsweise den Urbanisierungsgrad der Niederlassungsgemeinden. Der Metropolencharakter Wiens und/oder die urbanen Räume größerer (Landeshaupt-)Städte wirken sich positiv(er) sowohl auf Einbürgerungswilligkeit, als auch auf Einbürgerungsmöglichkeit aus. Dagegen bremsen die „Verhältnisse“ im ländlichen und kleinstädtischen Milieu den Ablauf. Hier können „Bilder“ Erklärungen und/oder Interview-Aussagen ersetzen: So ragen beispielsweise (türkische) Gastarbeiter – sowohl Einzelpersonen als auch Familien – aus dem Weichbild einer 200/300-Seelengemeinde geradezu als „unalemannische Exoten“ heraus.(28)

Der nächste Punkt ist die Kostenfrage und damit verknüpft die Frage der Ausbürgerung. Beide Problemkreise zusammen lassen viele Interessenten wankelmütig werden oder zurückschrecken. Auch bei der Ausbürgerung tritt Vorarlberg – in Übereinstimmung mit den anderen westlichen Bundesländern – als besonders restriktiv hervor. Der Verzicht auf die bisherige Staatsbürgerschaft (Verbot der Doppelstaatsbürgerschaft) ist von Kosten und Unannehmlichkeiten der Ausbürgerung begleitet. Abgesehen von jenen Staaten, die eine Ausbürgerung verweigern (Griechenland, Bulgarien), müssen AntragstellerInnen unter Umständen mit komplizierten und langwierigen oder mit zum Teil sehr teuren Verfahren rechnen. (Zum Beispiel in Kroatien ist mit 5.000 Schilling, in Serbien sogar mit 11.000 Schilling pro Person zu rechnen!)(29)

Auch der Preis der Einbürgerung ist nicht von vornherein eindeutig kalkulierbar. Neben den zu verrechnenden Bundesgebühren zwischen 1.000 und 5.000 Schilling, weisen die Landesgebühren Unterschiede auf. Zudem zeichnet sich der Einbürgerungsgrund – und die dadurch zusätzlich entstehenden Kosten – erst im Laufe des Verfahrens ab. Am teuersten zu stehen kommen Ermessenseinbürgerungen. Zusammen mit den Ausbürgerungsgebühren – sie machen zumeist den größeren Anteil aus – können Ausgaben bis zur Höhe von 15.000 Schilling, als Obergrenze, entstehen. Dagegen sind die alle paar Jahre anfallenden Antragsge-

bühren für die Arbeitserlaubnis oder den Befreiungsschein niedriger, exakter einschätzbar und leichter zu verkraften (derzeit zirka 1.200 Schilling).(30)

Insgesamt spielen die Unklarheiten der Anforderungen und die Ängste potentieller InteressentInnen ineinander. Ein von vornherein so schwer zu kalkulierender und unangenehmer Ablauf und Ausgang verringert/e die Motivation und damit den Kreis der AntragstellerInnen. So haben nicht nur die Behörden mit ihrer Art der Umsetzung des Gesetzes den „Zulauf“ gebremst. In weiten Kreisen der Vorarlberger GastarbeiterInnen blieb das „Interesse“ am Erwerb der Staatsbürgerschaft gering. Es korrespondierte mit der Absicht, ohnehin wieder in die Heimat zurückzukehren und die Herkunftsstaatsbürgerschaft nicht aufgeben zu wollen.

Verstärkend wirkt/e dabei die am Beispiel von Nachbarn, Freunden, Kollegen beobachtete Erfahrung, daß die Umgebung Mühen und Kosten der Einbürgerung kaum honoriert. Die Diskriminierungen bleiben/bleiben, und hinzu kommt die partiell demonstrierte Verachtung aus der eigenen Gesellschaft. Vor allem bei den Türken ist die geforderte Ausbürgerung aus der Türkei noch kaum akzeptiert. Den „Abtrünnigen“ wird gern das Gefühl vermittelt, nicht mehr dazuzugehören, da sie sich „freiwillig“ aus der Heimatgesellschaft ausschließen.(31) Auch wenn durch die rechtlich verbesserte Situation der Druck um Arbeitslosigkeit und ihre Folgen (Wegfall von Aufenthalts-, und Arbeitsgenehmigung, von Befreiungsschein et cetera) abfällt, bleiben die psychosozialen Leiden rund um den Staatsbürgerschaftswechsel. Zum Verlust der Herkunftsidentität gesellt/e sich die Verweigerung des problemlosen Hineinwachsens in den neuen Status.

Dagegen kann in Ländern/Städten, in denen für den Staatsbürgerschaftserwerb positiv geworben wird, AusländerInnen auch das Gefühl vermittelt werden, daß sie einen richtigen Schritt setzen, der von der Mehrheitsgesellschaft zumindest akzeptiert wird. Dadurch kann eine Dynamik entstehen, die Nachahmung auslöst.

Eine Pro-Einbürgerungs-Stimmung unter Gastarbeiter-Ausländern ist aber nach wie vor nur begrenzt erwünscht. Denn wie sonst ist es zu verstehen, daß im Jahre 1992 einige Bundesländer (Salzburg, Tirol, Kärnten) nicht die Wiener Offensive, sondern das Vorarlberger Modell der Sprachbarriere als nachahmenswert einführen wollten.(32) Diese Begehrlichkeit nach konkreter Verankerung der Sprachprüfung im

Gesetz wurde allerdings von zwei anderen Bundesländern abgewehrt. Nähere Angaben zur Ablehnung, ob aus gastarbeiterfreundlichen oder rein pragmatischen Motiven, liegen als Interpretationsgrundlage leider nicht vor.(33)

4.4. Die neunziger Jahre – eine Trendwende(?)

Obwohl keine Pro-Einbürgerungs-Stimmung herrscht, zeichnet sich seit Beginn der neunziger Jahre eine eindeutige Trendwende in Vorarlberg ab. Auf die mit der Staatsbürgerschaft verknüpfte attraktive Rechtsposition und die in Aussicht gestellte Angleichung an die Einheimischen wollen immer mehr AusländerInnen nicht mehr verzichten. Schließlich ging/geht es für sie nicht nur um Aufenthalts- und Arbeitsrechte, sondern um andere, den GastarbeiterInnen verweigerte Rechte – abgesehen von der Möglichkeit der politischen Beteiligung, um diverse Sozialleistungen.(34) Und schließlich bedeutet auch eine „begünstigte“ AusländerInnenposition mit Befreiungsschein und – in privilegierten Fällen – mit unbefristetem Sichtvermerk, die Akzeptanz von Unsicherheitsfaktoren in der weiteren Lebensplanung.(35)

JugoslawInnen haben auf (diese) Benachteiligungserfahrungen und Existenzerschütterungen schon früher reagiert und in einem höheren Ausmaß vom Staatsbürgerschaftserwerb Gebrauch gemacht oder haben eine Antragstellung zumindest versucht. Und dies noch lange, bevor der Krieg in ihrem Heimatland begonnen hatte. Mit dem Krieg und der damit entstandenen größeren Unsicherheit in bezug auf eine, zumindest im Alter, geplante Rückkehr – sowie mit der sich seit 1989 in den Westen bewegenden Flüchtlingswelle – sind die GastarbeiterInnen unter stärkeren Zugzwang gekommen. Mit dem Zuzug von Flüchtlingen haben die Langzeit-Ausländer Konkurrenz am Arbeitsmarkt bekommen. Nur in seltenen Fällen wurde/wird Asyl gewährt, statt dessen werden die Betroffenen nach und nach zu GastarbeiterInnen gemacht, werden zu „flexiblen“ Arbeitskräften im Gastarbeitersystem.(36)

Steigende (Ausländer-)Arbeitslosigkeit und/beziehungsweise die damit verknüpfte offen demonstrierte und auch artikulierte Ausländerfeindlichkeit haben ein Umdenken in Gang gesetzt. Auf die lange Bank geschobene Entscheidungen wurden/werden beschleunigt. Nicht nur

von seiten der jugoslawischen GastarbeiterInnen. TürkInnen, die bisher einer Staatsbürgerschaftsannahme unentschlossen oder reserviert gegenüberstanden, holen in den letzten Jahren (deutlich) auf. Jahr für Jahr erhöht sich die Zahl der Antragstellungen und Verleihungen.

Vorarlberger Einbürgerungsquote (37)

	TürkInnen	JugoslawInnen
1990	1,3 %	5,7 %
1993	14,5 %	16,7 %

Auch wenn die Ex-JugoslawInnen – als Gesamtgruppe – bei den unmittelbaren Einbürgerungen 1995 noch vorne liegen (JugoslawInnen = 205/TürkInnen = 138), stellt die Gruppe der Türken bereits die Mehrheit der neuen österreichischen StaatsbürgerInnen (unmittelbare und mittelbare Einbürgerungen: TürkInnen = 355/JugoslawInnen = 339).(38)

Hier wie dort sind es vor allem die Jungen, die diesen Schritt verstärkt setzen oder setzen wollen. Auch wenn ihnen das Einheimisch-Werden oder das Dazugehören schwer gemacht oder weiterhin verweigert wird. Viele sehen ihre Zukunft illusionslos hier – in Ermangelung einer anderen Heimat.(39) Gegenüber der zweiten und dritten Generation, teilweise oder großteils schon in Vorarlberg aufgewachsen und der Landessprache – vor allem des Vorarlberger Dialektes – mächtig, funktioniert der soziale Ausschluß zwar ebenfalls auf vielen Gesellschaftsebenen, dennoch erfahren ihre Anträge im Rahmen des Staatsbürgerschaftserwerbes „größere Nachsicht“.(40)

Obwohl die Altersstatistik eine Jugend-Schlagseite aufweist, verteilen sich Anträge und Erwerbungen über ein weites Altersspektrum; in der „Berufsstatistik“ 1995 scheinen auch elf Pensionisten auf (sieben Jugoslawen, vier Türken).(41) Ist es bei den Jungen die „natürliche“ Distanz zum Herkunftsland der Eltern, so löst die lange Abwesenheit von der Heimat bei älteren GastarbeiterInnen nicht nur Verklärung und Idealisierung aus, sondern ebenso Entfremdung, teilweise Enttäuschung und das Gefühl, als Tauschobjekt mißbraucht worden zu sein: „Die Türken (der türkische Staat) wollen nur Devisen. Sie fragen überhaupt nicht, wie es uns hier geht.“ Daneben verärgern auch Selbstherrlichkeit und Abgehobenheit von eigenen Konsulatsbeamten oder des aus den

Herkunftsländern für den muttersprachlichen Unterricht entsandten Lehrpersonals.(42)

Alter der im Jahre 1995 eingebürgerten Personen einschließlich der mittelbaren Einbürgerungen (43)

Frühere Staatsbürgerschaft	Vollendete Altersjahre						Gesamt
	Unter 15	15-20	21-30	31-40	41-50	über 50	
BRD	-	2	1	2	-	-	5
Italien	1	2	-	-	-	-	3
Schweiz	-	-	-	-	-	1	1
Bosnien	34	34	26	14	36	7	151
Kroatien	12	2	15	6	9	1	45
Serbien, Montenegro	38	25	42	14	14	1	134
Slowenien	3	1	4	1	-	-	9
Türkei	113	57	54	72	49	10	355
Indien	3	-	-	3	1	-	7
Polen	2	2	1	-	2	2	9
Ungarn	1	-	1	-	2	3	7
Tunesien	3	1	2	1	-	-	7
Andere	2	1	10	13	8	4	38
Gesamt	212	127	156	126	121	29	771

Einen leichten Anstieg verzeichnen sogar die Einbürgerungen aufgrund eines Rechtsanspruches, konkret aufgrund der Verehelichung von AusländerInnen mit ÖsterreicherInnen. 1993 waren es insgesamt 40 (31 JugoslawInnen, davon zehn Männer; neun TürkInnen, davon eine Frau), im Jahre 1995 waren es 31 (26 JugoslawInnen und fünf TürkInnen); bezogen auf die Gesamtzahl der Einbürgerungen handelt es sich um 5,8 beziehungsweise 4,4 Prozent.(44)

Hatte Vorarlberg noch 1992 die drittniedrigste Einbürgerungsquote Österreichs, so rückte das westlichste Bundesland 1993 an die zweite Stelle hinter den Einbürgerungsleader Wien.

Die Landesbehörden haben auf die höhere Einbürgerungsneigung mit höherer „Verleihungsbereitschaft“ reagiert. Sie haben zumindest die Trends der letzten Jahre nicht einfach ignoriert, konnten sie teilweise nicht (mehr) ignorieren: So zum Beispiel das Faktum der vielen im Land aufgewachsenen, der Landessprache mächtigen AntragstellerInnen – oder die Gruppe der schon über (ein) Jahrzehnt/e hier arbeiten-



Türkische Arbeiter sind von Vorarlberger Baustellen schon lange nicht mehr wegzudenken.

(Foto: VN Archiv)



Türkisches Ehepaar in einer typischen Altbauwohnung; Lustenau 1991.

(Foto: VN-Archiv)

den, zum Volkseinkommen beitragenden InteressentInnen, aber auch das Phänomen der PensionistInnen ohne „Heimkehr“-Absicht.

Einbürgerungen nach Bundesländern einschließlich der mittelbaren Einbürgerungen (45)

Bundesländer	1992	1993	1994
Burgenland	78	108	246
Kärnten	224	324	240
Niederösterreich	775	1.292	1.541
Oberösterreich	1.186	1.431	1.682
Salzburg	307	358	454
Steiermark	316	587	671
Tirol	413	569	670
Vorarlberg	458	810	589
Wien	7.899	8.671	9.261
Ausland	264	252	916
Österreich	11.920	14.402	16.270

Einbürgerungen nach Bundesländern (pro tausend Ausländern)

Bundesländer	1992	1993	1994
Burgenland	7,2	9,6	20,8
Kärnten	10,5	11,9	8,6
Niederösterreich	8,9	13,9	16,8
Oberösterreich	12,3	13,9	15,3
Salzburg	10,9	7,0	8,0
Steiermark	10,5	11,5	12,5
Tirol	8,3	10,3	11,3
Vorarlberg	6,2	15,7	11,3
Wien	42,5	35,2	35,5
Ausland	-	-	-
Österreich	26,2	22,3	20,9

Positive Impulse hat dabei – überraschenderweise und unerwartet – das Ausländer-Volksbegehren gesetzt. Dieses von den Freiheitlichen initiierte, Anfang des Jahres 1993 durchgeführte Volksbegehren hat zwar auch in Vorarlberg Ressentiments geschürt und verbalen Ausländerhaß in Teilbereichen der Öffentlichkeit salonfähig gemacht. Auf die ab 1993 sich mehrenden Gewaltakte – Brandanschläge gegen ausländische Wohnungen, Häuser und Moscheen – wurde bereits hingewiesen.(46)

Eine Mehrheit – alle anderen Parteien, VertreterInnen des öffentlichen Lebens, der Kirchen, die Gewerkschaften, Vertreter der Wirtschaft, ver-

schiedenste Initiativen, et cetera – steuerte allerdings der Ausländer-Raus-Stimmung entgegen. Dies vollzog sich vorwiegend in Diskussionsforen, schlug sich partiell aber doch auch in konkreten Ergebnissen und Maßnahmen nieder. So konnte Vorarlberg mit dem Resultat des Volksbegehrens zufrieden sein, lag das Landesergebnis – trotz des hohen Ausländeranteils und trotz der relativ hohen Zustimmung zur Politik der Freiheitlichen im Lande – mit seinen 6,3 Prozent doch unter dem österreichischen Durchschnittswert von 7,37 Prozent. Im „AusländerInnen-Bezirk“ Dornbirn war die Beteiligung aber überdurchschnittlich gewesen (7,9 Prozent).(47)

Vom Gegenkurs zur „Ausländer-Raus-Politik“ profitierten (auch) StaatsbürgerschaftsanwärterInnen. Zeigt die Staatsbürgerschaftsstatistik für 1995 – gegenüber 1993 – auch leicht sinkende Werte, so herrscht im Amt der Vorarlberger Landesregierung dennoch die Überzeugung vor, „daß das Ländle in Zukunft zu den Bundesländern mit der höchsten Zahl von Einbürgerungen zählen (wird)“.(48)

5. Die Zweite Generation: Integrationsfelder und Integrationschancen

5.1. Einschätzungen – Vorstellungen

In der Eigen- und Fremdwahrnehmung ändert der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft wenig. Die Eingebürgerten werden von ihrer Umgebung weiterhin als TürkInnen und JugoslawInnen wahrgenommen und behandelt. Die Mehrheit der Eingebürgerten fühlt sich als Türke/Türkin oder Jugoslawe/Jugoslawin mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Würde und wird für einen Teil der Zuwanderer – vor allem der zweiten Generation – die Einbürgerung zur Absicherung von Rechten bedeutungsvoll, so stand und steht eine Mehrheit diesem möglichen Integrations- und Aufstiegsvehikel skeptisch gegenüber.

Auf der einen Seite verursacht der Staatsbürgerschaftswechsel eigene Unsicherheiten. Auf eine Rückkehrgarantie beziehungsweise die Perspektive auf Rückkehr in das Herkunftsland (der Eltern) wollen die Betroffenen nicht verzichten: „Als türkischer Vorarlberger in Österreich bleiben, studieren und arbeiten, aber die Brücken zur Türkei nicht abbrechen.“ (1) So oder ähnlich erhofft sich eine höhergebildete Elite von Gastarbeiter-Jugendlichen die Zukunft.

Auf der anderen Seite steht die Erfahrung, daß nicht einmal die Einbürgerung vor Diskriminierung und Ausgrenzung schützt. Trotz der verbesserten Rechtsstellung lassen sich mit der Staatsbürgerschaft allein die Integrationshürden kaum überspringen. Abgesehen von einem – allerdings sehr begrenzten, nur einer Minderheit offenstehenden – Bildungsaufstieg, und einem damit verknüpften gesellschaftlichen Einstieg, gibt es relativ wenig Bereiche mit (gut) funktionierenden Integrationsmechanismen.

5.2. Integration über Sport – konkret: Fußball

Sport und Fußball sind jene Freizeit- und Gesellschaftssegmente, die die bisher höchsten Integrationschancen bieten. Neben dem Spitzenreiter Fußball interessieren sich Gastarbeiter-Jugendliche für Handball, Basketball oder auch für Leichtathletik. Besonders begehrt sind verschiedenste Kampfsportarten, die vor allem von männlichen Türken ausgeübt werden. Mit Karate, Boxen, Ringen, Kickboxen spielen die diversen Formen der Körperertüchtigung eine große Rolle. Die Kampfsportvariante Tae Kwon Do ist nicht nur unter den männlichen Jugendlichen begehrt, sie findet relativ starken Zulauf auch von seiten der Mädchen.(2) Finanzstärkeren Türken oder Jugoslawen stehen heute teilweise auch Fitness-Studios offen, zumindest jene Studios, die ein breitgestreutes Publikum haben und dieses ausschließlich nach der Zahlungsfähigkeit taxieren. Vermutlich handelt es sich aber auch hier um „Ausländer“, bei denen die Zugehörigkeit zu bestimmten Vereinen als Entreebillet funktioniert.

Die Idee, den Sport und speziell den Fußball als Integrationsmedium zu nutzen, ist nicht neu. Seit den sechziger Jahren wird die aktive Sportausübung als mögliche Eingliederung für Ausländer auch diskutiert. Bevor den Gastarbeiter-Ausländern die sportliche Betätigung in österreichischen/Vorarlberger Vereinen gestattet wurde, erfolgte der Aufbau eigenständiger Mannschaften im Rahmen eines sehr eng begrenzten Gastarbeiter-Freizeitprogramms. Erst entstanden einige jugoslawische und türkische Fußballvereine, später etablierten sich sowohl eine eigene „Jugo“-Liga als auch eine türkische Liga in Vorarlberg.(3)

Heute treten im Rahmen der Fußball-Eigenorganisationen die Jugoslawen sowohl als Einheit, als auch als isolierte Gruppen auf: „Mit Unterstützung öffentlicher und privater Stellen ist es gelungen, eine türkische, eine bosnische, eine kroatische und eine jugoslawische Fußballiga zu gründen und Meisterschaften durchzuführen.“(4)

Definieren wir Integration als „den Zugang und die Partizipationsmöglichkeiten eines Akteurs an gesamtgesellschaftlich relevanten Statusdimensionen“(5), dann erscheint Fußball als idealer, möglicher Integrationsraum. Dem Fußball kommt eine hohe gesellschaftliche (ökonomische) Bedeutung zu: als Nationalsport, als Profi-Sport in den oberen Ligen, als Amateur-, Hobby- und Breitensport für die Jugend. Durch die zusätzliche starke Präsenz von Fußball in den Massenmedien

beteiligt sich (mindestens) ein Zehntel der österreichischen/ in Österreich lebenden Bevölkerung aktiv oder passiv am Fußballgeschehen. Die Akteure genießen ein relativ hohes Sozialprestige (abgestuft nach Ligen und Vereinen).

Im Falle von Gastarbeitern/Ausländern kann Fußball in doppelter Weise wirken: Hand in Hand mit der Integration bietet Fußball die Chance zum sozialen Aufstieg beziehungsweise zur Statusverbesserung. Fußballsport war/ist einer der wenigen Sport-/Gesellschaftsbereiche, der einen fast voraussetzungslosen Zugang und Aufstieg zuließ/zulässt. Als Auffang- und Rekrutierungsbecken für Spieler aus dem Arbeiter- und Unterschichtenmilieu hat Fußball – neben seinen frühen bürgerlichen Wurzeln – Tradition.(6) In dieser Traditionslinie ist die Offenheit gegenüber Spielern aus der neuen Unterschicht (Südtiroler und Innerösterreicher nach dem Zweiten Weltkrieg, heute Gastarbeiter) zu sehen, trotz eines teilweisen Wandels beziehungsweise einer spezifischen Mitglieder- und Anhängerstruktur der Vereine.

Zwischenzeitlich spielen in fast allen österreichischen/Vorarlberger Fußballvereinen – neben den Legionären (= über Transfers erworbene Ausländer) auch „Gastarbeiter“. Ex-Jugoslawen und Türken – vor allem der zweiten und dritten Generation – konnten Fuß fassen und wurden zu einem unverzichtbaren Bestandteil von Vereinen. Ob sie das so empfinden? Jedenfalls spielt ein Teil daneben in eigenen Vereinen und Ligen. Als Motive werden „Verbundenheit mit Freunden, mehr „Wärme“, höhere Übereinstimmung im lustbetonten Spiel, Zusammengehörigkeit“, und ähnliche Gründe genannt.(7) Die Sehnsucht nach diesem Stück Heimat kann zum Konfliktpotential werden, und zwar dann, wenn die Spieltermine der beiden Ligen sich überschneiden.

Neben den Gastarbeitern stellen Zuwanderer/Flüchtlinge aus Ost- und Südosteuropa ein begehrtes Spielerreservoir. Ex-jugoslawische Fußballer spielen in Unterliga-Vereinen oft nicht nur wegen der finanziellen Entschädigung, sondern auch für eine existenzielle Absicherung (Aufenthaltsgenehmigung, Wohnung, Job). Auch bei dieser Gruppe gibt es Interesse für den eigenkulturellen Freizeitkick.(8)

Der Bedeutung ausländischer Spieler in österreichischen/Vorarlberger Mannschaften wurde durch eine abgeänderte rechtliche Regelung Rechnung getragen. Die geltende Aufstellungsbegrenzung auf drei ausländische Spieler pro Mannschaft wurde insofern abgeändert beziehungsweise umgangen, indem Gastarbeiter der zweiten Generation

beziehungsweise Jugendliche einen Sonderstatus erhielten. Türkische und jugoslawische Knaben und Jugendliche wurden/werden von ihren Klubs als Inländer geführt und bleiben bei ihren Stammvereinen auch über die Jugendzeit hinaus Österreicher (bis zu fünf Spieler pro Team). Die Fußballfelder boten und bieten sich als jene Räume an, in denen Gastarbeiter-Kicker – und vor allem der Nachwuchs (auch ohne österreichische Staatsbürgerschaft) – fast als Österreicher/Vorarlberger behandelt wurden und werden. Nicht unbedingt im Umgang, aber rechtlich-formal, um die zugelassenen drei Plätze für tatsächliche Ausländer freizuhalten.(9)

Zur Bedeutung der Ausländer für den Vorarlberger Fußball beziehungsweise zum damit verknüpften Wandel von Mannschafts- und Funktionärsstrukturen in der Vorarlberger Fußballszene liegen noch keine Untersuchungen vor. In den Arbeiten zum Thema „Gastarbeiter/zweite Generation“ wird dieses mögliche Integrationsfeld nur ange-tippt. Für eine Erstanalyse wurde das im Frühjahr 1995 aus der Taufe gehobene und im selben Herbst zum zweiten Mal erschienene „Vorarlberger Fußballjournal“ ausgewertet; ergänzend wurden Experteninterviews geführt.(10)

Der Umstand, daß zahlreiche „fremde“ Spieler in den Vorarlberger Mannschaften vertreten sind, belegt Öffnung und Zugangsmöglichkeiten, aber nicht Ausmaß und Auswirkungen von erfolgter und erlebter Integration. Bei einem oberflächlichen Blick in die Kataloge bleibt die Bedeutung der Ausländer für den Vorarlberger Fußball zunächst verborgen. In ihren Vorworten gehen weder Fußballpräsident noch der zuständige Sportlandesrat auf dieses Thema ein, erwähnen beispielsweise nicht, daß eine große Zahl der 7.000 Nachwuchskicker – „die Zukunft des Ländle-Fußballs“(11) – aus der Gastarbeiterbevölkerung stammt.

Ansatzmöglichkeiten für die Analyse bieten die als türkisch oder als „jugoslawisch“ identifizierbaren (Spieler)-Namen. Eine Klärung, ob es sich um österreichische oder nicht-österreichische Türken oder Serben/Kroaten/Bosnier handelt, wurde unterlassen, zumal diese Differenzierung den Erklärungswert kaum erhöht. Marschik/Kordik, die eine Erhebung zur Ausländerintegration in den Wiener Fußballvereinen durchgeführt haben, unterscheiden analog zwischen „fremden“ (= nicht-deutschsprachigen) und „inländischen“ (= deutschsprachigen) Spielern.(12) In unserem Fall bilden die Gruppe der „Fremden“ Ex-

Jugoslawen und Türken, sowohl Legionäre, als auch Gastarbeiter und Flüchtlinge.

Unter den zirka 1.600 erwachsenen Ländle-Kickern liegt der Anteil dieser „Fremden“ bei 14 Prozent. Wir finden sie in fast allen Ländle-Vereinen, angefangen bei der Ersten und Zweiten Division, in der Regionalliga, Vorarlbergliga, in den drei Landesklassen, ja bis hin zur Bregenzerwaldliga. Und wir finden sie verteilt auf alle Spielerpositionen und teilweise rangieren sie weit oben in den Torschützenlisten. Das quantitative Verhältnis „Inländer“/„Fremde“ weist erhebliche Unterschiede auf. Verfügen einige Vereine nur über wenige ausländische Starspieler, so spiegeln andere Formationen den hohen örtlichen/regionalen Ausländeranteil in der Bevölkerung wider. Teilweise ergibt sich eine Verdichtung nach unten.⁽¹³⁾ Zahlreiche Klubs in Vorarlbergliga und Unterliga zeigen hohe Ausländeranteile (Legionäre und zweite Generation). Die Ausländeranteile sagen selten etwas über die politische Zuordnung der Vereine/der Vereinsführung aus.

Von den über 200 ausländischen Spielern üben nur zwei eine Führungs- und Leitfunktionen (= Mannschaftskapitän) aus; daneben gibt es aus ihren Reihen fünf Trainer (von 74 = 6,7 Prozent), einen Co-Trainer und einen sportlichen Leiter. Im übrigen präsentieren sich die Vereine (Management, Führung) „inländisch“. In eine – allerdings nicht von den Vereinen zu besetzende – Domäne gelingt es Gastarbeitern-/Ausländern sukzessive einzudringen. Wenn auch vorerst vorwiegend im „Unterhaus“, so bietet diese Position, das Schiedsrichteramt, ein gewisses Maß an Autorität und Macht.⁽¹⁴⁾

Gegen eine zu positive Einschätzung der gesellschaftlichen Einbindung via Fußball und einen damit verknüpften möglichen Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit – über diese Form des intensiven gegenseitigen Kennenlernens – sprechen sich Insider der Vorarlberger/österreichischen Fußballszene aus.

Der dem Fußballsport aufgrund verschiedenster Faktoren eingeräumten Integrationsfähigkeit, zum Beispiel durch die nahezu weltweit identen Spielregeln, durch non-verbale Verständigungsmöglichkeiten, durch eine die Solidarität fördernde Teamsportstruktur – gemeinsam wird gegen gegnerische Mannschaften das gleiche Ziel angestrebt („Einer für alle, alle für einen!“) –, arbeitet eine analog den Gesetzen des Marktes und der Arbeitswelt funktionierende Konkurrenzgesellschaft entgegen. Und dies vor allem – oder potenziert – im Profi-Bereich



Neue Heimat? Am Dorfbrunnen von Frastanz 1987.

(Foto: Nikolaus Walter)



Wahrung von Traditionen in der Fremde: islamisches Beschneidungsfest in der Dornbirner Stadthalle im September 1992.

(Foto: Nikolaus Walter)

und in den höheren Ligen, wo das Fußballfeld als Arbeitsstätte fungiert. In der Fußballwelt kann es allerdings passieren, daß das Verhältnis oder die Hierarchie Inländer/Ausländer im Vergleich zu Wirtschaft und Arbeitswelt geradezu auf den Kopf gestellt wird: ein Teil der Ausländer (Legionäre) agiert als Stars und darf die Feinarbeit machen, während Inländer, aber auch andere Ausländer, das Grobe (die Zuarbeit) besorgen. Der Verzicht auf Ausländer bedeutet Attraktionsverlust und kann den Rückfall in Mittelmäßigkeit (und damit finanzielle Verluste) bedeuten.

Diese Umkehr der Verhältnisse, die die Mängel der einen und die Vorzüge(Bevorzugung)/Übermacht der anderen – von „Fremden“ – offenlegt, kann den Abbau von Vorurteilen blockieren oder aber Vorurteile geradezu verstärken. Die Brüche beziehungsweise Gruppen- und Freundschaftsbildungen innerhalb von Mannschaften verlaufen deshalb nicht eindeutig entlang der Linie Inländer/Ausländer; sie folgen anderen Vorgaben, können beispielsweise Stars und das „Fußvolk“ auseinanderdividieren.(15)

Auch die Ergebnisse der Wiener Studie verweisen in diese Richtung, dämpfen zu hohe Erwartungen. Die dabei befragten 80 in- und ausländischen Spieler, Trainer und Funktionäre lieferten weitgehend geschönte Antworten, die ein ideales Miteinander demonstrieren sollten, unterschwellig oder in den inoffiziellen Gesprächsabschnitt flossen allerdings gängige Vorurteile, Ablehnungen und gegenseitige Kritik ein. Ähnlich wie in der Arbeitswelt klagten die Fremden über zu geringe Kontaktangebote durch die Inländer. Interessantes Untersuchungsdetail: Konträr zu anderen europäischen Ländern leiden nicht nur die Gastarbeiter-Fußballer, sondern auch die fremden Stars unter Diskriminierung.(16)

Besser funktioniert das Miteinander unter den Jungen, obwohl gerade in den Schüler- und Jugendabteilungen die Fremdenanteile stark ansteigen. Die partielle Übergabe der (aktiven) Fußballarena an die „Fremden“ beziehungsweise der Rückgang der Inländer korrespondiert mit neuen Freizeitinteressen und Lebensstilen. Ausschlaggebend für den großen Zustrom von ausländischen Jugendlichen zum Fußball – und schließlich deren Aufnahme und Akzeptanz – ist nicht nur deren Talent und Können. Das Desinteresse der einheimischen Kinder und Jugendlichen sowie die Zugangsbeschränkungen für „konsumschwache“ ausländische Jugendliche zu anderen Freizeitfeldern wirken hierbei ineinander. Und schließlich werden besonderes Engagement, Ehr-

geiz, Trainingsfleiß und Einsatz von „jungen Fremden“ nicht grundlos von Aufstiegs- und Integrationshoffnungen genährt.

Tatsächlich ist es den „Fremden“ – und auch den Gastarbeitern – gelungen, in einem bis dato bedeutenden gesellschaftlichen Raum einen überproportionalen Abschnitt für sich zu erobern. Und obwohl der Fußball die in ihn gesetzten Integrationshoffnungen nur teilweise erfüllt – aufgrund seiner (kapitalistischen) Funktionsweise nur teilweise erfüllen kann –, gewinnen die „fremden“ Akteure dennoch Startvorteile in „unserer“ Gesellschaft. Die in Stadien und Fußballfeldern erworbenen (Macht)Positionen wirken in den fußballfreien Alltag hinüber. Zusammen mit Gehältern und Zusatzverdiensten sowie der Teilhabe an über Verbände- und Vereinsstrukturen wirksam werdenden Beziehungen (zum Beispiel Vermittlung von besseren Jobs und Wohnungen, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen), kann die soziale Besserstellung den Übergang von einer zunächst nur oberflächlichen zu einer tatsächlichen Integration bewirken.(17)

5.2.1. Gesellschaftsanalytische Erkenntnisse vom „Fußballfeld“

- Der Fußball funktioniert analog der Wirtschaft. Die Behandlung von Ausländern ist in beiden Bereichen nahezu deckungsgleich. Der Fußball bietet aber – anders als die Wirtschaft – diskriminierten (männlichen) Gastarbeitern, Zuwanderern, Asylanten einen rascheren beziehungsweise relativen gesellschaftlichen Aufstieg.
- Daneben liefert Fußball ein Kontrastbild zu Wirtschaft und Arbeitswelt. Während dort Ausländer jene minderwertigen Arbeiten machen, die die Österreicher/Vorarlberger nicht wollen, tun im Fußball Fremde oft das, was Inländer nicht können. Während in der Arbeitswelt theoretisch der Rücktausch Inländer statt Ausländer als Möglichkeit besteht, entsteht im Fußball beim Verzicht auf Ausländer ein nicht zu füllendes Vakuum.
- Fußball liefert ein gutes Beispiel dafür, wie selbstverständlich – hier „im Interesse des Sports“ –, gesetzliche Regelungen aufgebrochen oder flexibilisiert wurden/werden, so zum Beispiel, wenn fußballspielende Gastarbeiter (der zweiten und dritten Generation) im

Interesse ihrer Vereine zu Inländern gemacht werden, nach dem Motto: Ausländer ist doch nicht gleich Ausländer! – oder: „Wer Ausländer ist, bestimmen wir!“

- Fußball liefert ein Beispiel dafür, wie Klubfunktionäre und Trainer ihren politischen oder weltanschaulichen Haltungen diametral entgegenwirken. Zwar nicht in Vorarlberg, denn dort gibt es keine FPÖ-Vereine, aber in anderen Bundesländern, weisen auch freiheitliche Vereine (hohe) Ausländeranteile auf und die verantwortlichen Funktionäre können konträr zu Ideologie und Programmatik ihrer Partei agieren und sich beispielsweise für Aufenthaltsgenehmigungen und Jobs von Asylanten engagieren. Die Motivation des Erwerbs von möglichst billigen, guten Fußballern kann andere (irrationale) und politische Haltungen zurückdrängen. Dadurch wird, wenn auch unbeabsichtigt und möglichst im Geheimen, Ausländerfreundlichkeit praktiziert.(18)
- Der Integration von Ausländern entgegen wirkt Fußball in seiner Funktion als Massenmobilisationsphänomen zur Herausbildung und Festigung nationaler Identität. Patriotische, nationalistische Manifestationen lassen sich über Fußball „spielend“ aktivieren. Sie erfahren eine Verschärfung durch die in den letzten Jahren/im letzten Jahrzehnt erfolgte Radikalisierung innerhalb von Fan- und Zuschauergemeinden. Einem „quasi institutionellen Rassismus“ im professionellen Fußball treten in jüngerer Zeit allerdings gehäuft antirassistische Initiativen entgegen.(19)

5.2.2. „Damen“-Fußball

In Österreich, in Europa, gilt die Fußballszene als fast reine Männerarena. Fußball wird in unseren Breitengraden mit männlicher Härte und kriegerischen Attributen assoziiert. Trotzdem gibt es seit einigen Jahren in Österreich – und auch in Vorarlberg – „Damenmannschaften“ und mittlerweile auch ein Nationalteam. Während die Entwicklung österreichweit derzeit stagniert, zeigt Vorarlberg einen Aufwärtstrend. Inzwischen gibt es sieben Vereine bei den „Damen“ (Regionalliga, Vorarlbergliga und Landesliga). Die Ausweitung zeigt sich vor allem im

Nachwuchsbereich. Vorarlberger Damen kicken auch bereits im Ausland als Legionärinnen.(20)

Trotz der „Erfolge“ und der Zuwächse beim Damenfußball in Vorarlberg wird das ökonomisch-bedeutungsvolle Massenphänomen Fußball ein männliches Feld bleiben. Viele emanzipierte und feministische Frauen beachten diesen Sport nicht, oder sie lehnen ihn ab. Dieser für Frauen umstrittene Sport – eine Minderheitenszene – würde uns hier nicht weiter interessieren, hätte er nicht eine Sogwirkung auch auf „jugoslawische“ und sogar auf türkische Frauen und Mädchen.(21) Dieser Trend zeichnet sich auch in anderen Bundesländern und in Deutschland ab. Ausländischen Mädchen/jungen Frauen – vor allem den TürkInnen – stehen kaum Freizeitmöglichkeiten und -räume offen. Einige nutzen ganz einfach die ihnen gebotene Möglichkeit und/oder signalisieren damit ihren Familien/Gruppen ein Abrücken von der Herkunftsgesellschaft. Weniger fußballbegeisterte Mädchen setzen entsprechende Signale in der Arbeitswelt und wählen beispielsweise einen als „typisch männlichen“ definierten Lehrberuf.(22)

Die Ausweitung des Frauenfußballs zu einem bedeutsamen Gesellschaftssektor bleibt vorerst ein Fragezeichen. Die heute im Profifußball praktizierte – und vermutlich auch nicht mehr verzichtbare – Härte, scheint eine umfassendere (und auch materiell interessante) Forcierung von Frauenfußball von vornherein auszuschließen. Bei den derzeitigen weiblichen Gastarbeiterjugendlichen wird „Damenfußball“ vermutlich noch kaum oder nur begrenzt als ein – den Männern vergleichbares – Integrations- und Aufstiegsvehikel wirksam werden.

Bei den Türken kann das ungewohnte Engagement von Töchtern den totalen Ausschluß aus der Familie nach sich ziehen. Liberalere oder realistischere (angepaßte?) Mütter/Eltern akzeptieren das neue Freizeitvergnügen von Töchtern als das sogenannte kleinere Übel. Als eines der anderen, großen Übel gilt beispielsweise das Rauschgift. Die Angst hat ihre Ursachen. Schon seit Jahrzehnten gilt das Ländle – aufgrund der Grenzlage beziehungsweise durch die Etablierung türkischer Dealer – als „Drogenzentrum“. Das Geschäft mit dem Rauschgift blüht und die Zahl der Süchtigen und Drogentoten ist überdurchschnittlich hoch. Auch ausländische Jugendliche bleiben davor nicht verschont.(23)

5.3. Weitere Freizeit- und Integrationsfelder: Konsum –

Mode – Kultur

Neben den Integrationsmöglichkeiten über Sportvereine kann sich über Teilhabe am Konsum die Tür zur Gesellschaft weiter öffnen. Dies ist ein jüngerer Entwicklungsstrang, daß mit dem Besitz bestimmter (modischer) Konsumartikel partielle Zutrittschancen entstehen. Firmenmarken fungieren als neue Prestige- und Abgrenzungsmittel, verwischen – vordergründig – Schicht-/Klassengrenzen. Von diesem Markenfetischismus profitieren vor allem einige Marktleader. Für die Gastarbeiter-Jugendlichen mit ihrer begrenzten Kaufkraft sind aber auch hier sehr enge Zugänge gegeben.

Durch die begrenzten Aufstiegsmöglichkeiten für jugoslawische und türkische Zuwanderer gibt es für die Jugend kaum Vorbilder. Nur wenige ragen aus den eigenen Reihen heraus oder genießen in der Gesamtgesellschaft Respekt und Ansehen. Zirka 90 Prozent der türkischen und jugoslawischen Beschäftigten in Vorarlberg gehören dem Arbeiterstand an, der Rest teilt sich auf Angestellte und andere Berufsklassen auf.(24) Auch die Angestellten sind fast ausnahmslos in niedrigen Positionen.

Die religiösen und patriarchalen Führer und Autoritäten der eigenen – über Eltern und Verwandte festgeschriebenen – Binnengesellschaften werden von integrationswilligen Jugendlichen nicht immer und uneingeschränkt akzeptiert, mitunter gar abgelehnt, zumal deren Einfluß und Macht in der Mehrheitsgesellschaft sehr begrenzt sind.

Sieht man von diplomatischen oder religiösen Persönlichkeiten ab, so finden wir noch eher im türkischen Milieu „mächtige Männer“, zum Beispiel solche, die sich durch ihre Nähe zum Drogengeschäft eine Position aufbauen konnten, oder Funktionäre aus der Gruppe der „Grauen Wölfe“. Die Mächtigen aus diesen Gesellschaftskreisen sind nicht gerade als positive Vorbilder einzustufen, auch wenn sie unter Umständen – durch ihre Machtposition in der türkischen Gastarbeitergesellschaft – von Vorarlberger Politikern in der Vergangenheit als Kontaktpersonen genutzt wurden.(25) Ist heute die Organisationstätigkeit der „Grauen Wölfe“ im Ländle eher rückläufig, so strahlt das massive Engagement und Auftreten diverser extremer Gruppierungen in der Türkei oder in anderen Ländern, zum Beispiel im benachbarten Deutschland, auch

auf Vorarlberg aus. Integrationsgescheiterte Jugendliche zählen zu den besonders Umworbenen.(26)

In den letzten Jahren kristallisiert sich ein neuer Trend heraus. In Kunst und Kultur wird der multikulturellen Gesellschaft ab und an eine Reverenz erwiesen. So wurde 1991 die (deutsche) Türkin Emine Özdamar mit dem Klagenfurter Ingeborg-Bachmann-Preis ausgezeichnet.(27)

Auch im Land gibt es mit Kundeyt Surdum einen Literatur-Preisträger (Hebbel-Preis). Darüber hinaus gibt es einige andere Literaten, die publizieren und bei Veranstaltungen auftreten. Oft zeigen die Jungen aber Desinteresse für jene Kulturprodukte, die die ohnehin bekannte Diskriminierung zum Inhalt haben. So suchen sie ihre Idole vielfach woanders, in anderen Milieus und Szenen, zum Beispiel in der Werbe- und Modelbranche. Dort findet das „fremde Gesicht“ Eingang, teilweise sogar in Leitpositionen. Ethno-Look, außereuropäische Kleider- und Musikvorlieben der Jungen beeinflussen diese Szene. Schon 1989 gelang es einem jungen Türken zum „Mister Vorarlberg“ gekürt zu werden.(28) 1995 wurde in Deutschland aus einer Schar von 200.000 MitbewerberInnen ebenfalls ein junger Türke zum männlichen „Gesicht des Jahres“ gewählt.(29)

Für die Nachkommen der Gastarbeiter wirkt die Überhöhung „des Fremden“ identitätsstärkend. Was bedeutet sie aber für die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft: Nur eine Modeerscheinung oder eine sachte Trendwende, die, wenn auch nur oberflächlich – und kaum reflektiert –, dennoch das Bewußtsein berührt? In diesen Trend fällt partiell auch eine Kür aus dem europäischen Fußball. Dort wurde ein Schwarzafrikaner (George Weah) zum europäischen Fußballer des Jahres 1995 gewählt. Erstmals waren Nicht-Europäer, die bei europäischen Vereinen spielen, auch zugelassen. Zweiter wurde ein Deutscher, gefolgt von einem Finnen.(30)

Zwei Entwicklungen, die auf den ersten Blick nicht zusammengehen, und dennoch dieselbe Tendenz aufweisen, sind zu beobachten:

- Bei einem Teil von Jugendlichen wird Anti-Rassismus zum Lifestyle. Teilweise unreflektiert, und bar jeder ideologischen Komponente, werden kulturelle Versatzstücke und Idole aus allen Welten zusammengetragen. Identitäten werden nur noch über Kleiderordnungen – über Firmenmarken und Logos – zum Ausdruck gebracht.

- Im Fußball – oder in anderen Sportarten – muß durch die neue Begeisterung für „Fremde“ (auch für „Schwarze“) die Reichweite des Patriotismus erweitert werden. Wie sonst sind die vielen ausländischen Stars als nationale Heroen zu vereinnahmen? (Daniel Cohn-Bendit: „Damit könnte man sozusagen den Patriotismus und Nationalismus mit seinen eigenen Waffen schlagen!“)(31)

Generell zeigen „JugoslawInnen“ höhere Bereitschaft zur „Verwestlichung“. Anpassungs- und Integrationsbereitschaft steigen mit dem (Aus)-Bildungsniveau der Jugendlichen. Das zeigt sich beispielsweise daran, daß türkische Jugendliche, die sich zwar der muslimischen Glaubensgemeinschaft zuordnen, mitunter nur noch geringe Kenntnisse über die eigene Religion und ihre Riten haben (32), auch wenn von vielen die Religion noch immer als sehr wichtig bezeichnet wird. Das mag vielleicht damit zu tun haben, daß viele Vorarlberger TürkInnen der Gruppe der Alewiten – einer sehr toleranten Richtung im Islam – zuzuordnen sind (6.000 laut Angaben des „Alewitischen Vereins“ in Wien). Stärker im derzeitigen Trend liegen aber trotzdem Traditionalisten und Fundamentalisten.(33)

Eine versuchte Neuorientierung scheitert aber noch viel zu oft an den Restriktionen und Ausgrenzungen durch das „Gastland“. Räumt den Jungen die Gesellschaft die Chance zu Anpassung und Modernisierung des eigenen Lebensstils ein, so wird sie von vielen ergriffen. Parallel dazu werden die innerkulturellen Normen in Frage gestellt. Die Kritik oder Infragestellung der elterlichen Traditionen basiert aber nicht nur auf in der Vorarlberger Mehrheitsgesellschaft beobachteten/erlebten freizügigeren Lebensformen, sondern orientiert sich (mitunter) auch am Herkunftsland Türkei. Jugendliche machen darauf aufmerksam, daß das türkische patriarchale Familiensystem in der ländlichen Türkei zwar sehr repressiv sei, in den Städten dagegen Reformen und Liberalisierungen spürbar sind, daß teilweise moderner gelebt (gedacht) wird als in Vorarlberg. Erfahrungshintergrund bilden eigene Reisen, persönliche Kontakte oder Literatur. Mit diesem Hinweis markieren sie sehr treffend die auch in Österreich/Vorarlberg bestehenden kulturellen und geistigen Ungleichzeitigkeiten, das Nebeneinander von vormodernen, modernen und postmodernen Lebens- und Bewußtseinslagen.(34)

Die Existenz einer kleinen Elite oder Avantgarde von jungen emanzipiert(er)en TürkInnen, mit etwas besserer oder höherer Bildung, ist noch kaum ins gesellschaftliche Bewußtsein eingesickert. Noch immer

dominiert „ein anderes Bild von der türkischen Frau“. Es ist geprägt durch die erste Einwanderungsgeneration, „deren Frauen – vorwiegend aus ländlichen Gebieten kommend –, der deutschen Sprache, des Lesens und Schreibens kaum mächtig waren, und zu denen schon zu Hause Atatürks Befreiungsambitionen nicht vorgedrungen waren“. (35)

Den Eindruck von relativer Rückständigkeit von Vorarlberger TürkInnen gewannen auch Istanbuler StudentInnen anlässlich der Ausstellung und Buchpräsentation „Landlos – Die Türken in Vorarlberg“ an ihrer Universität im März 1992. Ausstellung und Buch, konzipiert für die Vorarlberger/österreichische Bevölkerung, um Verständnis für die Lebenszusammenhänge der GastarbeiterInnen zu wecken, könnten geradezu das Gegenteil bewirken und Vorurteile verstärken, denn – so die Meinung oder die Bedenken von StudentInnen – die Darstellung wäre einseitig und klischeehaft. (36)

Sie wollten die starke – ihnen zum Teil fremde – Traditionsgebundenheit von Vorarlberger TürkInnen nicht glauben oder wahrhaben. Schließlich trafen bei dieser „Begegnung der besonderen Art“ nicht nur unterschiedliche Generationen, sondern Angehörige unterschiedlicher soziographischer Milieus (Schichten/Klassen) aufeinander. Trotz der starken Bindungen der MigrantInnen zur ehemaligen Heimat waren Distanz und ethnisch-kulturelle Auseinanderentwicklung nicht zu überdecken (Stichwort: Ethnogenese in der Fremde, reaktive Ethnisierung). Kundeyt Surdum, der Verfasser der Gedichte, begegnete bei diesem Anlaß einigen seiner ehemaligen StudienkollegInnen; sie in ihrer Funktion als Hochschulprofessoren, er dagegen – wenn auch preisgekrönter Lyriker und Übersetzer – doch ein Gastarbeiter aus Vorarlberg.

Die Istanbuler Rezeption der „Gastarbeiterdarstellung in Vorarlberg“ rückt zudem eine besondere Problematik im Zusammenhang mit affirmativer, ausländerfreundlicher Arbeit ins Blickfeld. Über eine möglichst authentische Kultur soll der Fremde den Einheimischen präsentiert und damit für ihn und seine Fremdheit geworben werden. Je traditionaler, desto besser. Übersehen oder nicht genug deutlich gemacht wird vielfach, daß die Fremden durch die Situation der Migration und durch ihre Lebensbedingungen im Gastland sich an Traditionen und Traditionsreste klammern, um Selbstachtung und Identität zu bewahren. So wird die früher aus dem Lebenszusammenhang heraus gelebte und entwickelte Kultur zur Restheimat – statisch und ohne Chance zur Weiterentwicklung. Zum Teil wird sie verändert, verformt, durch die

Verquickung mit den problematischen Lebensverhältnissen. So können positiv konzipierte – vom Wunsch nach Er- und Aufklärung getragene – Aktionen Impulse zur Retraditionalisierung setzen oder diese verstärken. Diese vielfach durch und im Umfeld von „Multi-Kulti“-Veranstaltungen mögliche „Verzerrung“ von Lebenswelten – und eine dadurch mögliche Festigung einseitiger Bilder und Klischees – trifft aber gerade auf das Buch „Landlos“ nicht zu. Die begrenzt mögliche Bildauswahl stammt aus den Vorarlberger Domizilen der GastarbeiterInnen und zeigt damit zwangsläufig ländlich-kleinstädtische Impressionen.

5.4. Gedämpfter Optimismus – Schubkraft der Verhältnisse

Traditionsgebundenheit und Rückschrittlichkeit können die nächste Generation, vor allem die weibliche Jugend, am Integrationsfortschritt hindern. Obwohl die ausländischen Jugendlichen in ihrer Sozialisation, Schul- und Berufsausbildung weiterhin benachteiligt sind, liegen heute die Chancen besser, aber fast nur, wenn das Aufstiegsinteresse von Eltern forciert wird. Faktum ist aber, daß neben den ausländerbenachteiligenden Maßnahmen, vielfach die eigene Familie, hier vor allem türkische Familien im Falle von Mädchen, einen besseren Berufsstart von (weiblichen) Kindern verhindern. Da die Zukunft der Mädchen noch immer in Ehe und Familie angesiedelt sein soll, wird eine berufliche Ausbildung als Fehlinvestition eingeschätzt. (Zur Erinnerung und zur Abschwächung des hochmütigen mitteleuropäischen Blickes auf diese rückständige Gesellschaft: Vor wenigen Jahren/Jahrzehnten(?) – zeitlich abgestuft nach Milieus – wurde in der österreichischen Gesellschaft kaum anders gedacht.)

Berufe mit (mehr) Sozialprestige – oder sogar ein akademisches Studium – werden gegenwärtig und in naher Zukunft die Ausnahme sein. Nur eine kleine Elite – zumeist schon aus der dritten Generation – schafft diesen Weg. Für die breite Masse von Gastarbeiter-Jugendlichen liegt ein sozialer, beruflicher Aufstieg bereits im Ergreifen eines Lehrberufs.(37) An der „InländerInnen-zuerst-Vergabe-Praxis“ der Arbeitsämter hat sich bis heute nichts geändert. Erst im September jedes Jahres erhalten AusländerInnen die noch offenstehenden Lehrstellen angeboten. Viele Jugendliche warten nicht bis zum Herbst, sondern

beginnen bereits im Sommer einen Hilfsarbeiterjob und bleiben dort hängen. Manche Betriebe verzichten auf ausländische Lehrlinge oder wählen schlechter qualifizierte InländerInnen. Für andere sind jugoslawische oder türkische Lehrlinge nicht „erste Wahl“, sondern Lückenbüsser.

In den letzten Jahren ist die Nachfrage nach ausländischen Lehrlingen aber größer als das Angebot. Erst über eine ausländerpolitische Maßnahme ist es gelungen, mehr Gastarbeiter-Jugendliche für Lehrberufe „zu interessieren“ und dadurch in die Nähe eines möglichen beruflichen Aufstiegs zu bringen. Teilweise gegen deren Willen und gegen den von Eltern, die lieber ein „schnelles Geld“ sehen möchten.(38) In Jahren der Lehrlingsknappheit erhalten sogar Neuzuzügler – auch ohne die Absolvierung der notwendigen Schuljahre in Vorarlberg/Österreich – eine Beschäftigungsbewilligung. Die Bewilligung ist allerdings an eine Lehrstelle gebunden. So zeigt heute auch die Zahl der türkischen Lehrlingmädchen eine steigende Tendenz.

Verschiedene Integrationsschritte beginnen erst bei der zweiten und dritten Generation von Zuwanderern zu greifen. Sie wurden selten aus Ausländerfreundlichkeit und nur teilweise aus Überzeugung geboren. (Daß es daneben andere, auf humanitärer und/oder christlich-religiöser Überzeugung basierende Minderheitenmaßnahmen auch gab, sei außer Zweifel gestellt.) Der sozioökonomische und demographische Wandel hat aber Entwicklungen beeinflußt und vorangetrieben, die heute partiell Gastarbeiter-Jugendlichen zugute kommen können. Die Jungen, die erfolgreich sind, bekommen den – nicht immer fairen – Konkurrenzkampf massiv zu spüren.(39)

Nach Einschätzung von Vorarlberger Politikern und Insidern der Szene bringen Gastarbeiter-Jugendliche heute allerdings genug Selbstbewußtsein mit, um sich einem „Kampf“ zu stellen:

„Wenn du jetzt einen Protestmarsch machst, dann kannst du durchaus mit einigen hundert Gastarbeitern rechnen, die da mit-tun, die sich trauen, sich zu artikulieren, während das früher unvorstellbar gewesen ist.“(40)

Resumée

Begünstigt durch die Vorarlberger Wirtschafts- und Grenzlage hat die Arbeitslosigkeit bis in die letzten Jahre hinein nie dramatische Ausmaße angenommen. Zumindest nicht für die „einheimische“, inländische Bevölkerung oder für einen Teil privilegierter Ausländergruppen: zum Beispiel für die Deutschen.

Im Gegensatz zur weiten Öffnung des Landes für fremde/ausländische Arbeitskräfte, schloß sich die Vorarlberger Gesellschaft gegenüber den angeworbenen – und zunächst sehr umworbenen – (inländischen und) ausländischen GastarbeiterInnen schroff ab, vermied ein Zusammenleben und bremste oder verhinderte deren Integration.

Trotzdem hatten in der Zweiten Republik im „Ländle“ nicht nur Einheimische, sondern auch Zuwanderer mit ihrer Biographie bewiesen, daß das Land sozialen-beruflichen Aufstieg bieten kann. Notwendige Voraussetzungen waren – so wird zumindest suggeriert – Tüchtigkeit und Anpassungsfähigkeit, vor allem Anpassung an und Übernahme der „alemannischen Tugenden“: Sparsamkeit, Fleiß, Ordentlichkeit und Besonnenheit. Und: Ausdauer, um weitere „Charaktereigenschaften“ beziehungsweise Fähigkeiten wachsen und reifen zu lassen, zum einen Heimatreue und Heimatliebe, zum anderen den Spracherwerb. Alles in allem erfordert/e dies Zeit, unter Umständen Jahrzehnte. Bei manchen Zuwanderer(gruppe)n (voll)zogen sich Integrationsprozeß und sozialer Aufstieg über zwei bis drei Generationen.

Die entscheidende Grundvoraussetzung war und ist allerdings, daß die Gesellschaft die rechtlich-sozialen Rahmenbedingungen so festsetzt, daß Anpassung und Integration auch tatsächlich möglich sind. Dies war für die meisten „Fremdgruppen“ erst mit der Ankunft neuer Zuwanderer gegeben. Erst mit der Existenz neuer „Unterschichtler“ entkamen die Zuvorgekommenen der sozialen Ächtung und partiell – und nach und nach – der untersten Sozialschicht. Die InnerösterreicherInnen wurden von den jugoslawischen und türkischen GastarbeiterInnen abgelöst. Deren Diskriminierung übertraf allerdings jene der Zuvorgekommenen an Intensität und Nachhaltigkeit.

Die „neuen Fremden“ boten viel breitere Projektionsflächen und konnten zudem, aufgrund ihres Ausländerstatus, viel problemloser auf Distanz und ganz unten gehalten werden. Die alte Landesbürgerschaft



Jugendtreffen des türkisch-österreichischen Vereins im Sommer 1992 in Götzis. Nicht immer ist das Verhältnis so idyllisch, wie es hier den Anschein hat.

(Foto: Nikolaus Walter)



Die politischen Probleme in der Türkei sind auch im Zuwanderungsland Vorarlberg präsent: Eine Demonstration von Kurden in Bregenz gegen die repressive Behandlung ihrer Landsleute in der Heimat (August 1991).

(Foto: VN Archiv)

hatte als Ausgrenzungsinstrument gegen „inländische Fremde“ in ihrer Wirksamkeit eingebüßt, dagegen ermöglichten die Ausländergesetze, Trennlinien gegen die „richtigen Fremden“ zu ziehen. Mit einem System von sozial-rechtlichen Benachteiligungen wurden die AusländerInnen auf der untersten Stufe der beruflichen Sprossenleiter festgehalten, in Krisenzeiten konnte man sich ihrer leicht entledigen. Bereits 1974 wurden die „überflüssigen“ AusländerInnen mitsamt „unserer“ Arbeitslosigkeit kurzerhand auf den Balkan transferiert.

Im wirtschaftlich prosperierenden Vorarlberg mit einem Überangebot an Arbeitsplätzen waren jugoslawische und türkische GastarbeiterInnen weder um ihre schlechten, schlechtbezahlten Jobs, noch um ihre unsicheren Lebenszusammenhänge zu beneiden. Der soziale Friede wurde kaum oder sehr selten durch harte Verteilungskämpfe gestört. Im Ernstfall wurde den InländerInnen deutlich gemacht, „wer zuerst kommt“. Abwertung, Demütigung, Ausschließung und Benachteiligung von GastarbeiterInnen hat es immer gegeben, die Ausbildung und Ausbreitung aggressiver Fremdenfeindlichkeit wurde durch die „günstigen Verhältnisse“ aber gebremst beziehungsweise unter der Oberfläche gehalten.

Zudem wirkte eine (mögliche) Zugehörigkeit zu einer (leistungs-)starken Gemeinschaft – für Einheimische und akzeptierte Fremde – ebenfalls in diese Richtung. Das über das „Alemannenbewußtsein“ vermittelte Selbstbewußtsein und Wir-Gefühl bot Schutz und immunisierte gegen Abstiegs- und Deprivationsängste.

So dominierte in Vorarlberg – trotz hoher AusländerInnenzahlen – eine relative Toleranz gegenüber GastarbeiterInnen, und zwar dann, wenn sie die ihnen zugewiesenen, zugestandenen Gesellschaftspositionen und Funktionen einnahmen und ausfüllten, die Grenzen beachteten und nicht verletzten. Für die erste Generation gab es kaum berufliche Aufstiegsmöglichkeiten. Höchstens dort, wo die Gesellschaftsdynamik Lücken entstehen ließ, wurde einigen ein Vorrücken gewährt. Gegenüber der zweiten und dritten Generation, den Gastarbeiter-Kindern – den potentiellen Aufsteigern von morgen – verschärfen sich die Bedingungen.

Grundsätzlich wurde und wird eine weitgehende Trennung der Lebenswelten verlangt. Dieses Distanz-Halten – das Herstellen einer gemäßigten Apartheid – war allerdings durch Siedlungs- und demographische Strukturen nicht ohne weiteres möglich. Wenn auch nur ein

kleinerer Teil der Bevölkerung direkte Alltagsbegegnungen mit GastarbeiterInnen hatte, so waren die GastarbeiterInnen in Vorarlberg – beispielsweise im Vergleich zu Wien, um eine Vergleichsregion mit ähnlichen Anteilen heranzuziehen – durch die kleinstädtische und ländliche Struktur „sichtbarer“, auch für Schichten und Bevölkerungsgruppen, die keine unmittelbaren Kontakte zu ihnen hatten. Doch unabhängig von den unterschiedlichen Strukturgegebenheiten, in Vorarlberg wie in Wien übertraf die subjektive Wahrnehmung einer hohen Ausländerkonzentration im eigenen Wohnviertel die tatsächlich gegebene bei weitem.

Die Ausrichtung beider Seiten auf ein Provisorium, die Einstellung der Gastgesellschaft auf eine rotierende, kaum konsumierende „Gast“-Arbeiterpopulation, hatte auf alle begleitenden Maßnahmen und Einrichtungen zunächst verzichten lassen. Bei einem längeren Aufenthalt zeigten die GastarbeiterInnen (vor allem die „JugoslawInnen“) ein erstaunliches Anpassungsvermögen. Vielen Einheimischen ging die Integration sogar zu schnell, sodaß auf verschiedenen Ebenen eher gebremst, denn gefördert wurde. Gesetzte Integrationshilfen sollten das Zusammenleben mit den Fremden erleichtern. Viele Konzepte und Maßnahmen beinhalteten aber die Intention, die Rückkehr- und Heimorientierung der GastarbeiterInnen wach und lebendig zu halten. Gegen die „Familienzusammenführungen“ – und damit gegen die Einwanderung von TürkInnen und JugoslawInnen im traditionellen Sinn – hat sich das Land massiv gewehrt, hat dabei sogar Menschenrechtsverletzungen in Kauf genommen. Das ohnehin geringe Interesse am Staatsbürgerschaftswechsel – und damit die Chance für GastarbeiterInnen zumindest vor dem Gesetz gleichgestellt zu werden – wurde durch besonders restriktive, den Staatsbürgerschaftserwerb begleitende Maßnahmen weiter reduziert.

Schließlich wurde das Land von seiner eigenen Wirtschafts- und Gastarbeiterpolitik „eingeholt“. Trotz aller bremsenden Maßnahmen ist die ausländische Wohnbevölkerung aus den „Gastarbeiter-Nationen“ in den letzten Jahren – wenn auch durch zusätzliche geopolitische Gründe – sogar noch angewachsen. Zudem zeigt die lange Anwesenheit vieler Gastarbeiter-Familien im Land Auswirkungen.

In den letzten Jahren beginnen aber auch diverse Integrationsmaßnahmen zu wirken. Sie wurden selten aus Ausländerfreundlichkeit und nur teilweise aus Überzeugung geboren. (Daß es daneben immer auch andere, auf humanitärer und/oder christlich-religiöser Überzeugung

basierende Minderheitenmeinungen gab, sei außer Zweifel gestellt.) Der sozioökonomische und demographische Wandel hat aber Entwicklungen beeinflußt und vorangetrieben, die heute partiell Gastarbeiter-Jugendlichen zugute kommen können. So war zum Beispiel in jüngerer Vergangenheit die Nachfrage nach ausländischen Lehrlingen größer als das Angebot. (Eine ähnliche Entwicklung im Sport: Im Fußball sind zahlreiche Vereine und Ligen ohne Gastarbeiter-Ausländer nicht mehr denkbar. Dort ist eine Integration – zumindest vordergründig – am weitesten vorangeschritten.)

Damit rück(t)en die GastarbeiterInnen den Einheimischen oder den sich mittlerweile „Einheimisch-und-Zugehörig-Fühlenden“ etwas näher, auch sprachlich. Von quantitativ spürbaren Bildungsaufstiegen und sozialer Gleichstellung ist die zweite und dritte Generation aber noch sehr weit entfernt.

Die Jungen, die nach „oben“ drängen, müssen allerdings damit rechnen, daß sie nicht mehr (oder nicht nur) als „Tschuschen“ oder „Türken“ abgewertet, ausgegrenzt und ignoriert werden. Sie werden vielmehr, zwar nicht als gleiche (gleichwertige), aber als Konkurrenz hart bekämpft (werden). Und sicher nicht immer mit fairen Mitteln. Vom allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit sind auch im bisher privilegierten Vorarlberg die Jugendlichen besonders betroffen.

Begleitendes Motiv aller Integrationsbestrebungen der jüngeren Zeit war und ist – angesichts der großen türkischen Bevölkerungsgruppe – die Angst vor einer Zunahme und vor mehr Einfluß von islamischen Fundamentalisten.

Zudem haben die rund um das Ausländervolksbegehren in Vorarlberg stattgefundenen Brandanschläge auf AusländerInnen-Unterkünfte Maßnahmen (zwangsläufig) notwendig gemacht. Immerhin bekannten sich damals verbal alle politischen Parteien – mit Ausnahme der Freiheitlichen als Initiator des Volksbegehrens – zu einer ausländerfreundlichen Integrationspolitik.

Trotz der „alemannischen Abwehr“ gegenüber „AusländerInnen“ und „Fremden“ bewies/beweist das Land dennoch große Integrationskraft. Die überwiegende Mehrheit aller Zuwanderergruppen ist im Land geblieben. Vorarlberg somit als Paradigma der gelungenen Integration von (Arbeits)MigrantInnen? Ja – auch. Am Beispiel von Vorarlberg können wir deutlich sehen, daß es im wesentlichen politisch-ökonomische Entscheidungen sind, die die Möglichkeiten zur Integration

bestimmen beziehungsweise begrenzen. Rationale Wirtschaftskonzepte geben den Ausschlag – je nach Bedarf mit humanistisch-liberalen oder mit xenophoben, ethnisch-regionalen Argumenten bedeckt.

Eine pessimistische Prognose? Nur für jene, die das Primat der Wirtschaft in Politik und Gesellschaft ignorieren, also jene Tatsache, daß Wirtschaftsentscheidungen beziehungsweise wirtschaftliche Strukturen die Politik – und damit die Gesellschaftsentwicklung – entscheidend bestimmen. Das sind Fakten, die es in zukünftigen Gesellschaftskonzepten, und somit auch in Integrationskonzepten, (noch mehr) zu berücksichtigen gilt. Die Beschränkung auf den kulturellen Bereich reicht keinesfalls aus. Aufklärungs- und Bewußtseinsarbeit sowie begleitende kulturelle Solidaritätsaktionen sind wichtig. Sie können entscheidende Impulse setzen und Schäden (Auswüchse einer populistischen Politik) begrenzen. Wollen sie aber mehr sein als „politisches Kleingeld“, müssen sie die gesamtgesellschaftlichen Mechanismen kennen und berücksichtigen.

NACHGESTELLT

Zukunftsszenario – Schreckensszenario?

Für die Zukunft lassen sich – ohne hellseherische Fähigkeiten – Arbeitsplatzprobleme prognostizieren. Zwei Branchen werden durch EU-Beitritt beziehungsweise EU-Förderungspolitik besonders betroffen sein: das Baugewerbe und die Textilindustrie, also zwei Sparten mit überdurchschnittlich vielen GastarbeiterInnen-Arbeitsplätzen. (Eine weitere, die Metallbranche, ist ebenfalls krisengeschüttelt.)

Die Protestaktionen deutscher Bauarbeiter gegen ihre EU-Konkurrenten aus Südeuropa und Großbritannien werfen ihre alarmierenden Schatten bereits auch auf Österreich. Hier wurde in Kärnten ein erster Versuch mit einem „grenzüberschreitenden Bautrupp“ – und zwar mit Portugiesen – gestartet. Die Ausweitung auf das übrige Österreich – und Vorarlberg – ist zu erwarten. Die Europäische Union zeigt zwar ernsthafte Bestrebungen, Absicherungsmechanismen gegen die negative

Lohndrift zu installieren. Wird es den EU-Instanzen tatsächlich gelingen, die Konkurrenzmechanismen zwischen in- und ausländischen Arbeitskräften zu reduzieren oder ganz auszuschalten? Werden die EU- vernetzten ArbeitnehmervertreterInnen somit besser funktionieren als bisher die nationalen Gewerkschaften?

Für die Textilindustrie läßt die Entscheidung der EU, ab 1. Januar 1996 Zollfreiheit für Waren aus der Türkei zu gewähren, enorme Steigerungen der Exporte erwarten und somit eine enorme Ausweitung von Textilarbeitsplätzen – in der Türkei. In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft werden dagegen weitere Textilarbeitsplätze verlorengehen. Ein Verlust von 150.000 Arbeitsplätzen wird befürchtet. („Die Presse“, 12. April 1996)

Das kann zwar Neuauswanderungen von türkischen GastarbeiterInnen nach Europa bremsen. Die bereits im Ausland lebenden, so auch die Vorarlberger TürkInnen, könnten potentielle „Opfer“ dieser Politik werden.

Diese Entwicklung hatten österreichische beziehungsweise Vorarlberger Textilindustrielle mit dem EU-Beitritt sicher nicht erwartet. Wurde doch von ihnen – aber auch von den Textilgewerkschaftern – der „Schritt nach Europa“ besonders vehement gefordert und begrüßt.

Anmerkungen/Teil B

1. Wirtschaftsentwicklung, Zuwanderung, Rezession und AusländerInnen-Abbau

- 1) Mayr, 1984, S.26
- 2) VV, 8.6.1960
- 3) Interview J.W.
- 4) VV, 5.4.1963
- 5) VV, 3.6.1960
- 6) VV, 3.6.1960
- 7) VV, 8.6.1960 (Wir finden hier einen Stundenlohn von 6 öS.)
- 8) Mayr, 1984, S.42f.; vgl.auch Kapitel Staatsbürgerschaft.
- 9) Biffl, 1986, S.63, 64; Bauböck, 1986, S.190ff.
- 10) Hanser, 1984, S.83
- 11) VV, 12.4.1972
- 12) VV, 12.4.1972
- 13) Biffl, 1986, S.63.
- 14) Sensenig, 1990, S.141
- 15) Hanser, 1984, S.99
- 16) VN, 18.6.70
- 17) Bauböck, 1986, S.207
- 18) Hanser, 1984, S.78
- 19) Biffl, 1986, S.48 beziehungsweise Mayr, 1984, S.28
- 20) Neue Vorarlberger Tageszeitung (= NVT), 22.1.1975
- 21) NVT, 22.1.1975
- 22) Hanser, 1984, S.97 beziehungsweise S.92. Ein Beispiel: Die Bregenzerwälderfirma Stähle (Lederverarbeitung) bezahlte bis 1977 mit öS 18 einen Stundenlohn, der weit unter dem Kollektivvertrag lag; vgl. auch Barnay, 1988, S. 443.
- 23) Martin, 1979, S.70 beziehungsweise Österreichische Industriestatistik 1979-1985, Statist. Zentralamt.
- 24) Biffl, 1986, S.58f.
- 25) Die Aussage stammt von Dr. Andreas Rhomberg, (damals) Vizepräsident der Industriellenvereinigung (VN, 27.8.1986, S.18).
- 26) VN, 24.4.1972, S.3
- 27) VN, 16.1.1975
- 28) Biffl, 1986, S.58f. (Einige Betriebe blieben aber auch reine „Inländerinnen-Betriebe“. Vgl. VN, 8.11.1986, S.11; „80 Arbeitsplätze gehen verloren“.)
- 29) NVT, 24.11.1975 (Statistik)
- 30) Hanser, 1984, S.95 beziehungsweise Mayr, 1984, S.52; Bundschuh, 1995, S.268 beziehungsweise S.280

- 31) Neyer, 1986, S.442f.
- 32) Sensenig, 1990, S.143
- 33) Mayr, 1984, S.53
- 34) NVT, 17.1.1975, S.8
- 35) NVT, 12.11.75; NVT, 24.11.1975
- 36) Martin, 1979, S.77; NVT, 12.11.1975
- 37) NVT, 7.4.1978
- 38) Barnay, 1988, S.473
- 39) Martin, 1979, S.77
- 40) NVT, 7.4.1978
- 41) NVT, 4.7.1978
- 42) Ausländerbeschäftigung seit 1971, Quelle: AMS, Dornbirn: S.71
- 43) Zahlen entn. Bundschuh, 1995, S.268 beziehungsweise Mayr, 1984, S.49
- 44) Gastarbeiterreferat/AK, Feldkirch, Ref. XIV, Jahresbericht 1994
- 45) Terzioglu, 1992, S.84, KultUrSprünge, 7/1993, S.12
- 46) Mayr, 1984, S.36
- 47) Enzensberger, 1994, S.40
- 48) NVT, 14.2.1975
- 49) VN, 22.2.79; 10.8.1978
- 50) Arbeit und Wirtschaft, 1971, 10
- 51) Hanser, 1984, S.106
- 52) In der „Dallinger-Novelle“ von 1988 beziehungsweise in den Neukonzeptionen des ÖGB zum Ausländerbeschäftigungsgesetz wurde die Vereinheitlichung von arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen für InländerInnen und GastarbeiterInnen verlangt (Hetzfleisch, 1991, S.43ff.).
- 53) Mayr, 1984, S.109f.
- 54) VN, 23./24.11.1991
- 55) Komitee, 1985, S.10f.
- 56) Es ist davon auszugehen, daß in den Überlegungen der Prozentanteil von SchwarzarbeiterInnen mit drin war (1973: zirka 23 Prozent plus SchwarzarbeiterInnen).
- 57) Graphik: Ausländische Arbeitskräfte, 1964-1991, Quelle: Terzioglu, 1992, S.33; 1990-1995: erstellt aufgrund der aktuellen Zahlen, Integrationsbericht (1995), S.5
- 58) Barnay, 1988, S. 453; VN, 27.1.1987; Wirtschaftskammer Vorarlberg (Hg.), Vorarlberg in Zahlen, Ausgabe 1996, S.6
- 59) Mayr, 1984, S.75ff., Terzioglu, 1992, S.28. Quantitative Veränderungen kamen nicht nur durch Ab- und Zugänge sowie durch Geburten und Todesfälle zustande, sondern auch – in geringem Ausmaß – durch Staatsbürgerschaftswechsel (JugoslawInnen).
- 60) VN, 11.12.86
- 61) VN, 6.11.86, 23.12.86
- 62) Mayr, 1984, S. 73 plus eigene Berechnungen
- 63) Statistische Nachrichten, II/1994

- 64) VN, 13.9.1990; beziehungsweise VN, 11.12.1991: „Nach der ÖVP verlangt nun auch die SPÖ einen Ausländerstopp.“
- 65) Landesstatthalter Gasser, in: VN, 24.10.1986
- 66) Arbeitslosenrate im Vergleich, Quelle: AMS Bregenz (D: Arbeitslosenquoten für Ausländer)
- 67) Terzioglu, 1992, S.18; Hetfleisch, 1991, S.46

2. Die Wahrnehmung der GastarbeiterInnen und ihre gesellschaftliche Funktion

- 1) 1990 lebten 76 Prozent aller TürkInnen im Rheintal. Siehe Terzioglu, 1992, S.29
- 2) NVT, 24.4.1972
- 3) Werte entnommen der Vbg. Wirtschafts- und Sozialstatistik, 2/1994, S.97ff.
- 4) Ebda., 2/1994, S.88f.
- 5) Fischer-Kowalski, 1995, S.204; Karazman-Morawetz, 1995, S.409ff.
- 6) Martin, 1979, S.27f.: Interviews
- 7) Interviews beziehungsweise Zoran Konstantinovic in: KultUrSprünge 6/1993, S.4.
- 8) Mayr, 1984, S.75ff.;
- 9) Ebda., 59ff.: KultUrSprünge 2/1992, S.3ff.
- 10) Repräsentativerhebung, in: Bauböck, 1986, S.188
- 11) Wimmer, 1986, S.244; Biffl, 1986, S.67; vgl. Tabelle „Ausländische Beschäftigte aller Wirtschaftsklassen 12/95
- 12) Arbeitskräfte in den wichtigsten Branchen, Quelle: AMS, S.72
- 13) Biffl, 1986, S.64; Interviews
- 14) Hanser, 1984, S.53ff; Interviews
- 15) Barnay, 1988, S.450
- 16) Bis 1989 war es für GastarbeiterInnen nicht möglich, Notstandshilfe und Sozialhilfe zu beziehen. Vgl. Terzioglu, 1992, S.23
- 17) VN, 4.7. 1978
- 18) E. Berndt, 1982, Das Gastarbeiterproblem aus der Sicht der Vorarlberger Bevölkerung, S.39-46, zit. nach Mayr, 1984, S.91f.
- 19) Mayr, 1984, S.92
- 20) Repräsentativerhebung, in: Bauböck, 1986, S.188
- 21) Integrationsbericht, 1995, S. 6f.; NVT, 12.12.1980; VN, 4.5.1990
- 22) Integrationsbericht, 1995, S.7
- 23) NVT, 10.2.1972, 23.2.1972
- 24) NVT, 10.2.1972
- 25) VV, 22.11.1969
- 26) Terzioglu, 1992, S.69, Pelinka, 1984, S.119
- 27) NVT, 23.2.1972
- 28) NVT, 24.4.1972

- 29) NVT, 13.7.1978
- 30) NVT, 6.3.1978
- 31) AMS, Reformpapier, S.4
- 32) Integrationsbericht 1995, S.10f., Jahresbericht 1994/AK
- 33) Integrationsbericht 1995, S.11
- 34) NVT, 20.9.1978
- 35) Ebda.; NVT, 26.2.1980
- 36) KultUrSprünge, 7/1993; VN, 2.2.93. In der Gemeinde- und Ausländerpolitik engagierte FunktionärInnen haben diese Form der Gastarbeiter-Beteiligung an der Gemeindepolitik durchgesetzt. Insgesamt ist die Stimmung in Hohenems alles andere als ausländerfreundlich. Mit einer 8,5-prozentigen Beteiligung am Ausländer-Volksbegehren lag die Gemeinde über dem Landesdurchschnitt (=6,3 Prozent).
- 37) Studie von zwei BWL-Studentinnen, Brigitte Wielend, Veronika Pranger, angeregt vom Arbeitskreis „Jugend und Betrieb“;
- 38) KultUrSprünge 9/1993, Ein Nachwort von Landesrat Dr. Guntram Lins, S.3
- 39) „Projekte von und für Frauen“, KultUrSprünge 9/1993, S.11; VN, 12.3.1990, VN, 21.5.1990
- 40) Analyse und Auswertung der KultUrSprünge – Nummern 1 bis 9/1991-1993
- 41) Ebda., 9/1993, S.3
- 42) VN, 28.12.1994, 13.1.1994, 7.11.1994 (über Brandanschläge); NVT, 3.2.1993: „Purtscher erfreut über Ländle-Ergebnis“, 17.3. 1993; 16./17.10.93, 18.10.93: Beginn der vermehrten Anschläge im Herbst 1993. Fortsetzung 1994. Fast schon genehmigte Projekte – so u.a. das von Michael Defranceschi und Tansel Terzioglu geplante „Interkulturelle Institut für Vorarlberg“ – kamen beispielsweise nicht zur Realisierung.
- 43) Einschätzung der Kroatin Melita Sunjic in: Milo Dor, Leb wohl, Jugoslawien, Salzburg/Wien 1993, S.41
- 44) Ebda., S.80
- 45) Ebda. S.120; KultUrSprünge, 9/1993, S.25
- 46) Slobodan Snajder, im Gespräch mit Peter Huemer, Ö1, 12.12.1996.
- 47) „Ereignisse, die für die Welt sehr überraschend gekommen sind“. Thomas Rothchild im Gespräch mit Milo Dor; Dor, 1993, S.81
- 48) KultUrSprünge, 9/93, S.15
- 49) Interviews G.F., Bezau beziehungsweise T.B., Wolfurt. „Uralte, ehemalige Fabrikräume der Firma Ganahl in Frastanz wurden notdürftig umgebaut und den Arbeitsemigranten – nach Nationalitäten getrennt – zugewiesen.“ (AZ, 23.1.1970)
- 50) Martin, 1979, S. 18
- 51) Biffl, 1986, S.62
- 52) So überragt zum Beispiel die Zahl von „urlaubsranken“ JugoslawInnen bei weitem die ihrer türkischen KollegInnen. Ein großer Vorarlberger Metallbetrieb legte 1983 folgende Statistik vor; 13 Prozent aller jugoslawi-

schen Arbeitnehmer nützen das Sozialversicherungssystem von Gast- und Heimatland („aus“) und melden sich im Urlaub krank; bei den Inländern sind es 2 Prozent und bei den Türken 1,7 Prozent. 1986 erkrankten wiederum 13 Prozent der JugoslawInnen, 2,7 Prozent TürkInnen und 2 Prozent InländerInnen während ihres Urlaubs. VN, 10.10.1986

- 53) Biffi, 1986, S.62
- 54) Aussage von Grass junior, Hoechst, in: KultUrSprünge 3/1993. Zum Zeitpunkt dieses „Eingeständnisses“ übte er keine aktive Funktion im Familienbetrieb aus.
- 55) Martin, 1979, S.18
- 56) Lichtenberger, 1984, behandelt die Herkunftsregionen relativ genau.
- 57) L. Bratic, KultUrSprünge“, 6/1993: „Es gibt keinen Kontakt“; Terzioglu, 1992, S.56
- 58) Zoran Konstantinovic, „Das Verschwinden der Jugos“, in: KultUrSprünge, 6/1993, S.3-4
- 59) Ebda., S.4.
- 60) Vgl. Rainer Bauböck, Ethnizität, Minderheiten und Staat, in: Rainer Bauböck, u.a.(Hg.), ...und raus bist Du! Ethnische Minderheiten in der Politik, Wien 1988, S.7ff; John Rex, Race and Ethnicity, Milton Keynes 1986, S.132f.
- 61) Statistische Materialien zur ausländischen Bevölkerung, Staatsbürgerschaft, et cetera vgl. auch: „Das Salz in der Suppe“, KultUrSprünge, 2/1992, S.3. Wurden diese Veränderungen im neuesten Integrationsbericht der Vorarlberger Landesregierung (1995) zwar noch kaum erwähnt, so fanden sie zumindest Eingang in die spezifischen Statistiken der letzten Jahre.
- 62) Interview Ilse Bertold, AK-Ausländerberatungsstelle über den Rückgang von Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ in den letzten Jahren.
- 63) So nahmen beispielsweise auch Vertreter der Wirtschaft an Informationsveranstaltungen der KultUrSprünge teil: VN, 30.10.1992, VN, 28.11.1990

3. Reaktionen auf Ausgrenzung und Benachteiligung

- 1) Diverse Interviews; Cohn-Bendit/Schmid, 1992, S.96f.
- 2) Hanser, 1984, S.117ff.; vgl. zur reaktiven Ethnisierung; Exkurs B, 2.4.
- 3) Wiener Kurier, 18.8.1973; VN, 10.6.1974
- 4) Sogar eine Formulierung im Gesetzestext, Paragraph 4 des Ausländerbeschäftigungsgesetzes von 1975 liefert den Ansatz für das weit verbreitete Vorurteil, daß Ausländerbeschäftigung mit sozialem Mißbrauch verknüpft sei.
- 5) Hetfleisch, 1991, S.46
- 6) Bauböck, 1986, S.206f.
- 7) NVT, 24.4.1972; Bauböck, 1986, S.234
- 8) Bauböck, 1986, S.231f.

- 9) Mayr, 1984, S.94ff.; Interview mit Isa Tannriverdi, Innsbruck, 13.2.1996
- 10) NVT, 24.4.1972; Hanser, 1984, S.119f.
- 11) „Feldkircher Anzeiger“, 4.9.1970 zit.n.: Hanser, 1984, S.119
- 12) Ebda.
- 13) Bauböck, 1986, S.196f; Neyer, 1986, S.433ff.
- 14) Hetfleisch, 1991, S.67
- 15) Diese Berichterstattung ging quer durch die Vorarlberger Tageszeitungen, teilweise gab es fast parallel dazu „positive“, einfühlsame Artikel zum Thema „GastarbeiterInnen“.
- 16) NVT, 28.6.1975; 13.6.1975
- 17) NVT, 28.6.1975
- 18) Integrationsbericht (1995), S.12
- 19) Ebda., S.12f.; sowie: Pilgram, 1986, S.349ff.; Terzioglu, 1992, S.31f.
- 20) NVT, 16.3.78 beziehungsweise Hanser, 1984, S.116f.
- 21) Erst nach fünf Jahren ununterbrochenem Aufenthalt in Österreich konnten AusländerInnen auch ohne unselbständige Erwerbstätigkeit Kinderbeihilfe beziehen.
- 22) NVT, 13.10.1978, S.9
- 23) Hanser, 1984, 116f.; NVT, 16.3.1978
- 24) VN, 7.7.1986
- 25) Hanser, 1984, S.117
- 26) VN, 24.10.1986, 27.1.1987
- 27) VN, 7.7.1986
- 28) VN, 24.10.1986
- 29) VN, 11.11.1986
- 30) Interview J. Langanger (SPÖ), Dornbirn, beziehungsweise 1.3.1.Exkurs
- 31) Biffi, 1986, S.35

4. Wege (und Ziel)? zur rechtlichen Angleichung: Wechsel der Staatsbürgerschaft

- 1) Dilek Cinar, Christoph Hofinger, Harald Waldrauch (1995), Integrationsindex. Zur rechtlichen Integration von AusländerInnen in ausgewählten europäischen Ländern. Institut für Höhere Studien (IHS), Wien, Reihe Politikwissenschaft/Political Science Series No. 25, Wien/Juli 1995, S.3 beziehungsweise S. 44
- 2) Ebda., S.32ff.
- 3) VV, 20.2.1958, S.3 (1956 ist das erste Jahr mit Vergleichswerten.)
- 4) Ebda. beziehungsweise VV, 9.2.1957, S. 3; VV, 28.3.1957, S.3
- 5) Ebda., VV, 20.2.1958, S.3
- 6) In den Jahren 1954 bis 1957 wurden gemäß BGBl. 142/1954 insgesamt 286 Volksdeutsche eingebürgert. Darüber hinaus lebten per Ende 1956 600 bis 700 Volksdeutsche ohne österreichische Staatsbürgerschaft in Vorarlberg.

- Quelle: II,1 Staatsbürgerschaftsverleihungen, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik; beziehungsweise VV, 28.3.1957, S.3
- 7) VV, 12.11.1969
 - 8) Mayr, 1984, S.67f.
 - 9) Gächter 1995/96, S.65
 - 10) Mayr, 1984, S.43; beziehungsweise S. 100; sowie: Wilfried Hanser, Die Steirer und Kärntner sowie Gastarbeiter in Vorarlberg nach 1945, Hausarbeit am Historischen Institut der Universität Innsbruck, 1984, S. 127; Hetfleisch, 1991, S.38ff.
 - 11) VV, 20.2.1958, S.3 beziehungsweise VV, 28.3.1957, S.3
 - 12) 10. II. Staatsbürgerschaftsverleihungen, Amt der Vbg. Landesregierung, Landesstelle für Statistik; Vbg. Wirtschafts- und Sozialstatistik, S.103
 - 13) Gächter, 1995/96, wie Anm.9
 - 14) Dieser Rechtsgrund war/ist von marginaler Bedeutung. So machten entsprechende Einbürgerungen beispielsweise 1993 nur 1,5 Prozent aus: diese neuen ÖsterreicherInnen waren bis zu ihrer Einbürgerung Deutsche, Schweizer und Inder gewesen. Vgl. Mayr, 1984, S.104. Österreichweit lebten per 1992 nur 12 Prozent AusländerInnen, die schon vor 1970 zugezogen waren. Statistische Nachrichten 6/1994, S.502
 - 15) Die „Paragraph 10, Abs. 3-Einbürgerungen“ (= Wohnsitzdauer 4 bis 9 Jahre) machten zum Beispiel 1993 in Vorarlberg 6 Prozent aus: 24 von 418; Vbg. Wirtschafts- und Sozialstatistik, S.103
 - 16) Gächter, 1995/96, wie Anm.9, S.60
 - 17) Ebda., S.69; beziehungsweise S. 68 (Anm.24): Größe der ausländischen Wohnbevölkerung und Zahl der Einbürgerungen verändern sich nicht gemeinsam. Daher muß bei der Ermittlung der Einbürgerungsrate sorgfältig auf die entsprechenden Veränderungen geachtet werden.
 - 18) Ebda., S.60ff.; S.68
 - 19) Ebda., entn. Tabelle 50, S.73
 - 20) Integrationsbericht (1995), S.3
 - 21) Entnommen aus Tabelle 5/Statistische Nachrichten 11/1994, in: Gerald Hammer, Statistische Nachrichten 11/94, S.916
 - 22) LT-Abg. Brigitte Flinspach, GAL, im Interview mit Tansel Terzioglu (Terzioglu, 1992), S.82; sowie Mayr, 1984, S.103
 - 23) Mayr, 1984, S.103 sowie „KultUrSprünge“ 7/1993, S.10 (AusländerInnen-Gesamtzahl)
 - 24) Der Stadtstaat Berlin hat beispielsweise eine pauschale, ermäßigte Gebühr für die junge ausländische Generation eingeführt. Vgl. Claus Leggewie (1993), Multi Kulti, Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Berlin(3), S.140
 - 25) Gächter, 1995/96, wie Anm.9, entn. Tabelle 48, S.70 beziehungsweise Tabelle 49, S.71.
 - 26) Ebda., S.75. Die entsprechenden Einrichtungen, zum Beispiel das Arbeitsmarktservice, haben in den letzten Jahren ihr Angebot verringert, da mit

- der zweiten Generation die Sprachprobleme nicht mehr als das Entscheidende gelten. Interv. Hr. Mohr, Arbeitsmarktservice, 30.1.96
- 27) Ebda. (Gächter 1995/96), S.74
 - 28) Vgl. die Photographien in: Nikolaus Walter/Kundeyt Surdum (1991), Landlos, Türken in Vorarlberg. Mit einem Nachwort von Kurt Greussing, Salzburg, S.71
 - 29) Gächter, 1995/96, S. 75f.
 - 30) Arbeitsmarktservice (AMS), Dornbirn: Informationen zu Beschäftigungsbewilligung und Arbeitserlaubnis
 - 31) Gespräch mit Hasan Agva, Linz (früher Götzis), beziehungsweise mit Isa Tanriverdi, Innsbruck, 13.2.1996
 - 32) Gächter, 1995/96, S.76. Die Wiener Offensive wurde erwähnt; seit Berlin „Werbung“ für die Einbürgerung betreibt, konnten in der Stadt viermal soviel Einbürgerungen von jungen AusländerInnen vorgenommen werden, wie in allen deutschen Stadtstaaten zusammen. Vgl. Leggewie, 1993, S.136ff.
 - 33) Ebda. (Gächter 1995/96), S.76
 - 34) Vgl. Tansel Terzioglu, Die „Zweite Generation“. Die Situation türkischer Jugendlicher und die Ausländerpolitik in Vorarlberg, Dipl. Arbeit, Universität Innsbruck, S.22ff.
 - 35) Ab 1989 können BefreiungsscheininhaberInnen zumindest Notstandshilfe beziehen.
 - 36) Gächter, 1995, S.436
 - 37) Vbg. Wirtschafts- und Sozialstatistik, S.106f.
 - 38) Staatsbürgerschaftsverleihungen, II, wie Anm. 6
 - 39) Terzioglu, 1992, S. 45ff.: „KultUrSprünge“, 4/1992, S.4-14
 - 40) Interview Ilse Bertold, Ausländer-Beratungsstelle, Dornbirn, 30.1.1996
 - 41) Staatsbürgerschaftsverleihungen, II, wie Anm. 6
 - 42) Komitee für ein ausländerfreundliches Österreich (Hrsg.), Oh, du gastlich Land..., Wien 1985, S.11; beziehungsweise Gespräch mit Isa Tanriverdi, 13.2.96; VN, 21.5.1990.
 - 43) Staatsbürgerschaftsverleihungen, II, wie Anm.6
 - 44) Vbg. Wirtschafts- und Sozialstatistik, S.104f.
 - 45) Ebda.
 - 46) Interview Ilse Bertold; diverse Presseartikel aus den Jahren 1993/94: VN, NVT (zum Beispiel VN, 2.2.1993, S.4)
 - 47) VN, 3.2.1993
 - 48) Vbg. Wirtschafts- und Sozialstatistik, S.107

5. Die Zweite Generation: Integrationsfelder und Integrationschancen

- 1) Diverse Interviews, VN, 7.6.1990
- 2) Integrationsbericht (1995), S.10., (Jahres-)Berichte der Integrations- beziehungsweise Ausländerberatungseinrichtungen.

- 3) Interviews M.S; Terzioglu, 1992, S.55; Hanser, 1984, S.118
- 4) Integrationsbericht (1995), S.10
- 5) H. Leitner, 1983, Gastarbeiter in der städtischen Gesellschaft. Segregation, Integration, Assimilation von Arbeitsmigranten am Beispiel jugoslawischer Gastarbeiter in Wien, Frankfurt am Main/New York, zit.n. Marschik/Kordik, 1994, S.46
- 6) Vgl. John, 1993, diverse Beiträge im Heft
- 7) Unveröffentlichtes Exposé: E. Thurner, Projekt zur Migrationsforschung, Arbeitsplatz und Freizeitfeld Fußball. Möglicher Ort zur Ausländerintegration und zum Abbau von Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit.
- 8) Zur Auseinandersetzung von Kroaten, Serben, Bosnier (und Slowenen), beziehungsweise zur Aufgliederung von Sportvereinen seit Anfang der neunziger Jahre, vgl. Teil B/2.4. Exkurs: Ethnische Separierung.
- 9) Diverse Interviews. Durch Österreichs Beitritt zur Europäischen Union ergeben sich mit EU-Ausländern neue Möglichkeiten beziehungsweise Bedingungen.
- 10) Vorarlberger Fußball-Journal (= VFJ), sowie Interviews mit H.W.
- 11) In Wien geht der Ausländeranteil in Nachwuchsmannschaften bis zu 80/90 Prozent: Marschik, Kordik, 1994, S.412
- 12) Ebda., S.408
- 13) Interviews H.W/J.W.
- 14) VFB 1/1995, 2/1995, sowie Interviews mit Spielern und Trainern
- 15) Interview H.W.
- 16) Marschik, Kordik, 1994, S.413
- 17) Interviews mit Fußballern, Trainern, Funktionären
- 18) Ein Beispiel: der SAK 1914 (= Salzburger Athletik-Klub 1914).
- 19) Marschik, Kordik, 1994, S.407
- 20) VFJ; SN, 8.2.1996; beziehungsweise VN, 3./4.2.1996
- 21) VFJ
- 22) VN, 18.5.1990
- 23) VN, 18.11.1994; 12./29.4.1978; Terzioglu, 1992, S.31f.
- 24) 80,8 Prozent der AusländerInnen sind als ArbeiterInnen ausgewiesen, 19,2 Prozent als Angestellte; die überwiegenden Anteile der Angestellten stellen andere Nationen, nicht „Gastarbeiter- Ausländer“.
- 25) Hanser, 1984, S.118
- 26) Interview Ilse Berktold, Ausländerberatungsstelle/AK.Dornbirn.
- 27) KultUrSprünge 3/1993, S.12
- 28) Ebda., 5/1992, S.15; laut Auskunft von I.Tanriverdi auch 1995
- 29) „Boulevard Bio“, ARD, 28.12.95
- 30) „Der Standard“, 27.12.95 (Platz 2 der Deutsche Klinsmann, Platz 3 der Finne Litmanen).
- 31) Cohn-Bendit in Leggewie, 1993, S.62
- 32) KultUrSprünge 4/1992, 5/1992; Terzioglu, 1992, S.49

- 33) „Der Standard“, 25.3.1996; „Der Spiegel“, 7/1996 („Der Islam ist der Weg“), S.44ff.
- 34) KulturSprünge 4/1992, Interviews; Terzioglu, 1992, Interviews mit türkischen Jugendlichen; I.Tanriverdi, Befragung unter jungen Vorarlberger und Tiroler TürkInnen.
- 35) VN, 21.5.1990, S.8
- 36) KultUrSprünge 3/1992
- 37) Ebda.; vgl. die Publikation: „Landlos“, 1991, mit Gedichten von Kundeyt Surdum
- 38) Terzioglu, 1992, S. 40ff. beziehungsweise bes. S.56f.; VN 18./21.5.1990
- 39) In der Vorarlberger Jugendstudie 1990 ist eine hohe Ablehnung von AusländerInnen belegt: Für 37 Prozent der Burschen gibt es zu viele AusländerInnen im Land (Mädchen: 25 Prozent); 26 Prozent fühlen sich von ihnen gestört (Mädchen: 12 Prozent); vgl. Terzioglu, 1992, S.49ff.
- 40) Aussage Elmar Mayer, Klubobmann SPÖ, im Gespräch mit T.Terzioglu, 1992, S.70

BIBLIOGRAPHIE

- Karl **Althaler**/Andrea **Hohenwarter** (1992), Torschluß. Wanderungsbewegungen und Politik in Europa, Wien.
- Markus **Barnay** (1988), Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert, Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 3, Bregenz.
- Markus **Barnay** (1989), „Echte Vorarlberger“ und „fremde Bettler“. Bildung von Landesbewußtsein und Ausgrenzung von Zuwanderern in Vorarlberg im 19. und 20. Jahrhundert, in: Kurt Greussing (Hrsg.), Die Roten am Land. Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich, Steyr, S.133-137.
- Markus **Barnay** (1995), Historische Konstruktion von Ethnizität und die gegenwärtige Entwicklung des Regionalbewußtseins. Das Beispiel Vorarlberg, in: Montfort, Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs, 47. Jg./1995, Heft 1, S. 30- 40.
- Rainer **Bauböck** (1986), Demographische und soziale Struktur der jugoslawischen und türkischen Wohnbevölkerung in Österreich, in: Hannes Wimmer (Hrsg.), Ausländische Arbeitskräfte in Österreich, Frankfurt/New York, S.181-241.
- Rainer **Bauböck**, Ethnizität, Minderheiten und Staat, in: Rainer Bauböck, u.a. (Hg.) (1988), ...und raus bist Du! Ethnische Minderheiten in der Politik, Wien, S.3-22.
- Rainer **Bauböck**, u.a. (Hrsg.) (1988), ...und raus bist Du! Ethnische Minderheiten in der Politik, Wien.
- Rainer **Bauböck**/Hannes **Wimmer** (1984), Gastarbeiter am Österreichischen Arbeitsmarkt, in: ÖZP, 84/3, S.315-328.

- Gudrun **Biffi** (1986), Der Strukturwandel der Ausländerbeschäftigung in Österreich, in: Hannes Wimmer (Hrsg.), Ausländische Arbeitskräfte in Österreich, Frankfurt/New York, S.33-89.
- Gudrun **Biffi** (1995), Jugendliche – Berufsqualifikation und Arbeitsmarkt, in: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Talos (Hrsg.), Österreich 1945-1995, Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien, S.370-382.
- Werner **Bundschuh**, Werner **Dreier**, Reinhard **Mittersteiner** (1995), Die „Fabrikler“ organisieren sich. 100 Jahre Gewerkschaft Textil, Bekleidung und Leder Landesorganisation Vorarlberg, Bregenz.
- Werner **Bundschuh** (1995), Von der „Betriebsgemeinschaft“ zur Sozialpartnerschaft – 1938-1995, in: Bundschuh, u.a., Die „Fabrikler“ organisieren sich. 100 Jahre Gewerkschaft Textil, Bekleidung und Leder Landesorganisation Vorarlberg, Bregenz, S.155-305.
- Dilek **Cinar** (1994), Immigration, politische Partizipation und die Politik der Einbürgerung, in: SWS-Rundschau 1994/4, S.369-381.
- Dilek **Cinar**, Christoph **Hofinger**, Harald **Waldrauch** (1995), Integrationsindex. Zur rechtlichen Integration von AusländerInnen in ausgewählten europäischen Ländern. Institut für Höhere Studien (IHS), Wien, Reihe Politikwissenschaft/Political Science Series No. 25, Wien (Juli 1995).
- Daniel **Cohn-Bendit**, Thomas **Schmid** (1992), Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hamburg.
- Johannes **Coulon** (1991), Ausländer im österreichischen Recht, Wien.
- Milo **Dor** (1993), Leb wohl, Jugoslawien, Salzburg/Wien.
- Hans Magnus **Enzensberger** (1994), Die Große Wanderung, 33 Markierungen, Frankfurt am Main.

- Heinz **Faßmann**, Rainer **Münz** (1995), Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen, Wien.
- Marina **Fischer-Kowalski**, Sozialer Wandel in den 1970er Jahren, in: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Talos (Hrsg.), Österreich 1945-1995, Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien, S.200- 213.
- August **Gächter** (1995/96), Die Einbürgerungen nach Bundesländern, Teil einer IHS-Gesamtstudie, noch unveröffentlicht, Manuskript.
- August **Gächter** (1995), Integration und Migration, in: SWS-Rundschau, 35. Jg., Heft 4/1995, S.435-439.
- Reinhold **Gärtner** (1990), Arbeitsmigration und Immigration Policy: ein Vergleich zwischen Österreich und Großbritannien nach 1945, Diss., Innsbruck.
- Gesellschaft für politische Aufklärung**/Verein zur Betreuung und Beratung von AusländerInnen in Tirol (Hrsg.) (1991), AusländerInnen. Integration oder Assimilierung?, Innsbruck.
- Antonio **Gramsci** (1967), Philosophie der Praxis, Frankfurt am Main.
- Kurt **Greussing** (1988), Die Bestimmung des Fremden – Hundert Jahre „Gastarbeit“ in Vorarlberg, in: Rainer Bauböck, u.a.(Hrsg.), ...und raus bist Du! Ethnische Minderheiten in der Politik, Wien, S.186ff.
- Kurt **Greussing** (Hrsg.) (1989), Die Roten am Land. Arbeitsleben und Arbeiterbewegung im westlichen Österreich, Steyr.
- Wolf-Dietrich **Grussmann** (1992), Die Entwicklung des österreichischen Ausländerrechts vor dem Hintergrund einer zunehmenden Harmonisierung der europäischen Ausländerpolitik, in: Karl Althaler/Andrea Hohenwarter, Torschluß. Wanderungsbewegungen und Politik in Europa, Wien, S.70ff.

Handausgabe der deutsch-italienischen Umsiedlungs-Bestimmungen, hrsg. vom Leiter der amtlichen Deutschen Ein- und Rückwandererstellen. (1940), 2.erg. Auflage, Bozen o.J.

Wilfried **Hanser** (1984), Die Steirer und Kärntner sowie Gastarbeiter in Vorarlberg nach 1945, Hausarbeit am Historischen Institut der Universität Innsbruck.

Wolfgang **Hein** (1978), Zur Theorie der regionalen Differenzierung kapitalistischer Gesellschaften in der Industriellen Revolution, in: Gert Zang (Hrsg.), Provinzialisierung einer Region, Frankfurt/Main, S.31-135.

Hildegard **Hemetsberger-Koller** (1987), Österreich von 1945 bis zur Gegenwart, in: Karl Bachinger, u.a., Grundriß der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Wien, S.84-118.

Gerhard **Hetfleisch** (1991), Rotation statt Integration? AusländerInnen-gesetze in Österreich und AusländerInnenbeschäftigungspolitik am Beispiel Tirols, in: Gesellschaft für politische Aufklärung/Verein zur Betreuung und Beratung von AusländerInnen in Tirol (Hrsg.), AusländerInnen. Integration oder Assimilierung?, Innsbruck, S.30-89.

Reinhard **Johler** (1987), Mir parlen italiano und sprechen Dütsch piano, Feldkirch.

Michael **John** (1992), Einleitung beziehungsweise Bürgersport, Massenattraktion und Medienereignis, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde 3/92 (beziehungsweise Beiträge der anderen Autoren).

Inge **Karazman-Morawetz** (1995), Arbeit, Konsum, Freizeit im Verhältnis von Arbeit und Reproduktion, in: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Talos (Hrsg.), Österreich 1945-1995, Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien, S.409-426.

Komitee für ein ausländerfreundliches Österreich (Hrsg.) (1985), Oh, du gastlich Land..., Wien.

- Elmar L. **Kuhn** (1984), Industrialisierung am See, in: Dieter Schott, Werner Trapp (Hrsg.), Seegründe. Beiträge zur Geschichte des Bodenseeraumes, Weingarten.
- Claus **Leggewie** (1993), Multi Kulti, Spielregeln für die Vielvölkerrepublik, Berlin.
- Elisabeth **Lichtenberger** (1984), Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften. Unter Mitarbeit von Heinz Faßmann, Wien/Köln/Graz.
- Matthias **Marschik**, Alexandra **Kordik** (1994), „Ausländer“ im Fußballsport. Integration oder Ausgrenzung, in: SWS-Rundschau, 34. Jg., 4/1994, S.403-415.
- Hans Peter **Martin** (1979), Nachtschicht. Eine Betriebsreportage, Wien.
- Monika **Mayr** (1984), Gastarbeiter und Gastarbeiterwanderung in Vorarlberg in der jüngsten Vergangenheit, Hausarbeit am Institut für Geographie, Universität Innsbruck.
- Peter **Meusburger** (1969), Die Vorarlberger Grenzgänger, Innsbruck.
- Peter **Meusburger** (1987), Der qualitative und quantitative Strukturwandel der Vorarlberger Wirtschaft (ohne Landwirtschaft) zwischen 1971 und 1981, in: Montfort, 39. Jg. 1987, Heft 1/22, S.97-122.
- Josef **Mooser** (1984), Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970, Frankfurt am Mai.
- Gerda **Neyer** (1986), Jugoslawische und türkische Frauen in Österreich, in: Hannes Wimmer (Hrsg.), Ausländische Arbeitskräfte in Österreich, Frankfurt/New York, S.433-459.
- Anton **Pelinka** (1987), Die Verwestlichung Österreichs, in: Reinhold Henke (Hrsg.), Das eine Österreich – das andere Österreich, Aspekte des West-Ost-Gefälles, Wien, S.39-45.
- Anton **Pelinka** (1984), Windstille. Klagen über Österreich, Wien/Berlin.

- Arno **Pilgram** (1986), Ausländerbeschäftigung und Kriminalität, in: Hannes Wimmer (Hrsg.), *Ausländische Arbeitskräfte in Österreich*, Frankfurt/New York, S.349-381.
- Liane **Pluntz**, Barbara **Burgstaller**, Raimund **Gutman** (1986), *Arbeitskräfte in Reinigungsberufen. „Fleißige Lieschen“*. Am Rande der Arbeitsgesellschaft (Forschungsprojekt Institut für Alltagskultur), Salzburg.
- Isabelle **Reifer** (1991), Vom Patriarchat zum Sexismus, in: Gesellschaft für politische Aufklärung/Verein zur Betreuung und Beratung von AusländerInnen in Tirol (Hrsg.), *AusländerInnen. Integration oder Assimilierung?*, Innsbruck, S.89-103.
- John **Rex** (1986), *Race and Ethnicity*, Milton Keynes.
- Gene R. **Sensenig** (1990), Austausch zwischen Ungleichen? Über die Abhängigkeit der österreichischen Flüchtlings- und Ausländerpolitik von der Bundesrepublik Deutschland, in: Margit Scherb/Inge Morawetz (Hrsg.), *In deutscher Hand? Österreich und sein großer Nachbar*, Wien, S.131-157.
- Eugene **Sensenig** (1996), Auspendeln statt auswandern, in: Traude Horvath/Gerda Neyer(Hg.), *Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*, Wien/Köln/Weimar, S.457-478.
- Tansel **Terzioglu** (1992), *Die „Zweite Generation“*. Die Situation türkischer Jugendlicher und die Ausländerpolitik in Vorarlberg, Dipl. Arbeit, Universität Innsbruck.
- Erika **Thurner** (1988), „Dann haben wir wieder unsere Arbeit gemacht“. Frauenarbeit und Frauenleben nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Zeitgeschichte*, (15) 9/10, Juni/Juli 1988, S.403-426.
- Erika **Thurner** (1995), Die stabile Innenseite der Politik. Geschlechterbeziehungen und Rollenverhalten, in: Thomas Albrich, u.a.(Hrsg.),

Österreich in den Fünfzigern, Innsbrucker Forschungen Band 11, Innsbruck/Wien, S.53-67.

Bernhard **Tschofen** (1995), Ethnizität als Emblem. Perspektiven der sog. Multikulturalität in der Region, in: Montfort, Vierteljahresschrift für Geschichte und Gegenwart Vorarlbergs, 47. Jg./1995, Heft 1, S.36ff.

Eveline **Viehböck**, Ljubomir **Bratc** (1994), Die Zweite Generation. Migrantenjugendliche im deutschsprachigen Raum, Geschichte & Ökonomie 2, Innsbruck.

Immanuel **Wallerstein** (1986), The Modern World-System, vol I & II, Orlando 1974 u. 1980, dt.: Das moderne Weltssystem, Frankfurt/Main.

Harald **Walser** (1989), Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit, Bregenz.

Nikolaus **Walter**/Kundeyt **Surdum** (1991), Landlos, Türken in Vorarlberg. Mit einem Nachwort von Kurt Greussing, Salzburg.

Fritz **Weber** (1987), Österreichs Wirtschaft in der Rekonstruktionsperiode nach 1945, in: Zeitgeschichte, Heft 7, April 1987, S.283ff.

Brigitte **Wielend**, Veronika **Pranger** (1992), Ansätze zu einer verbesserten beruflichen und gesellschaftlichen Integration türkischer Jugendlicher in Vorarlberg, Diplomarbeit BWL, Innsbruck.

Hannes **Wimmer** (Hrsg.) (1986), Ausländische Arbeitskräfte in Österreich, Frankfurt/New York.

Hannes **Wimmer** (1986), Die Arbeitswelt der ausländischen Arbeitnehmer, in: Hannes Wimmer (Hrsg.), Ausländische Arbeitskräfte in Österreich, Frankfurt/New York.

Gert **Zang** (Hrsg.) (1978), Provinzialisierung einer Region, Frankfurt/Main.

ZEITSCHRIFTEN, ZEITUNGEN:

KultUrSprünge 1/1991 bis 9/1993, hg. vom Kulturreferat der Vorarlberger Landesregierung. 1991-1993.

Vorarlberger Nachrichten (=VN): Jahrgänge ab 1945 Vorarlberger Volksblatt (=VV): Jahrgänge ab 1945; Neue Vorarlberger Tageszeitung (=NVT): Jahrgänge ab 1972.

Diverse (Auswahl): AZ (Arbeiter-Zeitung), Der Standard, Salzburger Nachrichten, Wiener Kurier, Der Spiegel; Arbeit und Wirtschaft.

Vorarlberger Fußballjournal , Nr.1 (Frühjahr) und Nr. 2 (Herbst) 1995.

MASSENQUELLEN, (STATISTISCHE)

MATERIALIEN:

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, Landesstelle für Statistik, 50. Jg., 2/1994 (Daten zur Bevölkerungsentwicklung 1993 beziehungsweise zu Staatsbürgerschaftsverleihungen)

Amt der Vorarlberger Landesregierung, Landesstelle für Statistik/ Staatsbürgerschaftsverleihungen 1945ff.

Arbeitsmarktservice (=AMS), Landesgeschäftsstelle Vorarlberg, Dornbirn: diverse Statistiken und Unterlagen zur Ausländerbeschäftigung und zur ausländischen Wohnbevölkerung.

Arbeitsmarktservice (=AMS), Bregenz: diverse Statistiken zu Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und Befreiungsscheinbesitz.

Integrationsbericht (1995)/Bericht der Vorarlberger Landesregierung über die Integration von Ausländern, Beilage 11 zu den Sitzungsberichten des XXVI. Vorarlberger Landtages, Bregenz, März 1995.

Jahresbericht 1994, Gastarbeiterreferat, Arbeiterkammer, Feldkirch, Referat XIV.

Reformpapier zur Umgestaltung der Ausländerberatungsstelle – Einrichtung des „Vereins zur Betreuung von Ausländern“, Dornbirn, September 1995.

Statistische Nachrichten, 6/1994, Statistische Nachrichten 11/1994.

Statistisches Jahrbuch 1995, Statistikdatenbank, Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger.

Sozialstatistische Daten, Beiträge zur Österreichischen Statistik, hrsg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (div.).

Interviews, audiovisuelle und unveröffentlichte Quellen

Interviews mit FunktionärInnen und MitarbeiterInnen von Betreuungseinrichtungen

Interviews mit in- und ausländischen ArbeitsmigrantInnen (der ersten und zweiten Generation), ArbeitskollegInnen und ArbeitgeberInnen

Interviews mit Fußballern, Funktionären, Trainern

Slobodan Snajder, im Gespräch mit Peter Huemer, Ö1, 12.12.1996.

Diverse schriftliche, teils vertrauliche Unterlagen von Kontaktpersonen.

Ortsregister

Altenstadt 95
Ankara 57
Bludenz 78f., 119
Brederis 87
Bregenz 17f., 29, 79, 149
Dornbirn 13, 18f., 29, 42, 45, 67,
75, 78f., 137
Dünserberg 80
Feldkirch 79, 90
Frastanz 137
Götzis 75, 95, 149
Hohenems 87, 91
Istanbul 57, 71, 145
Izmir 57
Lustenau 90, 129
Mölln (BRD) 93
Schwarzach 59
Solingen 93
Wien 12f., 16, 38, 85f., 111, 116ff.,
124f., 128, 130, 138, 151
Wolfurt 109

Namensregister

Amann Bruno 19
Blecha Karl 111
Cohn-Bendit Daniel 144
Dor Milo 96f.
Enzensberger Hans Magnus 69
Gächter August 116
Galeli Oguz 119
Haider Jörg 104
Firma F. M. Hämmerle 13, 42, 89
Kallinger Hans 17
Kemal Pascha „Atatürk“ 145
Konstantinovic Zoran 100
Kordik Alexandra 135
Langanger Johanna 32
Lins Guntram 93
Lugmayr Ferdinand 29
Marschik Matthias 135
Martin Hans Peter 13
Özdamar Emine 143
Purtscher Martin 15
Snajder Slobodan 97
Shourot Maurice 119
Surdum Kundeyt 143, 145
Tito Josip Broz 94, 96
Walser Harald 19
Walter Nikolaus 67, 75, 87, 95,
137, 149
Weah George 143

Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs

Ernsthafte und kritische Auseinandersetzung mit der regionalen Geschichte, bar jedweder Heimattümelei, offen für verdrängte Themen und unbequeme Fragen, unabhängig in jeder Hinsicht, niemandem verpflichtet – außer dem Leser.

Band 1

Werner Bundschuh / Harald Walser:

Dornbirner Stadt-Geschichten. Kritische Anmerkungen zu 100 Jahren politischer und gesellschaftlicher Entwicklung.
1987 (vergriffen)

Band 2

Meinrad Pichler / Harald Walser:

Die Wacht am Rhein. Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit.
1988, 157 Seiten, Kt., 51 Abb., ISBN 3-900754-02-0, ATS 190,-

Band 3

Markus Barnay:

Die Erfindung des Vorarlbergers. Landesbewußtsein und Ethnizitätsbildung im 19. und 20. Jahrhundert.
1988 (vergriffen)

Band 4

Werner Dreier (Hg.):

Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung.
1988 (vergriffen)

Band 5

Werner Dreier / Meinrad Pichler:

Vergebliches Werben. Mißlungene Vorarlberger Anschlußversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918-1920).
1989, 160 Seiten, Kt., 22 Abb., ISBN 3-900754-05-5, ATS 190,-

Band 6

Harald Walser:

Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft im NS-Staat.
1989, 376 Seiten, Kt., 62 Abb., ISBN 3-900754-06-3, ATS 317,-

Band 7

Gernot Egger:

Ausgrenzen – Erfassen – Vernichten. Arme und „Irre“ in Vorarlberg.

1990, 298 Seiten, Kt., 56 Abb., ISBN 3-900754-07-1, ATS 317,-

Band 8

Werner Bundschuh:

Bestandsaufnahme: Heimat Dornbirn 1850–1950.

1990 (vergriffen)

Band 9

Bernhard Purin:

Die Juden von Sulz. Eine jüdische Landgemeinde in Vorarlberg 1676–1744.

1991, 180 Seiten, Kt., 13 Abb., ISBN 3-900754-11-X, ATS 211,-

Band 10

Kurt Greussing:

Die Erzeugung des Antisemitismus in Vorarlberg um 1900.

1992, 175 Seiten, Kt., 17 Abb., ISBN 3-900754-10-1, ATS 191,-

Band 11

Manfred Tschalkner:

„Damit das Böse ausgerottet werde“. Hexenverfolgungen in Vorarlberg im 16. und 17. Jahrhundert.

1992, 312 Seiten, Kt., 20 Abb., ISBN 3-900754-12-8, ATS 317,-

Band 12

Reinhard Mittersteiner:

„Fremdhäßige“, Handwerker & Genossen. Die Entstehung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Vorarlberg.

1994, 492 Seiten, Kt., 78 Abb., ISBN 3-900754-15-2, ATS 350,-

Band 13

Margarethe Ruff:

„Um ihre Jugend betrogen...“ Ukrainische Zwangsarbeiter/innen in Vorarlberg 1942 - 1945.

1996, 200 Seiten, Kt., 41 Abb., ISBN 3-900754-19-5, ATS 239,-

Vorarlberg ist eine der wichtigsten Zuwanderungsregionen seit mehr als 100 Jahren. Nach 1945 kamen die Neuankömmlinge überwiegend aus den östlichen Bundesländern, zum Beispiel aus Kärnten, aus der Steiermark oder aus dem Burgenland. Vor allem bei den seit den sechziger Jahren aus Ex-Jugoslawien und der Türkei „hereingeholten“ GastarbeiterInnen hat Vorarlberg Spitzenwerte zu verzeichnen. Dabei war Vorarlberg in seiner Abgrenzung gegenüber den Zuwanderern besonders schroff. Die Befreiung der Eingewanderten aus dem gesellschaftlichen Abseits funktionierte (fast) ausschließlich über das Nachrücken neuer Zuwanderergruppen. Integration und Akzeptanz erreichte – wenn überhaupt – erst die zweite, zumeist aber erst die dritte Generation.

ISBN 3-900754-21-7